

41. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Oktober 2022

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Wie läuft die
Berufsorientierung an den
allgemeinbildenden Schulen
Bremens?**

Anfrage der Abgeordneten Volker
Stahmann, Jasmina Heritani, Gönül
Bredehorst, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 7. September 2022..... 2314

**Anfrage 2: Friedhofsflächen für
muslimische Verstorbene**

Anfrage der Abgeordneten Antje
Grotheer, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 7. September 2022..... 2316

**Anfrage 3: „Nette Toiletten“ für eine
lebenswerte und saubere Stadt?**

Anfrage der Abgeordneten Elombo
Bolayela, Volker Stahmann, Mustafa
Güngör und Fraktion der SPD
vom 7. September 2022..... 2318

**Anfrage 4: Weshalb soll die zentrale
Anlaufstelle für EU-Bürger beim
Jobcenter wieder abgeschafft werden?**

Anfrage der Abgeordneten Birgit
Bergmann, Dr. Magnus Buhlert,
Lencke Wischhusen und Fraktion der
FDP
vom 7. September 2022..... 2321

**Anfrage 5: Bremen – Aufnahme ins
Rainbow Cities Network noch nicht
erfolgt?**

Anfrage der Abgeordneten
Dr. Magnus Buhlert, Lencke
Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 7. September 2022..... 2322

**Anfrage 6: Wann fährt die Bremer
Feuerwehr elektrisch?**

Anfrage der Abgeordneten Björn
Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
vom 7. September 20222324

**Anfrage 7: Wie lange lässt der Senat
die Kleingärtner noch warten?**

Anfrage der Abgeordneten Silvia
Neumeyer, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 8. September 20222326

*Die schriftlich beantworteten Anfragen
der Fragestunde finden Sie im Anhang.*

Aktuelle Stunde

**Bricht das Bremer Schulsystem
zusammen? Fortgesetzter Unterrichts-
und Betreuungsausfall durch fehlendes
Personal unter Verantwortung von
Senatorin Aulepp**

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU).....2329
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD).....2331
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis
90/Die Grünen).....2333
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....2336
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE
LINKE).....2338
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD).....2342
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP).....2342
Senatorin Sascha Karolin Aulepp2344
Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU).....2348

**Überwachung des ruhenden Verkehrs:
Wie werden Verkehrssicherheit und
Barrierefreiheit in Bremen gesichert?
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis
90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 16. September 2021
(Drucksache 20/503 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022
(Drucksache 20/726 S)**

Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen).....	2350
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	2351
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2353
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2354
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2355
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	2356
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2356
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	2358
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2359
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2360
Senator Ulrich Mäurer	2361
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	2363

**Verfahrensstand des Projekts „Campus
Nord“ auf dem ehemaligen BWK-
Gelände
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 21. Dezember 2021
(Drucksache 20/645 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 1. Februar
2022
(Drucksache 20/658 S)**

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU)	2365
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)	2366
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)	2367
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	2368
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen).....	2369
Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU)	2371
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE)	2372
Senatorin Sascha Karolin Aulepp	2372

**Drittes Ortsgesetz zur Änderung der
Sondernutzungskostenordnung
Mitteilung des Senats vom 4. Oktober
2022
(Drucksache 20/771 S).....** 2373

**Ortsgesetz zur Änderung des
Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen
der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 4. Oktober
2022
(Drucksache 20/772 S).....** 2373

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete
Anfragen aus der Fragestunde der
Stadtbürgerschaft vom 11. Oktober 2022 2375

**Anfrage 8: Wie geht es mit der
Straßenbahnlinie 5 weiter?**

Anfrage der Abgeordneten Hartmut
Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion
der CDU
vom 8. September 2022..... 2375

**Anfrage 9: Kündigungswelle bei den
Bremer Bädern?**

Anfrage der Abgeordneten Cindi
Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion
DIE LINKE
vom 12. September 2022..... 2375

**Anfrage 10: Finanzierung der Kosten
für die Sperrung am Sielwall**

Anfrage der Abgeordneten Heiko
Strohmann und Fraktion der CDU
vom 13. September 2022..... 2376

**Anfrage 11: Gasgrundversorgung für
private Haushalte**

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje,
Sofia Leonidakis und Fraktion DIE
LINKE
vom 13. September 2022..... 2376

**Anfrage 12: Ersthelferalarmierung per
App**

Anfrage der Abgeordneten Ilona
Osterkamp-Weber, Björn Fecker und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2022..... 2377

**Anfrage 13: Bremer Behörden-
Telefonverzeichnis**

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck
(BIW)
vom 23. September 2022..... 2377

**Anfrage 14: Offene
Grundstücksfragen beim
Hulsbergviertel endlich geklärt?**

Anfrage der Abgeordneten Silvia
Neumeyer, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 27. September 2022..... 2378

**Anfrage 15: Aktuelle Lage der
Tagespflegeeinrichtungen in Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Birgitt
Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Arno
Gottschalk, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 29. September 2022..... 2378

**Anfrage 16: Suizide in Bremen in den
Jahren 2020 und 2021**

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck
(BIW)
vom 4. Oktober 2022.....2379

Konsensliste2381

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Robert Bücking, Dr. Solveig Eschen, Sahhanim Görgü-Philipp,
Antje Grotheer, Petra Krümpfer, Mustafa Öztürk, Jan Saffe, Sükrü Senkal, Miriam Strunge,
Kai-Lena Wargalla.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 41. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Tagesordnungspunkte 3 bis 5, 7 und 12 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 23, 24 und 25.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um eine Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 14 und 15 sowie 24 und 25.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 16 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

**Anfrage 1: Wie läuft die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen Bremens?
Anfrage der Abgeordneten Volker Stahmann, Jasmina Heritani, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 7. September 2022**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnis hat der Senat über die Durchführung der Schulpraktika in den allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 sowie im laufenden Schuljahr, und welche alternativen Angebote wurden gegebenenfalls seitens des LIS entwickelt und/oder von Schulen angeboten?

2. Welche Maßnahmen zur Berufsorientierung werden an den allgemeinbildenden Schulen genutzt,

und inwiefern werden dazu Praktiker:innen aus Betrieben eingeladen?

3. Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang Patenschaften und Kooperationsvereinbarungen von allgemeinbildenden Schulen mit einzelnen Betrieben oder Unternehmen sowie mit Betriebsräten und Gewerkschaften, und welche Möglichkeiten sieht er, diese auszubauen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Schuljahr 2020/2021 war die Durchführung von Praktika pandemiebedingt deutlich eingeschränkt. Die Möglichkeit, dass Schüler:innen nach den Hygienekonzepten der Unternehmen prinzipiell Praktika durchführen durften, wurde durch die Coronaverordnungen indes stets offengehalten. Zügig wurden für die Schulen Alternativen entwickelt, sowohl in Präsenz als auch auf digitalem Wege Einblicke in Betriebe und zur dualen Ausbildung zu bekommen, unter anderem im Rahmen der Initiative „Unternehmer in Schulen“.

2021/2022 entspannte sich die Lage, und es wurden deutlich mehr Praktika angeboten.

Über die Lernplattform itslearning wird den Schüler:innen zudem nachhaltig ein umfangreiches mediales Angebot zur Verfügung gestellt, um Ausbildungsberufe und Lebenswege von Menschen aus Bremen – Expert:inneninterviews – zu erkunden, womit zum Beispiel eine ganze Berufsorientierungswoche mit Onlineunterstützung gestaltet werden kann.

Zu Frage 2: Der beruflichen Orientierung an allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen liegen die Vereinbarungen zur Jugendberufsagentur, die Bremer Richtlinie zur Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen sowie die Vereinbarung zwischen Bund, Land und Bundesagentur für Arbeit zu den Bildungsketten zugrunde.

An den allgemeinbildenden Schulen finden folgende Maßnahmen, systematisch angelegt im Sinne einer Bildungskette, statt: Das sind in den Jahrgangsstufen fünf bis elf der Girls' beziehungsweise Boys' Day, Zukunftstag, zur bewussten Aus-

einandersetzung mit genderbedingten Rollenzuweisungen. Im Jahrgang acht folgen flächendeckend im Land Bremen die Potenzialanalysen und Werkstatttage. Die Schüler:innen führen mindestens ein mehrwöchiges Praktikum durch, das erfolgt in den meisten Fällen in Jahrgangsstufe neun. Ab Jahrgangsstufe acht/neun setzt die erste „Beratung vor dem Erwerbsleben“ durch die Berufsberater:innen der Arbeitsagentur an, die mit den schulischen Berufsorientierungsteams vernetzt sind. In der Jahrgangsstufe zehn dient der Tag der beruflichen Bildung der konkreten Vorbereitung des Übergangs, an vielen Schulen verknüpft mit schulinternen Messen und dem Tag der offenen Tür der Beruflichen Schulen. Seit 2021/2022 wird an einer wachsenden Anzahl von Schulen zusätzlich ein ganz praktisch orientierter „Berufsparcours“ in Kooperation mit Betrieben angeboten.

In der gymnasialen Oberstufe gewinnt die berufliche Orientierung stark an Bedeutung mit Einsatz des digitalen Kompetenzfeststellungsverfahrens Check-U der Bundesagentur für Arbeit, Praxiskontakten in Wirtschaft und Hochschulen sowie mit den durch das Landesinstitut entwickelten und in itslearning bereitgestellten Materialien. Die Schulen sind angehalten, Kooperationen mit Unternehmen einzugehen. Darüber hinaus kooperieren Schulen mit Betrieben im Rahmen von Bewerbungstrainings oder zu thematischen Schwerpunkten insbesondere im MINT-Bereich.

Darüber hinaus hat die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, ZGF, das Projekt „Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees“ im Rahmen der Metropolregion Nordwest in den Schuljahren 2020/2021 und 2021/2022 an bislang 15 Schulen im Land Bremen in den Jahrgangsstufen sechs und sieben durchgeführt, zwei folgen noch. Bei der Durchführung der Projektwoche ist der Einsatz von sogenannten Role Models, also Menschen aus Kooperationsbetrieben, die geschlechtsuntypische Berufe repräsentieren, ein zentrales Element.

Zu Frage 3: Die Möglichkeit, Anregungen aus der Praxis in das Schulleben einzubeziehen, wird von allen Seiten begrüßt und als eine Bereicherung empfunden, längerfristige Patenschaften und Kooperationsvereinbarungen mit Betrieben sind daher keine Seltenheit und durchaus im Sinne der Richtlinie zur Berufsorientierung. Im Programm „MINT Connect“ geht es beispielsweise darum, dass Unternehmen und Schulen für ein ausgewähl-

tes Thema eine Unterrichtseinheit in ihrem Lerntandem erarbeiten und erproben können, die dann in Schule und Unternehmen umgesetzt wird.

Viele Betriebe oder Arbeits- und Berufsfelder möchten mit Schulen zu unterschiedlichen Themenstellungen kooperieren; diese Tendenz verstärkt sich gegenwärtig im Zuge zunehmenden Fachkräftebedarfs. Um hier einen besseren Überblick zu bekommen und das Matching zu vereinfachen, wurde vom 2020 gegründeten Netzwerk „BO digital“ – hier kooperieren Handelskammer, Handwerkskammer, die Unternehmensverbände, die Senatorin für Kinder und Bildung, das Landesinstitut und die Agentur für Arbeit – beschlossen, eine Datenbank mit verschiedenen Kooperationsangeboten von Betrieben zu erstellen. Für die Lehrkräfte wird es damit künftig einfacher, direkt nach passenden Angeboten zu suchen, die Betriebe können ihre jeweiligen Möglichkeiten darstellen.

Die Rolle von Betriebsräten und Gewerkschaften wird im Unterricht in „Wirtschaft, Arbeit, Technik“ thematisiert und kann Gegenstand von Praktika sein, wenn sie im Praktikumsbetrieb sichtbar sind, ebenso die Rolle der Arbeitgeberseite. Auch wenn es im Praktikum primär um Einblicke in Berufsfelder und Berufsbilder und das Matching mit den individuellen Interessen und Voraussetzungen geht, spielen die Beschäftigtenvertretungen und Gewerkschaften eine wichtige Rolle dabei, junge Menschen für bestimmte Berufe zu begeistern. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Senatorin, Sie haben jetzt gesagt, dass in dem Unterricht die Rolle der Gewerkschaften und Interessenvertretungen aus den Betrieben mit thematisiert wird, aber bei den Kooperationen haben Sie nur von Unternehmen gesprochen, also Unternehmen in Schulen und anderen Kooperationen. Gibt es Kooperationen mit Gewerkschaften oder Interessenvertretungen aus den Betrieben, und wenn nein, ist das geplant?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Danke, Herr Abgeordneter, für die Nachfrage! Zurzeit ist tatsächlich die Kooperation eher ausgerichtet auf die – jetzt muss ich gerade einmal schauen – Einblicke in die Berufsfelder und Berufsbilder und deswegen stark arbeitgeber- oder unternehmensorientiert, aber natürlich macht es Sinn, insbesondere da, wo es darum geht, für bestimmte Berufe zu werben, zu

interessieren und zu begeistern, dass diejenigen, die diese Berufe ausüben und nicht nur diejenigen, die diese Fachkräfte benötigen, bei den Schüler:innen dafür werben, dass es diese Berufe gibt. Von daher stehe ich dieser Idee, dass man das da auch mit Gewerkschaften oder Beschäftigtenvertretungen, Betriebsräten in bestimmten Unternehmen, vielleicht ja sogar auch in den Unternehmen, in denen schon solche Kooperationen bestehen, durchaus in diese Richtung entwickeln kann.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 2: Friedhofsflächen für muslimische Verstorbene

Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. September 2022

Bitte, Herr Gottschalk!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Ist das Konzept zur Bereitstellung von ausreichend Flächen für muslimische Begräbnisse, an dem der Umweltbetrieb Bremen ausweislich der Berichterstattung von „buten und binnen“ vom 2. Juli 2022 arbeiten soll, zwischenzeitlich fertiggestellt?

2. Was sieht das Konzept des Umweltbetriebs konkret vor, um rechtzeitig, bevor die bislang für muslimische Begräbnisse zur Verfügung gestellten Grabflächen erschöpft sind, weitere Flächen zur Verfügung stellen zu können?

3. Welche vorgehaltenen Flächen auf Bremer Friedhöfen, insbesondere auf dem Osterholzer Friedhof, kommen hierfür in Betracht?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Konzept zur Erweiterung der Fläche in Osterholz wurde bisher nicht abschließend fertiggestellt, da zwei wesentliche Punkte, wie die Wiederbelegung der Grabflächen und die Finan-

zierung der Erweiterungsfläche, bisher nicht geklärt werden konnten. Wie im Bericht von „buten un binnen“ berichtet, steht die senatorische Dienststelle zwecks Klärung der Wiederbelegung und weiterer religiös begründeter Anforderungen an ein muslimisches Gräberfeld mit den Vertretern der muslimischen Glaubensgemeinschaften im Austausch.

Zu Frage 2: Der Umweltbetrieb Bremen hat die Übergangsflächen in Mahndorf und Huchting für Bestattungen vorbereitet. Auch nach der letzten Beisetzung auf dem vorhandenen muslimischen Grabfeld in Osterholz können deshalb Bestattungen nach islamischen Riten erfolgen. Dem Artikel 6 des Vertrags zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den islamischen Religionsgemeinschaften wird damit entsprochen.

Bezüglich der Wiederbelegung und weiterer religiös begründeter Anforderungen wie Ausrichtung des Toten in Richtung Mekka oder räumlicher Trennung vom restlichen Friedhof an ein muslimisches Gräberfeld werden momentan die Rahmenbedingungen mit den Vertretern der muslimischen Glaubensgemeinschaft schriftlich abgestimmt, woran sich eine weitere Flächensuche unter gegebenenfalls neuen Rahmenbedingungen anschließen wird.

Ein Konzept für den Friedhof Osterholz, das eine entsprechend große von Vorbestattungen freie Fläche beinhaltet, wurde erarbeitet und befindet sich derzeit im Prüfverfahren.

Zu Frage 3: Freie Grabfelder auf den kommunalen Friedhöfen mit vorbestattungsfreien Flächen sind in Bremen nur noch in begrenzter Zahl vorhanden. Sobald auf dem vorhandenen Grabfeld des Friedhofs Osterholz keine freien Gräber für Bestattungen nach islamischen Riten mehr vorhanden sind, kann auf entsprechend hergerichteten Flächen auf den Friedhöfen in Mahndorf und in Huchting beigesetzt werden. Auf dem Friedhof Osterholz gibt es noch eine geeignete Erweiterungsfläche, die dann entsprechend hergerichtet werden muss. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Senatorin, Sie sagten, dass zwei wesentliche Punkte, also die Wiederbelegung der Grabflächen und die Finanzierung der Erweiterungsfläche, bislang nicht

geklärt werden konnten. Wie ist das denn bislang auf den bestehenden Flächen geregelt gewesen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wenn ich es richtig verstanden habe, ist es so, gerade bei den muslimischen Bestattungen und auch bei den jüdischen Bestattungen, dass die Toten eben auf Ewigkeit dort liegen sollen. Da kann man sich vorstellen, dass das in einem urbanen Gebiet natürlich auf Dauer auch an die Grenzen stößt, weil dann ja immer neue Friedhofsflächen rekrutiert werden müssen, aber so ist es zumindest bisher, wobei man sagen muss – ich schaue jetzt ein bisschen fragend auch hier in das Publikum –, die Totenruhe geht ja normalerweise 25, 30 Jahre. Viele Muslime haben sich ja erst einmal in ihrer Heimat bestatten lassen, ich weiß gar nicht, bei wie vielen die offizielle Totenruhe von 25 bis 30 Jahren, die wir sonst anlegen, überhaupt schon abgelaufen ist. Ich glaube, das ist noch nicht bei vielen so gewesen, also ich glaube, die Welle wird dann eher erst noch kommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Aber wir müssten doch eine regelhafte Klärung bislang haben. Dass die Zeit vielleicht nicht abgelaufen ist, mag sein, aber eine Regelung wird es doch wohl geben?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Wenn ich jetzt sagen würde, ja, sie dürfen dort auf Dauer liegen, dann würde ich das lieber noch einmal recherchieren wollen. Wir schauen ja nach vorn, und da ist uns signalisiert worden, dass die Flächen eben nur noch für einen begrenzten Zeitraum reichen – zwei bis drei Jahre ist die grobe Schätzung in Huchting zum Beispiel –, und wenn wir neue Flächen suchen, und das ist die zu klärende Frage, dann müssen wir wissen, wie groß müssen diese Flächen sein, und sind sie dann für 25 bis 30 Jahre angelegt, so wie bei allen anderen städtischen oder kirchlichen Friedhöfen, und dann wissen wir, man hat eine Wiederbelegung, oder –. So ist das auch in vielen muslimischen Städten, also im Iran und in anderen Ländern in den Großstädten angelegt, dass dort die Toten eben nicht auf Ewigkeit liegen. Aber das ist ein Thema, das wir zwangsläufig klären müssen und berechnen, wie die Flächen auf Dauer angelegt und wie lange sie dann ausreichen werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Ich kann mich erinnern, dass es bereits in meiner Zeit als umweltpolitische Sprecher 2011 bis 2015 ein Thema war, wie es mit der muslimischen Ordnung weitergeht. Wie kann denn jetzt erreicht werden, dass wir eine Lösung hinbekommen, ohne dass man irgendwie auf Ausweichfriedhofsflächen abstellen muss?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Abgeordneter, auch ich kann mich gut daran erinnern, dass ich diese Fragestellung schon als Abgeordnete behandelt habe, aber dort haben wir uns mit der Schura zusammengesetzt und damals gesagt, wir müssen wissen, wonach wir suchen müssen und was ihre Rahmenbedingungen sind, und bis heute ist das meines Erachtens nicht abschließend von der Schura geklärt worden. Auch sie müssten ihre höheren Instanzen fragen, denn ursprünglich hieß es, sie müssen auf alle Ewigkeit liegen. Da ist die Fläche begrenzt. Dann haben wir erfahren, nein, in anderen Städten ist es eben auf 25, 30 Jahre Totenruhe begrenzt. Aber wir wollen das nicht über die Köpfe der Schura oder der muslimischen Vereine machen, sondern mit ihnen zusammen, und deswegen brauchen wir da eine klare Aussage von denen.

Wir sind so ein bisschen im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, und dann kommt noch die Frage der Finanzierung dazu. Es ist juristisch geprüft worden, dass die Stadtgemeinden erst einmal nicht per se für die Finanzierung zuständig sein müssen, aber wir sehen auch, dass wir den muslimischen Gemeinden dort unter die Arme greifen müssen. Also insofern sind das die beiden Fragestellungen, warum wir auch im engen Kontakt mit der Schura sind, um eben diese Fragen zu klären.

Wir wissen aber auch – das weiß ich aus eigenen Gesprächen –, das eine ist die Zurverfügungstellung von Flächen auf schon existierenden Friedhöfen, und dass es da bestimmte Rahmenbedingungen gibt, habe ich ja gerade auch vorgelesen. Es geht also nicht nur darum, dass der Tote Richtung Mekka ausgerichtet liegen muss und wie lange er mit der Totenruhe da liegen soll, sondern eben auch um den Anspruch, dass man möglichst andere Symbole, christliche Kreuze, nicht sehen soll. Also das sind die einen Rahmenbedingungen, aber wir wissen, dass die Muslime sich eigentlich auch einen eigenen Friedhof wünschen, und es ist natürlich ungleich schwieriger, da eine eigene Fläche außerhalb von schon bestehenden Friedhöfen zu finden.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 3: „Nette Toiletten“ für eine lebenswerte und saubere Stadt?

Anfrage der Abgeordneten Elombo Bolayela, Volker Stahmann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 7. September 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung misst der Senat öffentlich und kostenfrei zugänglichen Toiletten vor dem Hintergrund einer lebenswerten und sauberen Stadt bei?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, um das Angebot von öffentlich und kostenfrei zugänglichen Toiletten in Bremen auszuweiten?
3. Wie bewertet der Senat vor diesem Hintergrund die Aktion „Nette Toilette“, die zugrunde liegende Entwicklung der Anzahl der teilnehmenden Betriebe sowie die Umsetzung der Förderung des Unterhalts und Umbaus von sanitären Anlagen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Öffentliche Toiletten gehören zur Daseinsvorsorge in einer lebenswerten Stadt. Die Versorgung von Bremerinnen und Bremern sowie von Besucherinnen und Besuchern mit attraktiven öffentlich zugänglichen Toiletten hat einen hohen Stellenwert für den Senat.

Zu Frage 2: In den vergangenen Jahren wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Angebot dem Bedarf entsprechend anzupassen. So ist in diesem Jahr am Werdersee, Höhe Deichschartweg, eine attraktive Containeranlage mit Abwasseranschluss hergestellt worden. Mit Mitteln des Bremen-Fonds fördert der Senat den Betrieb eines Sanitärcontainers auf dem Hanseatenhof. Saisonal wurden ein WC-Container am Osterdeich und eine Vielzahl von sogenannten Dixi-Toiletten

im Sommerhalbjahr in Grünanlagen zur Verfügung gestellt. Provisorische Anlagen werden bei Bedarf in feste dauerhafte Anlagen umgewandelt.

In der Umsetzung befinden sich aktuell ansehnliche Unisexurinale auf dem beziehungsweise am Bahnhofplatz. In der Planung ist eine attraktive personalgeführte Toilettenanlage im City Gate.

Zu Frage 3: Das System „Nette Toilette“ bewegt sich in Bremen im Rahmen von 90 bis 100 teilnehmenden Betrieben. Die Bremer Stadtreinigung ist laufend im Einsatz, um neue Standorte in Bereichen zu gewinnen, die stark frequentiert werden und bei denen es einen Bedarf gibt. Dies macht jedoch nur Sinn, wenn die Teilnehmenden ein verlässliches Öffnungsangebot anbieten können. Hierbei konnte das Projekt allerdings in den Zeiten der Pandemie nur schwerlich vorangebracht werden.

Der Teilnehmerkreis „Nette Toilette“ ist überwiegend dem Bereich Gastronomie zugeordnet. Dort sind bereits Sanitäreanlagen vorhanden. In der Vergangenheit wurde der Umbau zu barrierefreien Anlagen über viele Jahre gefördert. Dieses Programm wurde wegen geringer Inanspruchnahme aber nicht fortgeführt. Zudem betreibt die DBS im Auftrag der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau die Entwicklung, Planung und den Betrieb öffentlicher Sanitäreanlagen. Dazu gehört auch die Entwicklung und Steuerung der „Netten Toilette“. Hier nehmen verschiedene Einrichtungen teil, unter anderem auch Stadtbibliotheken, Bürgerhäuser und andere öffentliche Einrichtungen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Bei den wenigen Toiletten, die wir im Stadtzentrum haben, muss man die Treppen hinuntergehen, und sie sind damit nicht barrierefrei. Ist Ihnen dieses Problem bekannt, und wann kommt die richtige Lösung?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich konnte jetzt akustisch gerade nicht verstehen –.

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Bei den meisten Toiletten, die wir in der Stadtmitte haben, gehen die Treppen immer nach unten, und das ist nicht barrierefrei, gerade für Kinderwagen und ältere Menschen. Ist Ihnen das Problem bekannt? Arbeiten Sie schon an einer Lösung?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Bisher ist das Problem noch nicht bei mir angekommen, es ist nicht so einfach, Plätze zu finden, das muss ich sagen. Ich höre das jetzt von Ihnen zum ersten Mal, aber dass es natürlich auch ein Interesse von uns ist, möglichst barrierefreie Toiletten zur Verfügung zu stellen, das ist klar. Wie gesagt, wir brauchen Flächen, wir brauchen aber auch Einrichtungen, die das mit befördern, aber, und das ist eines der Erkenntnisse – ich hatte ja einmal gesagt, es ist in Zeiten der Pandemie oft schwierig gewesen, wenn Gastrounternehmen geschlossen sind, die sich an der „Netten Toilette“ beteiligt haben, dann waren diese nicht offen –, wir haben von 2018 an über sieben Jahre den Umbau und die Nachrüstung von „Netten Toiletten“ in barrierefreie Toiletten mit 75 000 Euro pro Jahr finanziert und mit bis zu 50 Prozent unterstützt, und da haben auch nur wenige Betriebe davon Gebrauch gemacht beziehungsweise gar keinen Antrag mehr gestellt.

Also das eine ist, dass wir einen Platz finden müssen, wenn wir eine öffentliche Toilette einrichten. Nicht alle Plätze kann man immer barrierefrei erreichen, das ist leider so, aber wir können gern noch einmal schauen, ob wir da etwas anderes finden. Das andere ist aber, nicht jeder Betrieb oder jedes Unternehmen, das eine „Nette Toilette“ anbietet, kann Barrierefreiheit gewährleisten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Es gibt an der Schlachte nur eine einzige öffentliche Toilette, und der Container ist immer wieder geschlossen. Zudem sind die wenigen vorhandenen Toiletten in der Stadt sehr schlecht beschriftet, also man kann ja nicht von der Straße sehen, ob sich dort eine Toilette befindet. Meine Frage lautet: Ist es ein teures Unterfangen, die öffentlichen Toiletten zu beschriften?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich habe auch da bisher noch keine Beschwerden gehört, dass Menschen gesagt haben, wir wissen nicht, wo es öffentliche Toiletten gibt. Das Angebot an Toiletten generell, auch gerade, wenn Restaurants geöffnet sind, ist ja erst einmal nicht so gering in der Stadt, wir haben das Problem vor allen Dingen gemerkt, als die Restaurants und die Cafés coronabedingt geschlossen waren.

Die Frage ist ja immer, ab wo zeichnet man das aus. Wir können auch gern schauen, ob man da noch zusätzliche Hinweisschilder aufstellt oder das per

App macht, viele bewegen sich ja heute eher digital durch Städte, mit einem digitalen Stadtplan, als dass man noch überall Straßenschilder oder Schilder an Gebäuden anbringen kann, aber wir können gern schauen, ob man da noch zusätzlich eine Beschilderung aufstellen muss. Gerade an der Schlachte, würde ich sagen, haben wir zwar eine große öffentliche Toilette, aber das Angebot an Toiletten, gerade an der Schlachte, ist jetzt nicht so gering.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Elombo Bolayela (SPD): Im Vegesacker Zentrum gibt es im Bürgerhaus eine Toilette, es gibt ja eine „Nette Toilette“ im Ortsamt, wenn das geschlossen ist, kommt keiner hinein. Am Bahnhof Vegesack ist sie seit Ewigkeiten geschlossen, und in Lesum habe ich mich informiert, und woanders ist es auch nicht besser, und in den Stadtteilen haben wir ein Problem. Ist Ihnen das Problem bekannt, dass man hier eine Lösung finden muss, oder ist es für Sie jetzt noch nicht so weit, Sie sind noch nicht informiert darüber?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Natürlich weiß ich auch, dass am liebsten in jedem Stadtteil, in jedem Quartier öffentliche Toiletten zur Verfügung gestellt werden sollten. Es ist aber auch eine Preisfrage, Herr Abgeordneter, das wissen Sie auch. Eine Toilette zu errichten, ist schon nicht so preisgünstig, sie zu betreiben, ist nicht preisgünstig, und wir werden hier auch noch einmal eine Nachfrage haben, wie das in Bahnhöfen mit Toiletten und auch barrierefreien Toiletten aussieht. Das Problem ist schon bekannt, aber das muss auch finanziert werden, und da freue ich mich natürlich über Finanzierungsvorschläge von Ihnen!

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Frau Senatorin, am Hauptbahnhof ist die Toilettensituation für Frauen natürlich besonders schwierig, speziell für Frauen, die wenig Geld haben oder wohnungslos sind. Umso mehr freut es mich, dass Sie angekündigt haben, dass da ein Angebot entstehen soll. Können Sie sagen, wann das der Fall sein wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Im Moment wird daran gearbeitet. Ich reiche Ihnen gern eine konkrete Zeit nach, wann es fertig ist. Ich hatte ja gesagt, provisorisch würden gerade vier Urinale auf dem Bahnhofsvorplatz errichtet, in Planung

und kurz vor der Umsetzung sind zwei Unisexurinale auf dem Bahnhofsvorplatz und eine personalgeführte Toilette im City Gate. Ich kann Ihnen das aber jetzt nicht auf die Woche oder den Monat genau sagen, das reiche ich Ihnen gern nach.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Helfen Sie mir auf die Sprünge, ich stehe auf dem Schlauch: Was sind Unisexurinale?

(Heiterkeit CDU)

Entschuldigung! Tatsächlich, ich kann mir das nicht vorstellen!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ja! Das ist eine spannende Frage, aber es – –.

(Zuruf – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Bericht in der Deputation!)

Genau! Wenn Sie das möchten, dann berichte ich auch gern noch in der Deputation, Herr Güngör! Wir können uns das sicherlich einmal gemeinsam anschauen, aber es wurde extra Wert darauf gelegt, dass es auch Unisexurinale sind und nicht nur Urinale.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Welche Zeitfenster sind da geplant, also können Sie sich vorstellen, dass das Toilettenangebot ungefähr so ausgerichtet ist, dass es auch den Lebenswirklichkeiten gerecht wird und beispielsweise auch in den Abendstunden ausgedehnt wird?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das ist ja einmal der Sinn. Gerade beim Bahnhofsvorplatz – und das bezieht sich eben auf die Urinale – ist es so, dass sie natürlich auch in den Abendstunden, in den Nachtstunden zur Verfügung stehen sollen. Wir wollen ja nun gerade bei diesem misslichen Umstand am Bahnhofsvorplatz Abhilfe schaffen, dass dort überallhin uriniert wird, wo man sich das nicht wünscht.

Bei der personalgeführten Toilette im City Gate geht es schon darum, wenn man Toiletten anbieten möchte – auch in Hotels oder in solchen Anlagen wie dem City Gate –, dann will man natürlich auch

dem missbräuchlichen Gebrauch von solchen Toiletten vorbeugend entgegenwirken, deswegen personalgeführt. Da glaube ich nicht, dass wir das die ganze Nacht öffnen können. Das hat dann einfach auch etwas mit den Arbeitszeiten von Menschen zu tun.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 4: Weshalb soll die zentrale Anlaufstelle für EU-Bürger beim Jobcenter wieder abgeschafft werden?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 7. September 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe, Evaluationsgrundlagen oder andere Strategien gibt es dafür, die zentrale Anlaufstelle für EU-Bürger beim Jobcenter und das Team, das hierfür erst im Januar dieses Jahres neu zusammengestellt und qualifiziert wurde, zum Jahresende wieder abzubauen?

2. Welche Lehren hat der Senat nunmehr aus dem massenhaften Sozialbetrug in Bremerhaven, welcher mithilfe eines Untersuchungsausschusses in der letzten Legislaturperiode aufgearbeitet wurde, gezogen, und mit welchen strukturellen Maßnahmen wurde beim Jobcenter dafür gesorgt, dass diese Form der Kriminalität in Bremen keinen Raum gewinnt?

3. Wie gedenkt der Senat, ohne ein solches zentrales Team an Spezialisten individuellen Leistungsbetrug und Formen organisierter Kriminalität zukünftig erfolgreich zu verhindern?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Kai Stührenberg.

Staatsrat Kai Stührenberg: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Jobcenter Bremen hat den Trägern einen Vorschlag unterbreitet, der eine Dezentralisierung der im September 2020 eingerichteten zentralen Anlaufstelle für EU-Bürgerinnen und -

Bürger vorsieht. Hintergrund dieses Vorschlags sind fachliche und organisatorische Erwägungen des Jobcenters sowie die Erwartung einer besseren und wohnortnahen Betreuung der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in den Geschäftsstellen direkt. Eine Entscheidung der Trägerversammlung zu diesem Vorschlag ist noch nicht gefallen.

Zu Frage 2: Der Senat hat sich im Lichte der Erkenntnisse des Untersuchungsausschusses zum Sozialleistungsbetrugsverdacht in Bremerhaven für eine Optimierung der Verwaltungsabläufe im Jobcenter Bremen eingesetzt. Hierzu gehören beispielsweise die Reorganisation des Neukundenprozesses im Hinblick auf die Identifizierung von Auffälligkeiten, die Qualifizierung von Personal für die Bearbeitung rechtlich komplizierter Anträge im Kontext des Arbeitnehmerstatus von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern, die konsequente Anwendung der Arbeitshilfe der Bundesagentur zur „Bekämpfung von organisiertem Leistungsmissbrauch“, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden sowie die Echtheitsprüfung von Dokumenten. Bisher konnten im Jobcenter Bremen keine Anhaltspunkte auf nachweislichen organisierten Sozialleistungsmissbrauch festgestellt werden.

Zu Frage 3: Die Verhinderung organisierten Sozialleistungsmissbrauchs ist weiterhin ein wichtiges Anliegen des Senats. Daher wird der Vorschlag des Jobcenters im Hinblick auf eine Neuorganisation der rechtlich komplizierten Prüfung des Leistungszugangs von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sorgfältig geprüft. Entscheidend ist, dass ein gleichbleibend hohes Niveau im Hinblick auf die Erkennung und Verhinderung von Missbrauchshandlungen gewährleistet bleibt. Ferner ist es sehr wichtig, dass die in der Fläche gesammelten Informationen weiterhin bei den Führungskräften des Jobcenters zusammengetragen und ausgewertet werden. Die Prüfung der Träger des Jobcenters ist noch nicht abgeschlossen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): War denn das bisherige Konstrukt der zentralen Anlaufstelle für EU-Bürger jetzt so dermaßen fehlerhaft, dass es jetzt zu einem Zeitpunkt abgewickelt wird, wo ja erst im Frühjahr sechs neue Mitarbeiter eingestellt worden sind, die ja zum Teil noch gar nicht eingearbeitet worden sind? War das eine fehlerhafte Planung, oder wie kommt man auf die Idee?

Staatsrat Kai Stührenberg: Festgestellt werden konnte, dass es durch die zentrale Bearbeitung zu sehr langen Wartezeiten gekommen ist, gerade für EU-Bürgerinnen. In der Folge gab es da auch entsprechende Beschwerden und die Feststellung, dass eben trotz der intensiven Prüfungen keinerlei Erkenntnisse gewonnen werden können, die auf irgendeinen systematischen Leistungsmissbrauch schließen lassen. Das heißt, das Ziel ist es jetzt, diese Bearbeitungszeiten wieder zu verkürzen und auch eben an der Stelle eine dezentrale Bearbeitung, eine wohnortnahe Bearbeitung für die Kundinnen zu ermöglichen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Bei mir sind Informationen gelandet – sie können falsch sein, berichtigen Sie mich gern! –, dass es Auffälligkeiten bei 700 Kunden gab, bei Bulgaren, die Hartz IV beantragt haben, die ganz kurze Zeit bei MPS, einer Unterorganisation von HelloFresh als Mitarbeiter geführt worden sind, ein Vorgang, der auch beim Zoll und bei der Staatsanwaltschaft aufgelaufen sei, und wenn das da bei dieser zentralen Stelle aufgefallen ist, dann wäre das doch im Sinne des Auftrags dieser Stelle ein Erfolg, oder nicht?

Staatsrat Kai Stührenberg: Wenn das so aufgetreten ist, dann wäre das an der Stelle ein Erfolg, die Frage ist, ob es eben allein davon abhängig ist, dass wir eine zentrale Abarbeitung an der Stelle haben. Wir haben ja eben auch in der Antwort des Senats noch einmal gesagt, uns geht es nicht um den Abbau der Qualifikation und nicht um den Abbau der Prüfungen, es geht um die Dezentralisierung. Das ist die Idee des Jobcenters.

Es liegen uns ja auch weitere Informationen von den Mitarbeitenden vor, und die werden zurzeit geprüft. Das ist der Grund, warum zurzeit auch noch keine Entscheidung der Trägerversammlung gefallen ist, sondern zurzeit genau alle diese Fragen geprüft werden. Uns ist es extrem wichtig, dass in der Qualität der Prüfungen keine Abstriche gemacht werden, dass wir weiterhin sicherstellen können, dass es nicht zu systemischem Leistungsbetrug kommt, und da sind wir mit dem Jobcenter im Gespräch, und nach Abschluss dieser Prüfung wird es dann zu einer Entscheidung der Trägerversammlung kommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Also dieses Netzwerk, diese geballte Kompetenz, diese ausgebildeten Mitarbeiter, die jetzt in diesem komplexen Arbeitsfeld zusammenarbeiten, dass sie in einer besonderen Weise einen Kompetenzschwerpunkt bilden, ich dachte, das war die Idee des gesamten Konstrukts. Wenn man die jetzt abschafft, ist es dann nicht so, als würde man den Radar am Schiff ausschalten? Also jetzt einmal zur Idee: Warum hat man es geschaffen, und warum schafft man es jetzt ab, wenn solche Sachen identifiziert werden?

Staatsrat Kai Stührenberg: Also die Idee ist nicht, diese Kompetenzen abzuschaffen, die Idee ist, sie nicht mehr zentral vorzuhalten, sondern sie dezentral zu machen. Das Jobcenter beschreibt es so, dass entsprechend diese Qualität nicht abnimmt und weiterhin systemischer Leistungsbetrug auffallen würde und sie entsprechend auch entsprechende Maßnahmen ergreifen können. Ob das so genau ist, prüfen wir zurzeit mit dem Jobcenter im Detail, das Jobcenter ist gehalten, uns genau zu erläutern und deutlich zu machen, wie diese Qualifikationen erhalten werden und wie aber insgesamt dadurch auch die Betreuung der Kundinnen verbessert werden muss, weil das auch ein Ziel sein muss.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 5: Bremen – Aufnahme ins Rainbow Cities Network noch nicht erfolgt?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 7. September 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wann ist nach Bürgerschaftsbeschluss der Drucksache [20/1109](#), Protokoll 20/623, gemäß Beschlusspunkt 3 die Aufnahme der Stadtgemeinde Bremen ins Rainbow Cities Network erfolgt, und wenn nicht, warum nicht, und wie ist der Stand der Umsetzung dieses Beschlusspunktes – Stand 12. Juli 2022 waren wir nicht auf der Homepage des Rainbow Cities Network verzeichnet –?

2. Welche Bedingungen erfüllt Bremen für die Aufnahme in das Rainbow Cities Network, und welche Ideen aus dem Netzwerk bereichern zukünftig die Sichtbarkeit der LGBTQI+-Einwohner:innen und

tragen zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei?

3. Welche Pläne gibt es, den International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia zukünftig im Austausch mit anderen Städten des Rainbow Cities Network zu gestalten?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Thomas Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Aufnahme der Stadtgemeinde Bremen in das Rainbow Cities Network ist bislang nicht erfolgt. Unabhängig von dem Beschluss der Bremischen Bürgerschaft war im Jahr 2020 telefonisch um eine Aufnahme im Rainbow Cities Network angefragt worden. Damals war dies vom Rainbow Cities Network abgelehnt worden, weil die Verwaltung des Netzwerks nicht über ausreichend Personal verfügte, um weitere Mitglieder betreuen zu können. Mittlerweile steht das Netzwerk für Neuaufnahmen wieder zur Verfügung. Der Senat befürwortet einen Beitritt zum Netzwerk und wird nach Klärung der notwendigen Rahmenbedingungen kurzfristig den Antrag zur Aufnahme in das Rainbow Cities Network klären und eine Beschlussvorlage vorbereiten.

Zu Frage 2: Die Bedingungen für eine Aufnahme sind erfüllt. Der Beitritt erfordert die Darstellung einer LGBTIQI-Policy. Mit dem seit 2015 vorliegenden Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie ist dies erfüllt.

Durch die Mitgliedschaft im Netzwerk kann Bremen von den Erfahrungen anderer Länder und Städte profitieren. Allein das einmal jährlich stattfindende Treffen aller Mitgliedsstädte ermöglicht den Austausch über Best Practices und über die Chancen, von und mit anderen zu lernen und sich durch kreative Ideen weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit den anderen Mitgliedsstädten wird unter anderem durch gemeinsame Positionspapiere und Veranstaltungen mehr Sichtbarkeit und Durchsetzungsfähigkeit für die Anliegen der Mitglieder erreicht.

Zu Frage 3: Anlässlich des International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia hatte Senatorin Stahmann im Mai 2021 zu Respekt gegenüber Lesben, Schwulen und bisexuellen Menschen und zur Akzeptanz aller Menschen mit

nicht heteronormativem Leben aufgerufen. Bremen leistet hier aktive Unterstützung. Seit 2020 besteht mit dem queerpolitischen Beirat ein Beratungsgremium für die Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie. Die finanziellen Mittel für den Arbeitsbereich sind von zuletzt 480 000 Euro im Jahr 2020 auf 540 000 Euro im Jahr 2021 gestiegen. Damit konnten unter anderem das Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben sowie der Verein Trans Recht ihre Beratungsangebote weiter ausbauen.

Durch die Mitgliedschaft im Rainbow Cities Network kann der International Day Against Homophobia, Biphobia and Transphobia künftig für noch mehr Sichtbarkeit genutzt werden. So gibt es jedes Jahr eine Fotoausstellung unter einem bestimmten Motto anlässlich des Tages. Dort werden Beiträge von einzelnen Mitgliedsstädten gezeigt. Daran kann Bremen künftig ebenfalls mitwirken und die Ausstellung in Bremen und digital präsentieren. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Herr Staatsrat, wenn ich mich recht erinnere, haben wir die Frage vor den Sommerferien gestellt, und jetzt sagen Sie uns, der neue Antrag kann gestellt werden. Deshalb die Frage:

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das geht nicht!)

Was ist seit dem Stellen der Frage – wir haben jetzt Oktober – getan worden, um diesen Antrag neu einzubringen, oder mussten Sie erst auf die Beantwortung der Frage warten, um neu aktiv zu werden? Also was haben Sie in den letzten Wochen in dieser Angelegenheit getan?

Staatsrat Thomas Ehmke: Ich meine, Sie haben den Antrag gestellt. Die Frage haben Sie ja wahrscheinlich –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Der Antrag ist schon lange beschlossen, aber was haben Sie zwischen der Frage und jetzt getan? – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war im September!)

Genau!

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ja, das ist richtig!)

Ansonsten kommt es mit den Fristen nicht so hin, aber sei's drum! Wir haben ja darauf hingewiesen: Zunächst einmal musste die Verwaltung des Netzwerks aufnahmefähig sein, dann musste die Verwaltung der Freien Hansestadt Bremen aufnahmefähig werden, und das ist jetzt beiderseits erfolgt, und ich kann Ihnen jetzt die einzelnen Bearbeitungsprozesse im Detail nicht darlegen. Ich kann Ihnen nur sagen, beide Seiten wollen, dass die Aufnahme erfolgt, und sie arbeiten an dieser Aufnahme, und es ist davon auszugehen, dass sie in Bälde erfolgen kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Also gehe ich recht in der Annahme, dass wir das noch dieses Jahr erleben werden?

Staatsrat Thomas Ehmke: Ich verspreche immer keine Sachen, deren Eintritt ich nicht sicher zusehen kann, aber ich kenne keine Hinderungsgründe dafür.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Ich habe eine kurze Nachfrage wegen Ihrer Antwort auf Frage 3! Sie haben ja erwähnt, dass da dann möglicherweise auch Mittel für die Gestaltung des IDAHOBIT generiert werden können. Nun es ist ja so, dass in den letzten Jahren vor der Pandemie das Rat & Tat Zentrum dort immer Kundgebungen und Demonstrationen organisiert hat. Wäre es also denkbar, für die Community auch eine Förderung zielgerichtet für diesen Tag quasi aus dem Netzwerk heraus zu erzielen, anstatt um ihn eigene Veranstaltungen zu machen?

Staatsrat Thomas Ehmke: Ich habe gesagt, dass dieser Aktionstag für mehr Sichtbarkeit genutzt werden kann, ich habe darauf hingewiesen, dass die Mittel für diesen Bereich in der Vergangenheit ausgeweitet worden sind. Jetzt sind mir die Arbeitsweisen des Netzwerks nicht bekannt, aber ich vermute, dass dadurch im Detail keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen, sondern dass die Wirksamkeit und die Vernetzung hier den zusätzlichen Effekt generieren, deshalb will ich jetzt an der Stelle nicht zu große Hoffnungen auf zusätzliche finanzielle Ressourcen machen. Dazu finde ich jedenfalls in der Antwort keinen Hinweis, das wird man sich dann im Einzelfall anschauen müssen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 6: Wann fährt die Bremer Feuerwehr elektrisch?

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. September 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat das positive Ergebnis des Berliner Testlaufs zum Einsatz eines Elektrolöschfahrzeugs im Echtbetrieb bekannt?

2. Welche Schlüsse zieht der Senat aus diesen Ergebnissen für die Feuerwehr Bremen?

3. Plant der Senat auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse die Anschaffung von Löschfahrzeugen mit Elektroantrieb, und wenn ja, wann ist mit einer Inbetriebnahme zu rechnen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Ulrich Mäurer.

Senator Ulrich Mäurer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3: Das in Berlin getestete Fahrzeug verfügt über einen kombinierten Antrieb von Dieselmotorkraftstoff und elektrischem Strom.

Es gibt derzeit noch kein Hilfeleistungs- und Löschfahrzeug, das im Echtbetrieb einer Großstadtfeuerwehr durchhaltefähig nur mit elektrischem Strom betrieben werden kann. Das getestete Fahrzeug mit einem kombinierten Antrieb hat die feuerwehrtechnischen Anforderungen erfüllt. Der Betrieb eines solchen Einsatzmittels erfordert allerdings eine vergleichsweise kostspielige Ladeinfrastruktur an der jeweiligen Wache. Der Senat wird die Beschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben in seine Planung einbeziehen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, können Sie sagen, wie die Verfügbarkeit der Fahrzeuge dieses hybriden Wagens bei der Feuerwehr war? Ich habe dem „Feuerwehr-Magazin“ entnommen, dass sie nach ungefähr einem Jahr bei 75 Prozent lag, der Durchschnitt bei der Berliner Feuerwehr liegt bei 78 bis 85 Prozent. Ist das für Sie ein gutes Ergebnis?

Senator Ulrich Mäurer: Wie gesagt, wir haben das Problem, wenn es ein reines Elektrofahrzeug auf dem Markt gäbe, dann hätten wir da auch längst einmal nachgefragt. Aber bei diesen Hybridantrieben, das kann ich nur aus eigener Erfahrung sagen: Es war keine gute Idee, dass wir zu Hause umgestellt haben, wir verbrauchen heute mehr Benzin als vorher. Insofern ist diese Technik meines Erachtens nicht die Zukunft.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): In demselben Bericht des „Feuerwehr-Magazins“ wird auch berichtet, dass 99,55 Prozent der Einsätze elektrisch abgelaufen sind, das heißt also, eine Unterstützung des Hybriden nicht notwendig war. Hat sich das sozusagen auf lange Sicht bewährt, oder gab es da Veränderungen im Testlauf in Berlin?

Senator Ulrich Mäurer: So konkret kann ich das nicht beurteilen, aber da wir ja nun nicht jede Woche ein neues Fahrzeug in den Dienst stellen, müssen wir schauen, dass wir auf dem Markt in der Tat Fahrzeuge bekommen, die alltagstauglich sind, die wir vielseitig einsetzen können, denn es geht ja weiter so: Wenn wir Fahrzeuge bei der Berufsfeuerwehr erwerben, werden sie dann weitergegeben an die freiwilligen Feuerwehren. Das muss alles aus einer Hand sein, da macht das Sinn.

Aber ich möchte noch einmal wiederholen, so ein Fahrzeug zu nehmen mit nicht ausgereifter Technik – und das ist bei hybrider Fahrweise der Fall –, das kann nicht die Lösung sein. Aber dass wir uns umschaun, wenn auf dem Markt neue Fahrzeuge angeboten werden, da werden wir mit Sicherheit die Ersten sein, die das gern kaufen, wenn wir es bezahlen können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Welche Vorteile sehen Sie denn insgesamt für

die Nutzung von elektrischen Fahrzeugen bei der Feuerwehr, jetzt einmal unabhängig von der Frage der Umweltbilanz?

Senator Ulrich Mäurer: Es liegt ja auf der Hand: Wenn wir eine neue Technologie im Antriebsbereich hätten, wo wir dann kurzfristig in den Hallen aufladen können, das wäre ein großer Fortschritt. Wir haben das Problem ja auch, dass wir aufwendige Absaugsysteme in den Hallen brauchen, solange wir mit Diesel fahren, das ist ja auch nicht so einmal ohne. Von daher gesehen: Elektromotoren wären deutlich hilfreicher, umweltfreundlicher, auch für die Mannschaft besser, also wir sind da eigentlich immer dabei, zu investieren. Aber gegenwärtig sehe ich nicht, dass wir das vernünftig auf die Reihe bekommen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Björn Fecker (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben für den Senat geantwortet, dass Sie das „einplanen“, hieß es, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere. Jetzt haben Sie eben gesagt, Sie sondieren den Markt. Wie kann ich mir jetzt das weitere Vorgehen in dieser Frage vorstellen, Herr Senator?

Senator Ulrich Mäurer: Ganz einfach: Wir beschaffen ja regelmäßig Fahrzeuge und sondieren die Marktlage, was es an neuen technischen Entwicklungen gibt. Darauf passen wir dann auch unsere Fahrzeuge an. Gegenwärtig haben wir aber keine einzige Ausschreibung laufen, wo wir sofort sagen könnten, das ist die Lösung, sondern da müssen wir, denke ich, noch etwas warten. Aber die Zukunft wird sehr wahrscheinlich in diesem Bereich liegen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kevin Lenkeit. – Bitte sehr!

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Herr Senator, vor dem Hintergrund, dass der vom Kollegen Fecker beschriebene Prototyp, von dem es weltweit drei Stück gibt – nämlich einen bei der Feuerwehr Berlin, einen beim Fire Department Los Angeles und einen, ich glaube, in Abu Dhabi oder Katar, jedenfalls irgendwo da in der Richtung –, und Sie haben ja auch beschrieben, dass die Feuerwehr jedes Jahr neue Fahrzeuge beschafft und bei unseren Feuerwehren in Dienst stellt: Stimmen Sie mir dahin gehend zu, dass dieser vollelektrische Prototyp sicherlich eine schöne Story für einen Artikel im

„Feuerwehr-Magazin“ ist, aber für die kommende Dekade sicherlich keine reale Option für die Feuerwehren im Lande Bremen?

Senator Ulrich Mäurer: Ich hätte das etwas diplomatischer ausgedrückt,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber nicht seine Stärke!)

aber in der Sache ist das richtig.

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Vielen Dank!)

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Jens Eckhoff.

Abgeordneter Eckhoff (CDU): Herr Senator, ich habe bei der Planung noch immer nicht verstanden, bis wann diese jetzt tatsächlich so weit abgeschlossen ist, dass Sie erwarten, dass die ersten Fahrzeuge in diese Richtung auch tatsächlich angeschafft werden können. Damit können Sie vielleicht gleich verbinden, dass Sie neben den Batterie- auch die Wasserstofffahrzeuge am Markt abgeprüft haben.

Senator Ulrich Mäurer: Ja, ich habe den Text selbst verfasst,

(Heiterkeit)

und ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass wir offen sind für neue innovative Lösungen und dass wir mit Sicherheit gern die Ära der Dieselfahrzeuge hinter uns lassen. Ich sage aber auch: Solange auf dem Markt keine Fahrzeuge zu erwerben sind, die unsere Herausforderungen bewältigen können, schauen wir uns weiter um. Wir sind bei diesem Thema offen. Das wollte ich damit zum Ausdruck bringen. Ich würde den Begriff der Planung jetzt nicht überstrapazieren.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Eckhoff (CDU): In Ordnung! Sie haben aber in der von Ihnen selbst formulierten Antwort am Anfang auch von einer teuren Ladeinfrastruktur gesprochen. Die wird ja deutlich günstiger, wenn sie zum Beispiel durch PV-Strom gespeist wird. Können Sie mir sagen, auf wie vielen Dächern der Feuerwachen in Bremen denn PV-Anlagen installiert sind?

Senator Ulrich Mäurer: Auch diese Frage muss ich fast nicht beantworten, denn Sie wissen die Antwort ja auch schon im Voraus. Wir haben nichts Vergleichbares, und wir sind jetzt froh, dass wir für die Feuerwehren im Bereich der freiwilligen Feuerwehr einen WLAN-Anschluss haben. Das ist eine tolle Sache.

(Heiterkeit)

Also bis wir so weit sind, dass wir da auch wirklich in moderne Strukturen investieren können, muss man sich noch einige Jahre Zeit nehmen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Eckhoff (CDU): Teilen Sie aber vielleicht mit mir die Einschätzung, dass es dieses Mal schneller gehen sollte als bei der Einführung von WLAN in den Feuerwehrrwachen?

Senator Ulrich Mäurer: Ich bin für alles offen. Aber, wie gesagt, es ist in Bremen auch immer ein Problem der Finanzen, das wissen Sie am besten, und wenn Sie mir einmal ein bisschen mehr Geld geben würden, könnten wir auch schneller reagieren.

(Zurufe)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Nein, danke, ich glaube, das reicht für heute!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Anfrage 7: Wie lange lässt der Senat die Kleingärtner noch warten?

Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. September 2022

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wann soll nach derzeitiger Planung der Kleingartenentwicklungsplan vorgestellt werden?

2. Inwiefern bekommen die Kleingartenvereine bis zur Vorstellung und Umsetzung des Plans mehr

Unterstützung bei der Pflege und Aufwertung des Rahmengrüns?

3. Inwiefern ist beabsichtigt, das zur Verfügung stehende Budget zur Pflege des Rahmengrüns von derzeit 245 000 Euro noch in diesem Jahr und für das nächste Jahr zu erhöhen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Kleingartenentwicklungsplan befindet sich in Bearbeitung. Es handelt es sich um ein komplexes interdisziplinäres Planwerk, das der Zusammenarbeit verschiedener Beteiligter – SKUMS Grünordnung, Stadtplanung, Bauordnung, Recht, Umweltbetrieb Bremen, Landesverband der Gartenfreunde und der Kleingartenvereine – bedarf. Er umfasst die fünf Handlungsfelder Leerstände, Sanierungsstau und Pflege Rahmengrün, Organisation, Kaisenhäuser sowie Wochenendhausgebiete.

Für alle fünf Handlungsfelder gibt es unterschiedliche Rahmenbedingungen sowie unterschiedliche Verantwortlichkeiten. Gleichzeitig ist für die Erarbeitung des Kleingartenentwicklungsplans eine umfassende Bestandserfassung und -analyse erforderlich. Diese ist noch nicht abgeschlossen. Anders als bei anderen Konzepten werden beim Kleingartenentwicklungsplan jedoch bereits während des Erarbeitungsprozesses Maßnahmen umgesetzt, siehe Frage 2.

Im Jahr 2023 wird der Fachdeputation der Abschlussbericht vorgelegt.

Zu Frage 2: Maßnahmen zur Aufwertung des Rahmengrüns wurden in den letzten zwei Jahren sowohl über den Bremen-Fonds, den Klimaschutzfonds sowie über verschiedene Investitionsprojekte umgesetzt. So wurden über den Bremen-Fonds Fuß- und Radwege im Grünen Bremer Westen – Walle und Gröpelingen – neu angelegt und saniert sowie brachgefallene Kleingärten entweder wieder nutzbar gemacht oder in das Rahmengrün integriert.

Über den Klimaschutzfonds wurden 25 brachgefallene und vermüllte Parzellen saniert und wieder in

Nutzung genommen oder in das Rahmengrün integriert. Sechs leer stehende und verwahrloste Behelfsheime wurden abgerissen. Weiterhin wurde das Rahmengrün durch Sanierung der Gehölzbestände aufgewertet. Die Herstellung eines Apfellehrgartens befindet sich in der Vorbereitung. Zudem werden sämtliche Gehölzbestände digital erfasst, um sie anschließend systematisch zu bearbeiten und zu attraktivieren.

Über verschiedene Investitionsprojekte insbesondere im Grünen Bremer Westen wurden Rahmengrünflächen aufgewertet, zum Beispiel entlang der neuen Rundwegeverbindung In den Wischen oder an der Wegeverbindung Mäusetunnel. Über naturschutzrechtliche Kompensationsmittel wurden zahlreiche bislang verwahrloste Kleingarten- und Rahmengrünflächen in Streuobstwiesen oder artenreiche Blühwiesen umgewandelt.

Zu Frage 3: Dem UBB werden jährlich 245 000 Euro für die Pflege des Rahmengrüns in der Zuständigkeit der Stadtgemeinde gemäß aktuellen Generalpachtverträgen zur Verfügung gestellt. Mit diesem Budget müssen circa 80 Hektar Rahmengrünanlagen in der Verantwortung der Stadt unterhalten werden. Dieses Budget ist für 2022 und 2023 durch Haushalt und Jahresauftrag festgelegt. Weitere circa 40 Hektar Rahmengrünanlagen werden durch die Vereine selbst gepflegt. Eine Aufstockung des Budgets in diesem oder im nächsten Jahr ist aufgrund der fixen Haushaltsanschläge 2022/2023 nicht vorgesehen, aber ab 2024 geplant. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, es dauert ja jetzt schon bestimmt zehn Jahre, dass dieser Plan entwickelt wird – doch, ich denke einmal, wenn wir die ersten Schritte dazu sehen, dann sind das jetzt bestimmt mindestens zehn Jahre. Sie könnten mir jetzt nicht sagen, wann der Plan fertig ist? Es ist ja eine konkrete Frage in meiner Frage, die diesen – –. Also Sie können mir da keine Jahreszahl nennen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Doch, das habe ich – –. Wenn Sie das richtig verstanden hätten, ich habe gesagt, im Jahr 2023 – das war die Antwort auf Frage 1 – wird der Fachdeputation der Abschlussbericht vorgelegt. Also insofern, das ist eine konkrete Jahreszahl; und dann will ich einmal korrigieren, da ich ja nun selbst in anderer Funktion auch an diesem Antrag mit beteiligt war, es ist

noch lange nicht zehn Jahre her, aber ich möchte einmal darlegen, warum es auch komplex ist: nicht nur, weil man die verschiedensten Akteure befragen muss, sondern es gibt nicht einen Generalpachtvertrag, sondern über 200. Gerade bei den Fragen des Rahmengrüns: Ich glaube, zu den Kaisenhäusern haben wir inzwischen ja über Dienstvereinbarungen gute Lösungen gefunden, was die Behelfsheime und die Auswohnberechtigungen angeht.

Ich habe aber ja gesagt, es gab insgesamt mehrere Fragestellungen. Das eine ist das Rahmengrün, dann haben wir das Handlungsfeld Organisation, da ging es darum, aus mehreren Hundert einzelnen Generalpachtverträgen – –. Die sind zum Teil aus den Fünfzigerjahren. Die Grenzen und die Zuständigkeiten sind zum Teil extrem unklar gewesen, da brauchten wir die Zuarbeit des Landesverbands der Gartenfreunde. Die haben auch das Problem – das kennen Sie –, dass dort die Geschäftsführung in kürzester Zeit mehrmals gewechselt hat, aber dort sind wir angewiesen, weil nicht jede Parzelle Pachtland ist, es gibt Eigenland, es gibt Bauernland, die Grenzen haben sich in den letzten 70 Jahren mehrmals verschoben, sind aber nicht in den zum Teil noch per Hand eingezeichneten Verträgen enthalten. Insofern, es ist zum einen noch nicht zehn Jahre her, das stimmt einfach nicht, aber es sind eben auch wirklich arbeitsintensive Vorgänge.

Wir haben mit unserer Mitarbeiterin, die wir seit dem letzten Jahr auch fest angestellt haben – auch das hatten wir nicht, auch eine Erneuerung! –, dann zum ersten Mal auch die Gelegenheit – –. Ich habe das extra mitgebracht, das zeige ich Ihnen, das ist immer schwierig von Weitem zu sehen, aber das sind die Vorlagen, die wir aus den Fünfzigerjahren vorgefunden haben. Darauf Ableitungen auf heute zu ziehen, ist eben arbeitsintensiv, weil es noch nicht einmal digital in diesen Verträgen vorlag.

Die Frage des Rahmengrüns ist eigentlich deutlich mit den Vereinen geregelt. Dafür sind die Vereine zuständig, das besagen die Pachtverträge. Wir wissen aber, das ist natürlich ehrenamtlich. Die Vereine sind zum Teil überaltert und haben das Rahmengrün über Jahre nicht gepflegt, nicht zurückgeschnitten. Deswegen hat es überhandgenommen, deswegen musste der UBB da auch entsprechend eingreifen, aber auch das war ja die Frage zu der Finanzierung, das muss geregelt werden.

Und so geht das immer weiter. Wir haben angefangen zu digitalisieren, wir haben das Rahmengrün aufgenommen, wir haben uns Gedanken über die

Organisation gemacht, aber wie ich auch ausgeführt habe, es ist nicht so, dass in der ganzen Zeit nichts passiert ist, sondern wir haben ja viele Sachen angepackt – das hatte ich zu Frage 2 beantwortet –: Garten zusammengefasst, Streuobstwiesen angelegt, gerade im Waller Westen haben wir den größten Nachholbedarf gehabt und haben da ja auch schon viel umgesetzt.

Insofern würde ich erstens nicht stehen lassen, dass nichts passiert ist, zweitens habe ich eine konkrete Jahreszahl genannt, und wenn Sie sich – –. Wir berichten gern noch einmal in der Deputation, jetzt waren Sie beim letzten Mal in der letzten Woche nicht da, da haben wir auch zu dem Thema ausgeführt. Wir können das gern auch noch einmal als einen ausführlichen Bericht hineinlegen, dann sehen Sie, wie intensiv gerade an dem Kleingartenentwicklungsplan bei uns gearbeitet wird, und zu den Wochenendhausgebieten hatten wir in der anderen Deputation ja auch vor Kurzem einen Bericht.

Also, es sind viele Fragestellungen, an denen intensiv gearbeitet wird, aber das Abschlusswerk, das zur Voraussetzung hatte, dass es auch alles einmal digital aufgenommen wird, was zum Teil hier planerisch per Hand in den Fünfzigerjahren in die Akten gelegt wurde, ist eben zeitaufwendig gewesen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Frau Senatorin, ich habe sehr wohl verstanden, dass Sie den Abschlussbericht im Jahr 2023 vorlegen wollen, aber wann beginnt die Umsetzung? Auch noch im Jahr 2023, oder erst im Jahr 2024?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das habe ich ja versucht zu erklären: Die Umsetzung hat schon begonnen. Also wir legen Ihnen am Ende zu einem das vor, was wir gemacht haben und was noch anliegt. Wir fangen nicht bei null an, und wir fangen auch nicht erst an, wenn wir Ihnen den Abschlussbericht vorgelegt haben, sondern wir haben Gelder eingeworben, gerade für den Westen.

Wir haben – das hatte ich in Frage 2 beantwortet – über den Bremen-Fonds oder über den Klimaschutzfonds angefangen, vermüllte Parzellen zu sanieren und so weiter, das sind alles Bestandteile aus diesem Kleingartenentwicklungsplan. Wir haben inzwischen verwahrloste Behelfsheime abgerissen, wir haben digitalisiert, und auch da fangen

wir ja nicht bei null an, sondern das ist die Grundlage gewesen, um Ihnen den Kleingartenentwicklungsplan vorzulegen. Wir haben mit den Vereinen und dem UBB über das Rahmengrün gesprochen, versuchen, Lösungen zu finden, also insofern würde ich die Frage eher umformulieren in „was haben wir alles schon getan, bevor der Abschlussbericht vorliegt“, und das habe ich Ihnen aufgezählt. Insofern, glaube ich, ist die Frage nicht gerechtfertigt, wann fangen wir an, sondern: Was haben wir alles schon getan?

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Silvia Neumeyer (CDU): Sie haben ja eben bereits gesagt, dass die Kleingärtner mit dem Rahmengrün wegen Überalterung überfordert sind, es ist alles ehrenamtlich, und dass der UBB eingreifen musste. Sind die Mittel, die dem UBB für diese Arbeiten in den Kleingärten zur Verfügung standen, Ihrer Meinung nach ausreichend?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Na ja, sie sind insofern erst einmal ausreichend gewesen, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten – darum geht es ja auch –, aber natürlich sehen wir, wenn die Vereine sich nicht selbst weiter um das Rahmengrün in ihren Vereinsgebieten kümmern können, wozu sie eigentlich nach Vertrags- und Pachtlage verpflichtet wären, sondern der UBB das mehr und mehr übernehmen muss, dass man die Mittel dann entsprechend aufstocken muss, das war meine Antwort auf Frage 3. In diesem Haushalt 2022/2023 – der ist ja nun beschlossen – stehen die 245 000 Euro zur Verfügung, aber ich habe ja gesagt, eine Erhöhung planen wir ab 2024, weil wir sehen, dass es so im Moment nicht ausreicht, um das herzustellen, was wir uns eigentlich optimalerweise unter einem gepflegten Rahmengrün vorstellen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Wir bedanken uns für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet. (Die vom [Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite Fehler! Textmarke nicht definiert.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Yvonne Averwenser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Bricht das Bremer Schulsystem zusammen? Fortgesetzter Unterrichts- und Betreuungsausfall durch fehlendes Personal unter Verantwortung von Senatorin Aulepp

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben für heute eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Bricht das Bremer Schulsystem zusammen? – Fortgesetzter Unterricht und Betreuungsausfall durch fehlendes Personal unter Verantwortung von Senatorin Aulepp“ eingebracht. Hintergrund sind die endlich öffentlich gewordenen Umstände an mindestens neun Bremer Grundschulen, die über das gesamte Stadtgebiet verteilt sind. Dass es sich hierbei nicht nur um Probleme von Grundschulen handelt, haben unter anderem auch die Berichte bei „buten un binnen“ am Mittwoch gezeigt und auch zahlreiche Artikel und Tweets in den Social Media, und ich bedanke mich ganz offen bei den Eltern, die bereit waren, diese Probleme anzusprechen und mit diesen an die Öffentlichkeit zu gehen.

(Beifall CDU – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Im Vorfeld zur heutigen Debatte haben mich wirklich sehr viele Menschen angerufen oder angeschrieben, um mir ihre Situation von den Schulen zu erzählen, und ich kann Ihnen auch hier versichern, es waren nicht nur Grundschulen. Die Mangelverwaltung hinterlässt mittlerweile tiefe Spuren in allen Bereichen der Schule.

Weil eben nicht jeder aus dem Alltag heraus nachvollziehen kann, was diese katastrophale Situation im Bereich des Unterrichts und Betreuungsausfalls für Eltern, Kinder und alle, die in Schule arbeiten, bedeutet und was es konkret heißt, wenn 100 Lehrkräfte mit rund 2 500 Lehrerwochenstunden über

alle Schulformen hinweg fehlen, möchte ich anhand von Beispielen kurz aufzeigen, was das konkret bedeutet!

Es ist zum Beispiel für eine alleinerziehende berufstätige Mutter von drei Kindern so verlaufen: Sie meldete sich bewusst bei einer Grundschule zum gebundenen Ganztags an, das bedeutet nämlich eigentlich auch Unterricht am Nachmittag, weil sie weiß, dass sie nicht in der Lage ist, ihr Kind richtig zu unterstützen. Die Zusage für den Platz erhielt sie schriftlich noch vor den Sommerferien 2022, und im Laufe des ersten regulären Schultages wurde sie auf der Arbeit angerufen, und man teilte ihr mit, dass sie keinen Platz hat. Nach vielem Hin und Her ist es ihr gelungen, doch noch eine Betreuung zu bekommen, aber weit weg von dem eigentlich angestrebten Ganztagsplatz.

Eltern werden sehr kurzfristig – manchmal erst kurz vor Schulbeginn – über die wegen personeller Engpässe erforderlichen Kürzungen im Ganztagsangebot informiert. An einigen Schulen findet lediglich Betreuung für Kinder statt, deren Eltern beide berufstätig sind. Während es zunächst ausreichte, dass der eigentliche Bedarf angemeldet wird, muss nun der Nachweis des Arbeitgebers vorliegen.

Über die gesamte Stadtgemeinde verteilt gibt es Grundschulen, die nicht erst seit diesem Schuljahr nur noch Betreuung bis 13:00 Uhr oder 14:00 Uhr anbieten können, und an einer vor zwei Jahren neu gegründeten Schule fehlt von Anfang an die ZuP-Leitung, und das in einem Stadtteil, in dem der Anteil der nicht deutschen Muttersprachler fast 66 Prozent beträgt und der Anteil der Jugendlichen, die einen Schulabschluss unterhalb des mittleren Schulabschlusses erreichen, bei fast 41 Prozent liegt. Von Chancengleichheit brauchen wir hier, meine Damen und Herren, nicht mehr zu reden.

(Beifall CDU)

Lehrkräfte müssen jahrgangsübergreifend nicht nur die ersten und zweiten Klassen, sondern mittlerweile auch Kinder der dritten Klasse in einem Raum unterrichten. Das wollen sie natürlich auch, das tun sie, und sie machen es selbstverständlich auch dort binnendifferenziert, ist ja auch einfach. Klassen müssen wegen fehlender Lehrkräfte spontan immer wieder neu zusammengelegt werden. Das bedeutet keine Kontinuität im Alltag der Kinder, soziale Bindungen werden erschwert. Insbesondere für Schülerinnen und Schüler der ersten

Klasse wird so der Einstieg in die Schule extrem erschwert.

Schulleitungen müssen sich permanent den zu Recht kritischen Fragen der Eltern und des Kollegiums stellen und versuchen nach Kräften, einen verhältnismäßig normalen Schulalltag aufrechtzuerhalten. Sie managen ein mittelständiges Unternehmen, in Bremen eher ein sinkendes Schiff. Doch wie gesagt, es fehlt nicht nur an Lehrkräften, sondern es fehlen Assistenzen, Erzieher, Sonderpädagogen, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen, die ebenfalls einen großen Anteil an einem gelingenden Unterricht und Schulalltag haben, und all diese Beispiele sind sicher nur die Spitze eines Eisbergs. Das ist das, was Eltern nun bereit sind, öffentlich zu machen.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich froh bin, dass wir endlich diese Diskussion öffentlich führen. Viel zu lange konnte die SPD-geführte Bildungsbehörde so tun, als seien dies alles nur Einzelfälle. Dabei sind alle Anpassungen bei den Betreuungszeiten und den Schulstunden, die ausfallen, mit der jeweiligen Schulaufsicht abzustimmen. Die Behörde weiß also sehr genau darüber Bescheid, wie desolat die tatsächliche Situation an den Bremer Schulen ist, und auch der ZentralElternBeirat weiß ebenfalls nur zu gut, dass es sich bei der von mir aufgezählten Liste um Beispiele handelt, die beliebig lange fortgesetzt werden könnten. Gleichzeitig ist genau diese Liste aber auch ein Indiz dafür, was die Betroffenen mittlerweile zu tolerieren bereit sind, ich vermute, in dem Glauben, dass ihre Situation in Bremen einzigartig ist. Das ist sie aber nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Schulleitungen, Lehrkräfte und alle – und ich meine wirklich alle! –, bis hin zu den Verwaltungskräften in den Schulen, die versuchen, für die Kinder und Jugendlichen zu retten, was zu retten ist, sie stehen alle an der Front des Bildungskollapses, der sich eben nicht nur in den Grundschulen bemerkbar macht, während die Bildungsbehörde immer noch von Einzelfällen reden will und sich auch für individuelle Einzelfalllösungen jeweils am Schulstandort lobt.

Mit Blick auf diese Situation müssen die Auswirkungen dieser Ignoranz und Selbstgefälligkeit der sozialdemokratisch geführten Behörde und der Hausspitze zunehmend Kinder, Eltern, Lehrkräfte und alle, die sich in Schule und für das Aufrecht-

erhalten des Schulalltags einsetzen, aushalten. Dabei war Bremen einmal auf einem guten Weg: Im Frühjahr 2017 beschloss genau diese Bremische Bürgerschaft hier den Antrag mit der Drucksache [19/842](#). Danach sollte ein Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven bis 2025 aufgelegt werden. Bis zum Herbst 2017 sollte das vorliegen, im Herbst 2017 lag nichts vor.

2019 fragte Herr Güngör einmal nach, wie weit denn der Sachstand bei diesem Konzept sei, und er war sichtlich unzufrieden mit der Antwort. Als wir im Frühjahr 2022 erneut nach dem Umsetzungsstand fragten, wurde uns sinngemäß mitgeteilt, man müsse der veränderten Sachlage Rechnung tragen, und ein erneuter Bericht sollte durch Aktualisierung und verbesserte Datenlage der vorhandenen Datenlage gerecht werden. Ich kann Ihnen sagen, uns liegt noch nicht einmal der alte Bericht vor. Man könnte es auch einfacher ausdrücken: Es ist einfach seit 2017 nichts passiert.

(Beifall CDU)

Dabei hatte man sich aus dem Parlament heraus sehr viel von dem gemeinsamen Vorstoß versprochen. Der Arbeitsplatz der Lehrkraft sollte den Realitäten angepasst werden. Defizite der Personalbeschaffung – so nannte es damals Herr Güngör in einer Rede – sollten rechtzeitig erkannt und ihnen entgegengewirkt werden. Ziel war es, das bremische Schulsystem weiterzuentwickeln und auch qualitativ zu verbessern. Aber die Behörde negierte den guten Ansatz durch konsequentes Nichtstun.

Kein Staatsrat, keine Senatorin, keine Fraktion der SPD sah die Notwendigkeit oder hatte das Durchsetzungsvermögen, dies zu ändern, obwohl dort genau die Dinge erarbeitet und geprüft werden sollten, von denen wir heute profitieren würden und die aktuell wieder von der sozialdemokratischen Senatorin Aulepp gefordert werden: Prüfung der Möglichkeit, die Unterrichtsversorgung durch Seiten- und Quereinsteiger zu decken, Verbesserung der Anerkennungsmöglichkeiten ausgebildeter Lehrkräfte aus dem Ausland, Prüfung der Ausbildung anhand der ersten und zweiten Phase für die Einstellungsbedarfe an Lehrkräften zu decken, Feststellung der tatsächlichen Bedarfe, Gespräche mit der Universität über zusätzliche Studienplätze für das Lehramt. Frau Bogedan sprach damals davon, man wolle da keine Sonntagsreden oder Schaufensterreden vorbringen. Meine Damen und Herren, genau das ist passiert: Es ist nichts passiert, es wurden Schaufensterreden gehalten.

(Beifall CDU)

Und noch ein Thema, bei dem man sehr genau sieht, wie wenig die Behörde bereit ist, ihr eigentliches Tun zu hinterfragen und wie sehr uns das in unserer Situation verschlechtert dastehen lässt: Als die Bertelsmann Stiftung 2019 eine Studie vorstellte, die ergab, dass die Bedarfe an Grundschulen in Deutschland in den kommenden Jahren deutlich höher sein werden als bislang von der KMK bekannt, sah sich das Bremer Bildungsressort sogar so gut aufgestellt, dass es die Ergebnisse der Studie sogar angezweifelt hat. Man hielt die eigenen Prognosen der Schülerzahlen und der daran ausgerichteten Bedarfe an Lehrkräften für richtiger. Sie flossen in die erste Schulstandortplanung 2016/2025 ein.

Meine Damen und Herren, jeder, der von Ihnen schon einmal etwas mit der Schulstandortplanung zu tun hatte – in der Regel sind das die Beiräte –, weiß, dass nichts so veraltet ist wie die jeweiligen Annahmen der mittlerweile vierten Auflage der Schulstandortplanung.

Zusammengefasst kann man sagen, die aktuelle Alltagssituation insbesondere an Grundschulen, aber auch an weiteren Schulformen in Bremen sind in erheblichem Maße auf die seit 70 Jahren geführte Bildungsbehörde zurückzuführen und damit auch auf Sie, Frau Senatorin Aulepp, denn Sie führen das in einem fort. Wenn Sie und Ihre Vorgängerinnen das Ressort im Griff gehabt hätten, hätten wir heute eine bedeutend bessere Ausgangslage. Wir hätten eine objektive Datenlage, wir hätten die Möglichkeit, Maßnahmen schon umzusetzen, wir hätten die Möglichkeit, an der Universität anders zu arbeiten, und ich kann nur sagen: Bremen liegt jetzt schon bei der Bildung weit abgeschlagen hinter anderen Bundesländern. Wir können uns Lehrermangel, Stundenausfall und Einbußen bei der Qualität nicht leisten. Fehlende Pädagogen gefährden wichtige politische Bildungsvorhaben wie Ganztags und Inklusion ganz erheblich, und das liegt ganz allein in Ihrer Verantwortung. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und

Kollegen! Abgesehen davon, dass ich den Titel dieser Aktuellen Stunde sehr reißerisch finde, eint uns – –.

(Unruhe CDU)

Ja, kommen Sie, das ist sehr – –!

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Ich bin völlig empört!)

Ja, das ist eigentlich unter Ihrem Niveau, sage ich einmal, aber gut! Uns eint, dass wir alle keinen Unterrichtsausfall möchten. Nun sind wir aber in diesem Schuljahr genau in dieser Situation. Das eint uns aber auch mit allen anderen Bundesländern, und Sie tun hier so, als wenn das nur in Bremen der Fall wäre. Länder, wo die CDU Teil der Regierung ist wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen, gehen auf jeden Fall konstruktiver mit diesem Problem um,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die haben ja auch eine richtige Regierung!)

als die Bremer CDU es jetzt in aktuell macht.

(Beifall SPD)

Zurück nach Bremen! Für die letzte Sitzung der Deputation für Kinder und Bildung hatte die FDP eine Berichtsbitte zum Thema „Verkürzte Unterrichts- und Betreuungszeit an Grundschulen“ eingereicht. Aus diesem Bericht geht hervor, dass neun Schulen wegen eines akut hohen Krankheitsstands und anderer personeller Gründe – das können zum Beispiel Schwangerschaft oder Dauerkrankheit sein – eine Einschränkung des Ganztags vornehmen mussten und müssen. Es wird aber auch betont, dass es immer eine Notbetreuung gegeben hat und gibt, das heißt, alle Kinder waren betreut, die betreut werden mussten. Kein Kind wurde ohne Einverständnis der Eltern nach Hause geschickt. Ich finde diesen Punkt sehr wichtig zu erwähnen, denn man kann ja Kinder nicht einfach wegschicken,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Man kann sie aber auch nicht einfach nur wegschließen! – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Verwahren!)

und das ist auch nicht geschehen. Verantwortungsvoll wurde in dieser Situation umgegangen, und das finde ich wichtig. Nicht, dass Sie so tun, als würden jetzt die Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleitung und die Schulaufsicht da nicht verantwortungsvoll handeln, das ist nicht der Fall.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das hat keiner behauptet!)

Unterrichtsausfall findet derzeit leider in der ganzen Bundesrepublik statt

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Überhaupt nicht!)

und ist kein Bremer, sondern mittlerweile ein bundesweites strukturelles Phänomen. Die Ursache liegt klar auf der Hand: Wir haben in der ganzen Bundesrepublik zu wenig Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben zu wenig qualifiziertes nicht unterrichtendes Personal bundesweit, damit eben auch keine Reserve in der Hinterhand, wenn es sich an einigen Schulen personell zuspitzt. Dabei hat Bremen für das laufende Schuljahr 53 neue Lehrkräfte mehr einstellen können als im Vorjahr, insgesamt 244 Stellen. Das ist ein Bestwert. Aufgrund der deutlich gestiegenen Schülerzahlen aber benötigen wir noch wesentlich mehr Lehrer und Lehrerinnen, und das ist die Krux an der Geschichte.

Die Situation hat sich durch die schulpflichtigen ukrainischen Kinder und Jugendlichen, die kurzfristig untergebracht werden müssen, noch einmal verschärft. In diesem Schuljahr wurden 3 500 Schülerinnen und Schüler in den Bremer Schulen aufgenommen, deutlich mehr als die Hälfte sehr kurzfristig aufgrund des Kriegs in der Ukraine und weiterer Migrationsbewegungen. Es ist durchaus damit zu rechnen, dass noch mehr schulpflichtige Kinder und Jugendliche kommen werden, und auch dafür müssen und werden wir Lösungen finden.

Bremen setzt bereits zahlreiche Maßnahmen um, einige davon hat Frau Averwieser schon erwähnt,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie haben aber nicht umgesetzt! Sie haben nur darüber gesprochen!)

um zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen. Ja, das haben Sie selbst erwähnt, aber ich erzähle das gern noch einmal! Wir haben vor einigen Jahren die Ausbildungskapazitäten deutlich erhöht. Wir haben über höhere Eingruppierungen von Grundschullehrkräften mehr Menschen, mehr Lehrer und Lehrerinnen nach Bremen locken können, wir haben verschiedene Quereinsteigerprogramme, wir haben eine frühzeitige Personalbindung während des Studiums und Referendariats in Bremen und Bremerhaven erreicht. Das sind jetzt nur einige Initiativen, die ich nenne. Andere Bundesländer wie

Nordrhein-Westfalen oder Berlin sind schlimmer dran, aber das ändert eben nichts

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Gott sei Dank!)

an unserer Situation in Bremen.

Für uns ist ganz klar, dass Schule und Lernen für alle Kinder von zentraler Bedeutung ist, zentral im Sinne von Chancengleichheit und Teilhabe für unsere Kinder, aber auch zentral im Sinne von Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Eltern. Daher müssen wir uns vor allem Gedanken über kurzfristige Lösungen für akute Situationen machen und gleichzeitig aber auch über langfristige Lösungen nachdenken.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Kurzfristig muss man einfach individuell vor Ort schauen, was möglich ist und was nicht.

(Zuruf)

Ja, das ist einfach so! Jeder Standort ist anders, und das muss man sich genau anschauen, und die Lehrer und Lehrerinnen und die Schulleitungen wissen am besten, was möglich ist und was nicht. Auch eine vorübergehende Versetzung von Lehrkräften, die an stark betroffenen Schulen aushelfen, könnte eine Option sein, aber auch die vorübergehende Zusammenlegung von Lerngruppen oder Arbeit in Projektgruppen. Das sehe ich als eine befristete Maßnahme, das muss natürlich klar sein, deshalb brauchen wir langfristige Lösungen.

Mit unserem Antrag „Bremens Schulen stärken – Personalversorgung an Schulen in Bremen und Bremerhaven mittelfristig absichern“ haben wir den Grundstein dafür gelegt, dass die Personalbedarfe ermittelt werden und eine bedarfsgerechte Prognose erstellt wird. Damit wissen wir dann zukünftig, wie viele Pädagoginnen und Pädagogen uns insgesamt fehlen werden, sodass man nicht nur in akuten Situationen reagieren kann, sondern langfristig über die Jahre.

Wir müssen den Quereinstieg erleichtern und die Weiterqualifizierung zum Lehramt noch schneller und effizienter vorantreiben. Die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung sowohl an der Uni Bremen als auch am LIS müssen wir noch weiter erhöhen. Ausländische Abschlüsse von Lehrkräften müssen wir leichter und schneller anerkennen und die Weiterqualifizierung derer vorantreiben. Wir möchten

sie aber schon früher in die Schulen hineinholen und sie dann auch on the Job weiterqualifizieren.

Die Arbeitsbedingungen an Schulen müssen weiter verbessert werden, indem man die Last auf mehr Köpfe verteilt. Das heißt, dass mehr nicht lehrende Menschen mit anderen Professionen für Tätigkeiten als Lernen eingestellt werden müssen und die Lehrenden entlasten.

Am Ende aber, meine Damen und Herren, muss es einen sehr viel weiteren Wurf geben. Es muss eine länderübergreifende Strategie zur Gewinnung und zum Halten von Lehrkräften in den jeweiligen Bundesländern geben. Die KMK hat eine Ständige Wissenschaftliche Kommission eingerichtet, die zu diesem Thema die Länder berät, aber beim Beraten darf es eben nicht bleiben, sondern es müssen schnellstens Vorschläge erarbeitet werden, wie wir das Fachkräfteproblem an Schulen lösen können, und zwar gemeinsam mit allen Bundesländern. Allein und separiert werden wir das nicht schaffen können. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Die CDU wirft in dieser Aktuellen Stunde die Frage auf, ob das Bremer Schulsystem – Zitat – „vor dem Kollaps“ oder sogar noch drastischer, so steht es in der Pressemitteilung, „vor dem Infarkt“ stehe. Um das vorweg ganz klar zu sagen: Diese Dramatisierungen entsprechen weder der Realität, noch hilft diese Beförderung solch einer wirklich Endzeit-Katastrophenstimmung,

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

die Sie hier irgendwie heraufbeschwören wollen, irgendjemandem, aber ganz gewiss nicht den Schulen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich weiß auch nicht, was solche Überschriften mit den engagierten Lehrkräften machen sollen, die trotz aller Belastungen mit großem Einsatz guten Unterricht machen und sicherstellen, dass das Schulsystem eben nicht kollabiert. Aber richtig ist,

die Situation an den Bremer Schulen ist sehr angespannt. Fachkräftemangel, rasant steigende Schüler:innenzahlen, mehr als zwei Jahre Pandemie und ein hoher Krankenstand bedeuten eine enorme zusätzliche Belastung für Bremens Schulen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Woher kommt das?)

Das zeigt sich leider aktuell auch darin, dass einige Schulen –

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

zu viele Schulen, das stimmt! – zeitweise die Belastungsgrenze überschreiten und den Ganzttag einschränken oder sogar tageweise auf Notbetreuung umstellen müssen.

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Teilweise fällt der Unterricht komplett aus! Nicht einmal Notbetreuung! – Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Na ja, Notbetreuung ist, wenn der Unterricht ausfällt und die Kinder dann die Möglichkeit haben, in der Schule betreut zu werden!

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU])

Wir haben in der Deputation noch etwas anderes gehört, Frau Kollegin!

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Ja, ich mittlerweile auch!)

Genau! Ich habe auch mit Eltern gesprochen, aber ich komme dazu später noch einmal!

Wie auch immer: Diese Situation ist für uns alle natürlich extrem bitter, insbesondere für die Lehrkräfte, Schülerinnen und Eltern, denn Eltern verlassen sich zu Recht auf die Schulen, unter anderem, das haben Sie auch schon angesprochen, um Familie und Beruf vereinbaren zu können, und es bedeutet eine enorme Belastung, wenn dann die Schule kurzfristig ausfällt, im Zweifel erst am Morgen oder wenige Augenblicke, bevor es in die Schule geht, und diese Information dann mitgeteilt wird. Es kann ja natürlich passieren, dass eine Lehrkraft erst am Morgen merkt, dass sie krank ist, und wenn es zwei an einer Grundschule sind, die vielleicht ein Kollegium von 13 Kollegen hat, und wenn eine Kollegin schwanger ist, zwei sind krank, dann sind eben die Belastung und der Ausfall nicht

mehr aufzufangen. Da muss unbedingt sichergestellt werden, dass dies in solchen Fällen den Eltern frühestmöglich mitgeteilt wird.

Vor allem, was ganz wichtig ist – und daran hat es bei der Situation an der Grundschule Sodenmatt, die Sie ja angesprochen haben, gehapert, glaube ich –: Es muss allen Eltern auch klar sein, dass sie ein Recht auf Notbetreuung haben, wenn sie diese benötigen, und sie ihnen angeboten wird und nicht im Zweifel eingefordert werden muss. Nach dem, was ich aus den Gesprächen mitgenommen habe, ist es so, dass nicht allen Eltern klar war, dass sie diese Möglichkeit hatten.

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU] – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Jetzt sind die Eltern schuld! – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Die armen Eltern!)

Nein, das ist doch völliger Quatsch! Nicht die Eltern sind schuld, sondern die Kommunikation zwischen Schule und Eltern hat nicht funktioniert. Aber das heißt ja nicht, dass es keine Notbetreuungsplätze gab, und das muss klargestellt sein. Die Eltern müssen wissen, was sie in dieser Situation machen, denn zur Wahrheit gehört jetzt dazu, dass es in diesem Winter – –. Wir sind immer noch in einer Pandemie, wir haben den großen Fachkräftemangel, und es wird wahrscheinlich noch häufiger zu solchen Situationen kommen, dass es Notbetreuungen geben wird, und der Krankenstand ist ja nicht nur wegen Corona, sondern es werden jetzt verschiedene Grippewellen nachgeholt, die in den letzten Jahren ausgefallen sind. Also es wird einfach die Schulen durchlaufen, und in dem Fall muss klar sein, wie damit umgegangen wird.

Bei allen Anstrengungen, die die Bildungsbehörde da bereits macht, braucht es dann auch, und das stimmt, eine noch schnellere und unkomplizierte Unterstützung für die Schulen, denen die Lehrkräfte kurzfristig wegbrechen. Da ist die Schulaufsicht gefragt, und da muss es unbedingt eine engmaschige Unterstützung geben, die dann im äußersten Fall eine Notbetreuung für alle Kinder und Eltern sicherstellt, die diese brauchen.

Die Herausforderungen wurden jetzt schon in beiden Redebeiträgen vor mir angesprochen: die wachsenden Schüler:innenzahlen, die wirklich enorm sind, der Fachkräftemangel, der, Frau Averwesser, in allen Ländern ja so besteht. In allen Bundesländern besteht ein großer Fachkräftemangel. Sie haben recht, es wäre klasse, wenn die Bedarfsprognose aus dem Antrag von 2017 umgesetzt

wäre. Auch dann wären jetzt wahrscheinlich Lehrkräfte noch nicht in der Schule,

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Awerwaiser [CDU])

aber kurz davor. Aber das gilt ja für alle Bundesländer. Es gibt ja kein Bundesland, das es irgendwie hinbekommen hat, sich auf diese Situation der stark ansteigenden Schüler:innenzahlen so einzustellen, dass es jetzt keinen Lehrkräftemangel gibt. In dieser Situation befinden wir uns, und damit müssen wir jetzt umgehen.

Dafür braucht es zum einen die kurzfristigen Maßnahmen, die hat Frau Bredehorst angesprochen. In der Zeitung war jetzt zu lesen, dass die Senatorin die Regelung bei den schwangeren Lehrkräften aufweichen möchte und sie die Möglichkeit haben, in der Schule zu bleiben. Ich habe selbst im Bekanntenkreis schwangere Lehrkräfte, die gern weitergemacht hätten, die in einem Fall der Schule nicht mitgeteilt haben, dass sie schwanger waren, damit die Klasse wenigstens noch bis in die nächsten Ferien begleitet werden kann und dann ein geordneter Übergang ist; aber dass das gelockert wird, ist ein wichtiger Schritt. Das bringt schon einmal ein bisschen Entlastung, und das ist gut so.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Um aber eine wirkliche Entlastung jetzt kurzfristig hinzubekommen, braucht es unbedingt mehr Menschen in den Schulen, und wir können da nicht nur auf die Lehrkräfte warten, die jetzt von irgendwo plötzlich im laufenden Schuljahr herkommen. Das wird nicht passieren, sondern wir müssen andere Menschen finden, die bereit sind, in die Schulen zu gehen, die kurzfristig dahingehen, die nicht vorher erst groß Weiterqualifizierungsstudiengänge oder sonst was absolvieren müssen, sondern die an die Schulen gebracht werden, dort entlasten können und dann on the Job weitergebildet werden.

Das sind zum einen ausländische Fachkräfte, durchaus ja auch Lehrkräfte – und da hat die Behörde jetzt bei den ukrainischen Lehrkräften einen richtig guten Job gemacht und kurzfristig viele Menschen eingestellt –, das gilt aber auch für Fachkräfte aus anderen Ländern, wo durchaus noch Nachholbedarf ist. Wir haben im Unterausschuss Migration und Inklusion gehört, dass es viele Bewerbungen gab, auch von ausländischen Kräften, die nicht ukrainisch sind, die bisher nicht bearbeitet werden. Da muss unbedingt nachgesteuert werden, und da müssen Blockaden, die es ja auch durchaus gibt in der Behörde vom Personalrat aus,

jetzt auch gelockert werden. Wir brauchen diese Menschen in Schulen, und wir brauchen mehr Unterstützung für die Lehrkräfte.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Es ging ja auch: In der Pandemie – ich glaube, es war im letzten Winter – haben wir kurzfristig Künstlerinnen eingestellt, um zu unterstützen, es gab einen Etat für Grundschulen, um geringfügig Beschäftigte mit einzustellen. Das sind ja Möglichkeiten, die jetzt weitergeführt und ausgeweitet werden müssen, um auch durch diesen Herbst und Winter zu kommen und dieses Schuljahr bestmöglich abzusichern.

Das waren die kurzfristigen Maßnahmen, die wir machen können. Zu den langfristigen Maßnahmen kommt natürlich der Fachkräftemangel. Der wurde jetzt mehrmals angesprochen, auch ich habe das schon angesprochen. Frau Bredehorst hat eben darauf hingewiesen: Wir haben den Antrag zur Personalbedarfsprognose dieses Jahr durch die Bremische Bürgerschaft gebracht, die jetzt alle Professionen in Bildung, in Schule miteinbezieht. Das ist gerade in der Erstellung, soll im Januar fertig sein, und ich erwarte, dass die Senatorin diese Prognose im Januar vorlegt und damit einhergehend natürlich auch schon Maßnahmen auf den Weg bringt, denn eine Prognose ohne Maßnahmen bringt uns hier natürlich auch nicht voran.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was das jetzt im Einzelnen bedeutet, das können wir dann diskutieren, denn ob wir jetzt Studienplätze ausweiten sollen und dann am Ende 50 Prozent Geschichtslehrer an der Schule haben, oder ob es andere Wege sind, das müssen wir anhand der Prognose diskutieren, aber klar ist, dass hier etwas passieren muss

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Mehr Lehrer einstellen!)

und es auch nicht so einfach zu vermitteln ist, dass wir einen Fachkräftemangel haben, aber gleichzeitig Interessierte scheitern, die ein Lernstudium aufnehmen wollen, weil sie nicht den Eins-Kommando schaffen. Das passt nicht zusammen, und da müssen wir schauen, wie wir da in Zukunft mehr Pädagogen ausbilden können.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Die länderübergreifende Strategie hat meine Kollegin angesprochen, da muss die KMK unbedingt tätig werden. Auch im Quer- und Seiteneinstieg müssen wir schauen, da werden immer noch viele Menschen abgelehnt, die in die Schulen gehen wollen, die da nicht genau diese Kombination haben, die es braucht, und auch Fachkräfte, die vielleicht nur ein Fach mitbringen, müssen jetzt in die Schulen gebracht werden. Da braucht es mehr Druck, da braucht es jetzt wirklich die Einstellung, das voranzubringen und diese Menschen in die Schulen zu bringen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Noch ein ganz wichtiger Punkt, der mittel- und langfristig angegangen werden muss, also mit der nächsten Haushaltsaufstellung, ist die Ressourcenzuweisung nach Sozialindikator. Wir müssen die Anreize für Lehrkräfte ausbauen, an Schulen zu gehen, die besondere Probleme haben, Lehrkräfte zu finden, und das kann auf verschiedenem Wege passieren. Das kann die Gesamtausstattung der Schule sein, das kann das Deputat der Lehrkräfte betreffen oder Zulagen, wie auch immer, aber wir müssen sehen, dass das eine Lösung – –. Das verhindert ja nicht den Fachkräftemangel. Es wird immer noch einen genauso großen Mangel geben, aber wenn er auf mehr Schulen verteilt wird anstatt auf einige wenige, ist schon einmal viel gewonnen.

Zum Schluss: Die Herausforderungen im Bremer Schulsystem sind groß, das ist uns allen bewusst, aber das Gerede von einem Infarkt oder einem Kollaps wird diesen Problemen einfach nicht gerecht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, es wird noch schlimmer!)

Die Probleme sind bekannt und wirklich alles andere als einfach zu lösen, aber ich erwarte da vom Senat, von der Bildungssenatorin, auch von der Behörde, dass nun wirklich alles Mögliche getan wird, um diesen Unterrichtsausfall anzugehen, auch Kreativmenschen in die Schulen zu bringen, die bisher vielleicht nicht die Möglichkeit hatten, denn Schule muss verlässlich sein für die Kinder, die Eltern und auch die Lehrkräfte. – Herzlichen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bricht das Schulsystem zusammen? Die CDU eröffnet die Fragestunde mit einer Überschrift, mit der in der vergangenen Woche auch „buten un binnen“ titelte.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Es ist aber die Aktuelle Stunde, Frau Kollegin!)

Okay! Erinnern Sie sich noch, als Martin Schulz 2017 der Kanzlerkandidat der SPD war?

(Zurufe SPD: Ja!)

Bildungspolitik wollte er zur Chefsache machen, und er präsentierte Vorschläge für eine nationale Bildungsallianz. Politisches Leitthema der SPD war damals wie heute Gerechtigkeit.

(Zuruf CDU)

Die Floskeln, mit denen Deutschland damals zum Bildungs- und Qualifizierungsland Nummer eins gemacht werden sollte, sind uns allen wohlbekannt, schon deswegen, weil Bremen mit genau denselben arbeitet. Wie blöd, dass man Hinterherhinken in all den Wahlkämpfen nicht dem politischen Gegner unterschieben kann!

In einem großen Teil von Deutschland liegt die Bildungspolitik seit Jahrzehnten in den Händen der SPD. Dabei fällt besonders ins Auge, dass ausgerechnet in den Hochburgen der Gerechtigkeitspartei der Lernerfolg und die beruflichen Aussichten besonders stark von der Herkunft abhängig sind.

(Beifall FDP)

Bei allen Vergleichsstudien schneiden SPD-regierte Länder eher mau ab, oder wie man hier in Bremen sagen würde: Man befindet sich zwar auf einem guten Weg, doch die Kompetenz für erfolgreiche Bildungspolitik ist leider noch nicht voll ausgeprägt.

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Die arbeiten ja noch!)

Bremer Schulen sind ein Sinnbild für das Versagen der Stadt und den Frust vieler ihrer Bewohner geworden. Viele von ihnen rotten schon äußerlich vor sich hin, immerhin wurden sie dennoch, bisher zumindest, meist mit Leben und Inhalt gefüllt. Doch nicht einmal mehr das gelingt Ihnen noch, wie un-

sere Berichtsbitte in der Bildungsdeputation offenbart. Wo Ganzttag draufsteht, ist nicht Ganzttag drin. Notbetreuung, das Unwort der Bildungspolitik, wurde wieder einmal zur Realität der Lernenden und ihrer Familien.

Was mich allerdings noch mehr schockiert, ist, Sie kennen das Ausmaß des Ausfalls noch nicht einmal.

(Beifall FDP, CDU – Abgeordnete Yvonne Averwaser [CDU]: Ja!)

Mit beschwichtigenden Beschreibungen für den Entfall von Unterricht verschleiern Sie die wahre Anzahl. „Buten un binnen“ findet mehr Schulen, an denen der Unterrichtsbetrieb eingeschränkt wurde, als Sie kennen. Wie kann das sein? Es ist unfassbar, und doch verwundert es nicht, denn in unserer Anfrage zum Unterrichtsausfall durften wir lernen, dass ein Unterrichtsausfall nur dann ein Ausfall ist, wenn Sie wirklich überhaupt gar keinen mehr finden, der in der Klasse irgendwie die Aufsicht übernimmt. Hier stimmt die Zieldefinition schon nicht,

(Beifall FDP)

denn, Frau Senatorin Aulepp, Sie sind Bildungssektorin und nicht Sozialsenatorin.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Ausfallsenatorin!)

Mit der neuen Definition von Unterrichtsausfall schafft es die SPD-Senatorin, von Einzelproblemen zu sprechen oder von kurzzeitigen Einschränkungen – bedauerlich zwar, aber unabwendbar –, vor Ort wolle man reden und Lösungen finden, individuell, ganz so, wie man auch das Problem wahrnimmt. Ja, es ist eben alles auf Kante genäht, und man muss mehr qualifizieren und mehr ausbilden, ja, man sei ja im Gespräch. Das Problem ist, liebe Abgeordnete der SPD: Sie sind seit 77 Jahren beim stetigen Misserfolg dabei.

(Zuruf Abgeordneter Martin Michalik [CDU] – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Sie haben ihn gestaltet!)

Höre ich den freien Kitaträgern zu, wenn sie über die Entwicklung neuer Modelle und Konzepte sprechen, mit denen man angesichts der Personalnot versuchen möchte, eine moderne inklusive frühkindliche Bildung zu realisieren, dann nenne ich sie so wie früher die berufliche Bildung kreative

Eisbrecher, denn Schule wird im Kielwasser folgen. Angesichts der Ganzttagssituation ist die Frage, ob in drei Jahren noch jedes Schulkind einen Sitzplatz bekommt. Die Gebäude platzen jetzt schon aus allen Nähten, Kinder mit Unterstützungsbedarf bleiben ohne Assistenzen zu Hause – das ist Realität, schon jetzt! –, und das sind nur die organisatorischen Probleme. Über den Inhalt, die Bildungsqualität, haben wir dabei noch gar nicht geredet.

Wie oft bleiben die Tablets ungenutzt, und YouTube wird zur Freizeitstundenbeschäftigung!

(Zurufe SPD – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Das ist aber eine Frechheit!)

Eltern sind entsetzt, zu Recht! Die Bildungsergebnisse zeigen es wieder und wieder ganz deutlich: Bremens Schule leistet nicht das, wofür sie geschaffen wurde.

(Beifall FDP, CDU)

Viel zu viele junge Menschen lesen und rechnen viel zu schlecht. Die LALE-Ergebnisse könnten schlimmer nicht sein, und das Lala vom guten Weg wirkt da nur zynisch. Dabei hatte ich Hoffnung: Ehrlich wie keine und keiner vor ihr hatte Bildungssenatorin Aulepp zugegeben, dass wahrscheinlich mehr als 3 000 Kitaplätze fehlen, der Mechanismus chronischer Verleugnung, an dem die Vorgängerinnen litten, schien überwunden. Der Mut der Senatorin, das Ausmaß der Misere schonungslos offenzulegen, hat mich beeindruckt und ließ mich hoffen, dass der Identifizierung und Beschreibung des Problems nun auch Lösungsprozesse folgen würden. Aber nach diesem Frühling der Ehrlichkeit kam wenig. Angesichts von Unterrichtsausfall und Schülern ohne Abschluss griffen die alten Muster der verbalen Verleugnung wieder um sich. – Schade!

(Beifall FDP)

Bricht das Bremer Schulsystem zusammen? Ja, das chronifizierte und institutionalisierte Versagen in Kombination mit der ritualisierten Verleugnung der Wirklichkeit zeigt im Grunde, das System ist an ganz vielen Stellen schon zusammengebrochen. So viele Bildungsdebatten haben wir in dieser Legislaturperiode geführt! Wieder und wieder haben wir Ihnen ausführliche und durchdachte Vorschläge präsentiert, wie man gegen den Fachkräftemangel vorgehen könnte, wie die ewige Fortschreibung eines veralteten Schulsystems mit immer gleichen 45-Minuten-Lerneinheiten nach Studententafel

durchbrochen werden kann, wie Probleme durch mehr Schulautonomie und so weiter gelöst werden können. Alle diese Ideen haben die Koalitionsparteien in Bausch und Bogen abgelehnt: brauchen wir nicht, haben wir schon, machen wir bereits! Der Dreiklang dieser politischen Antworten ist streng kanonisiert, und das seit 77 Jahren. Angesichts der aktuellen Katastrophe und des institutionalisierten Versagens sind diese verbalen Abwiegungen und Relativierungen lähmend und machen viele in unserer Stadt auch zornig.

Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes, und das Recht auf Bildung ist nicht umsonst Kinderrecht, denn Kinder brauchen ein Rüstzeug, damit sie sich aus den kommenden Krisen herausarbeiten können, und dass sie das bekommen, das ist unsere Verantwortung.

Liebe Koalitionspartner der SPD, ich schaue jetzt einmal in Ihre Richtung: Sie sehen tatenlos mit an, dass Ihr Bildungspartner SPD weder Gerechtigkeit noch Bildung zustande bekommt. Sie von der Partei DIE LINKE kennen ja selbst Ihre Debatten, die Sie zum Thema hier bis Mai 2019 wortgewaltig geführt haben. Aber auch Sie sprechen immer wieder vom guten Weg, auf dem man sei, dabei haben Sie damals mit eigenen Worten beschrieben, dass dieser Weg kein Ziel hat.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Bei der LINKEN auch nicht so wichtig!)

Gleiches gilt für die Grünen: Auch Sie sehen tatenlos zu, wie eine Wende in der Bildungspolitik immer wieder misslingt. Eigentlich wollte ich Sie fragen, wie lange Sie dem Scheitern noch zusehen möchten und wann Sie denn das Ruder in der Bildung in die Hand nehmen. Aber bei dem Beitrag vorher bleibt mir das gerade stecken, denn wenn Sie diese Problemlage genauso individualisiert sehen und nicht erkennen, dass es ein institutionalisiertes Problem ist, dann weiß ich nicht, wer das Ruder übernehmen soll. Diese Koalition – –. Lieber nicht!

Die Krux der deutschen Bildungspolitik ist, dass die Verantwortung wie eine heiße Kartoffel immer von einem zum Nächsten geschoben wird, damit sich keiner verbrennt: von der Schule an die Behörde, von der Behörde an das Land, vom Land an den Bund und wieder zurück, und die Anzahl der komplexen Prozesse, in denen keine Entscheidung getroffen wird, ist unendlich. Die permanente Geschäftigkeit ist inzwischen zur Hauptwaffe bei der Abwehr der Wirklichkeit geworden und erinnert

immer öfter an die Asterix-Episode vom Haus, das Verrückte macht. Ich weiß nicht, ob Sie das kennen.

(Heiterkeit CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Asterix in Rom!)

Dabei werben auch die Experten des Alltags wie der Personalrat Schulen oder die GEW nicht etwa für den so dringend benötigten Wandel im Schulsystem, um nachhaltige Verbesserungen zu erzielen, sondern sie befinden sich im Modus unaufhörlicher Anklage, während sie gleichzeitig dafür kämpfen, überholte Strukturen zu bewahren.

So kann das nichts werden, und es macht deutlich: Das Mindset ist das Problem. Mit diesem Mindset gelingt positive Veränderung nicht, und deswegen bleibt die Antwort auf die eröffnete Frage leider: Ja! Ich würde allerdings die Zeitform wechseln, denn schauen wir genau hin, dann sehen wir, ein Teil ist bereits zusammengebrochen, wir erkennen ein paar Stützbalken, die gerade noch die Illusion eines Bildungssystems erhalten. – Danke!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, möchte ich recht herzlich die ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete Frau Schierenbeck begrüßen.

Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall)

Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Leitfrage aus Medien und aus der CDU- und der FDP-Fraktion ist ja jetzt schon genannt worden, und ich möchte sie einmal hier zu Beginn meines Redebeitrags ganz klar und deutlich mit Nein beantworten. Ich finde – und das wurde bereits gesagt –, dass Bezeichnungen wie Zusammenbruch, sinkendes Schiff, Bildungskollaps oder Versagen oder auch so Pathologisierungen wie „Infarkt“, als stünden wir kurz vor dem Herzinfarkt, also quasi kurz vor der Intensivstation, solche Bezeichnungen lassen zum einen nicht die Kirche oder meinetwegen Moschee oder Synagoge im Dorf, und sie setzen das Ganze auch nicht ins Verhältnis. Sie haben nicht anerkannt, dass es zusätzliche Schüler:innenzahlen gibt, und – und das

ist mir ehrlich gesagt das Wichtigste –: Was richten Sie damit bei den Tausenden Lehrkräften an,

(Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU]: Ich nehme sie ernst! – Zurufe Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

bei den Inklusionspädagoginnen, bei den Sozialpädagog:innen bei den Erzieherinnen, die im Ganztags arbeiten? Deren Arbeit schätzen Sie damit nicht wert, und ich frage mich, was für ein Signal gerade bei denen in dieser Stadt ankommt.

(Beifall DIE LINKE, SPD – Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Dabei geht es mir nicht darum, Herr Strohmann, irgendetwas schönzureden oder Probleme beiseitezuwischen oder zu beschönigen – in keiner Weise! –, aber ich finde schon, dass man da auch ein bisschen im Verhältnis zu dem bleiben muss, was vor Ort in den Schulen geleistet wird, aber auch, wie auf Rahmenbedingungen eingegangen wird, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können doch nicht in Abrede stellen, dass wir es gerade mit einem bundesweiten Problem zu tun haben. Das können Sie nicht in Abrede stellen: Wir haben bundesweit einen erheblichen Fachkräftemangel in den Sozial- und Erziehungsberufen und auch in den Gesundheitsberufen, in Pflegeberufen. In all diesen weiblich konnotierten Berufen haben wir einen Fachkräftemangel, der ist eklatant. Das ist kein Bremer Spezifikum, sondern es ist ein bundesweites Problem und darüber hinaus.

Wir haben Lehrkräfte, Erzieherinnen und Sozialarbeiterinnen, die überall fehlen, von überall kommen, die Nachrichten über ausgefallene Stunden, abgeordnete Lehrkräfte oder den Einsatz von Quereinsteiger:innen. Das macht es nicht besser, aber man muss es ins Verhältnis setzen. Dabei überlagern sich ja die Ursachen, und auch da muss man, glaube ich, eine ehrliche Ursachenanalyse machen. Es wurden in den letzten Jahren zu wenig Fachkräfte ausgebildet, na klar, in Bremen, aber auch woanders. Die Jahrgänge in den Schulen sind wieder geburtenstärker in Bremen, aber auch woanders, wegen Corona sind die Krankenstände bereits erhöht und auch jetzt wieder erhöht, und geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine und aus anderen Orten haben auch das Recht, versorgt zu werden.

Es wäre utopisch, liebe Kolleginnen und Kollegen, davon auszugehen, dass diese bundesweiten und auch über die Bundesrepublik hinausgehenden

Faktoren um die Stadt Bremen einen Bogen machen würden. Nein, das Gegenteil ist doch natürlich der Fall, und der Fachkräftemangel schlägt auch bei uns in Bremen direkt durch.

In den letzten Wochen ist es an Schulen bei uns zu Unterrichts- und Betreuungsausfällen gekommen. Es ist so, dass auch wir nicht nur aus Berichten in der Deputation für Kinder und Bildung davon erfahren, sondern dass das auch bei uns direkt landet, weil wir auch in den Stadtteilen sind und davon mitbekommen. Das macht uns Sorge, aber – jetzt einmal jenseits der linguistischen Ebene von Beschreibungen und der Wortwahl, die ich, wie gesagt, daneben finde – unabhängig davon haben Sie natürlich recht mit der Beschreibung im Kern, was das Problem angeht: Es fallen zu viele Angebote an den Schulen aus. Das gilt sowohl für den Unterricht, aber auch für die Nachmittagsangebote, denn wenn man verlässlicher Ganztags sagt, dann sollte es natürlich auch verlässlichen Ganztags geben.

Besondere Sorge bereiten uns dabei drei Dinge: Erstens treten die Ausfälle wieder besonders stark dort auf, wo Schulen ohnehin schon vor großen Problemen stehen. Das sind die sozial benachteiligten Stadtteile oder ökonomisch benachteiligten Stadtteile, also die, in denen Kinder ein besonders hohes Armutsrisiko haben und von besonders großer Bildungsungerechtigkeit betroffen sind. Es sind insbesondere diese Stadtteile, in denen die Fachkräfteversorgung oft auch schlechter ist. Die Kinder sind somit sowieso schon gesellschaftlich benachteiligt und werden dann durch den ausfallenden Unterricht oder durch fehlende Nachmittagsbetreuung noch einmal schlechtergestellt.

Zweitens geht es wieder besonders zulasten der Inklusion. Die Hälfte aller unbesetzten Stellen im November 2021 – das ist unser letzter Stand –, das haben wir auch auf der Podiumsdiskussion neulich auf Einladung der GEW diskutiert, betraf den Bereich Sonder- oder Inklusionspädagogik, darunter vor allem Lehrkräfte an den Oberschulen, und das sind also besonders die Kinder, die einen besonderen Förderbedarf haben, denen wir leider nicht immer gerecht werden können.

Auch wenn heute Dienstag ist und wir gerade in der Stadtbürgerschaft tagen, möchte ich hier auch noch einmal als drittes Problem nicht außen vor lassen, dass es eben auch eine Schwesterstadt gibt, nämlich Bremerhaven, und dass dort besonders viele Lehrkräfte fehlen. Das diskutieren wir heute

formell nicht mit, aber ich glaube, wir sollten Bremerhaven an der Stelle durchaus erwähnen und mitdenken.

Dabei haben wir als Koalition seit Beginn dieser Legislaturperiode massiv in die Personalausstattung in Schulen investiert. Für unterrichtendes, aber auch nicht unterrichtendes Personal stehen im laufenden Haushaltsjahr 2022 etwa 600 Vollzeitstellen mehr für die Schulen in der Stadtgemeinde Bremen zur Verfügung als im Jahr 2019, das ist ein richtiger Wumms. Allein zu Beginn des laufenden Schuljahres sind weit über 200 neue Lehrkräfte an den Schulen eingestellt worden. Das ist ein absoluter Rekordwert, und das wäre vielleicht auch einmal einer Erwähnung wert gewesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nur müssen wir aber gleichzeitig feststellen, trotz dieses massiven Einsatzes für mehr Personal an Schulen reichen die Anstrengungen nicht. Etwa 100 Stellen sind an den Schulen unbesetzt, und diese Zahl berücksichtigt noch nicht die Krankheitsausfälle. Und auch das müssen wir zugestehen und zubilligen: Die Vakanzen steigen. Die Vakanzen lagen vor etwa drei Jahren bei etwas über 50, jetzt liegen sie bei fast 100. Das ist eine massive Steigerung, und gleichzeitig muss man aber natürlich sehen: Die Vakanzen stehen auch einer steigenden, und zwar noch stärker steigenden Zahl von Schülerinnen und Schülern gegenüber, und selbstverständlich ist es so, je mehr Vakanzen wir haben, desto größer wird die Belastung des aktiven Personals, des vorhandenen Personals, desto höher wiederum der Krankenstand, das ist völlig logisch. Insofern haben wir es hier auch mit sich gegenseitig verstärkenden Faktoren zu tun.

Wir müssen also zeitnah weitere pragmatische Lösungen finden, um die Situation an den Schulen zu entspannen. Dabei ist uns wichtig, dass wir weiterhin die Qualitätsstandards bei der Unterrichtsversorgung halten. Das heißt aber auch, dass mit jeder Einstellung noch nicht pädagogisch qualifizierten Personals immer eine Perspektive einhergehen soll, wie Abschlüsse erweitert und nachgeholt werden können, die Kollegin Frau Bredehorst hat es eben schon gesagt, Training on the Job, wie das stattfinden kann. Wir brauchen aber trotzdem das Personal, die Hände und die Köpfe an den Schulen, und zwar dringend, und dafür müssen wir auch neue Wege eröffnen.

Schule ist aber mehr als Betreuung, und deswegen müssen natürlich auch der pädagogische und der

Bildungsanspruch aufrechterhalten werden. Das heißt, wir müssen Fachkräfte qualifizieren, und konkret möchte ich hier noch einmal ein paar Maßnahmen erwähnen! Einige Maßnahmen sind auch schon genannt worden, und es liegt in der Natur der Sache, dass auch die Vorstellungen, was die Maßnahmen angeht, auch an vielen Stellen durchaus deckungsgleich sind, aber vielleicht auch nicht an allen. Diese Maßnahmen diskutieren wir, und wir werden sie auch in der Koalition weiter diskutieren. Dabei müssen wir aber natürlich zwischen kurzfristigen Maßnahmen unterscheiden – die Senatorin hat ja auch schon viele Vorschläge gemacht –, aber wir müssen auch langfristige Maßnahmen ergreifen.

Erstens denke ich, dass wir auch innerhalb von Bremen über Abordnungen von Lehrkräften zwischen den Schulen nachdenken müssen.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Richtig! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Es ist eine unangenehme Wahrheit, aber es ist eine Wahrheit. An einzelnen Schulen ist die Unterversorgung von Lehrkräften so groß, dass an diesen zumindest vorübergehend Lehrkräfte von besser versorgten Schulen einspringen sollten. Das kann man ja auch erst einmal begrenzt befristet/zeitlich befristet bis zum Rest eines Schuljahres zum Beispiel machen, aber dass die temporäre Versetzung innerhalb der Stadtgemeinde Bremen noch immer ein solches Tabu ist, ist angesichts der aktuellen Unterversorgung an einzelnen Schulen – –. Ich werde jetzt keine Schulen namentlich benennen, denn ich möchte vermeiden, dass diese Schulen stigmatisiert werden, aber wir haben einzelne Schulen mit spezifischen Problemen, und da müssen wir Abhilfe schaffen, und zwar solidarisch, und wenn das bedeutet, dass man eben auch mit Versetzungen arbeiten muss.

(Beifall DIE LINKE, CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens müssen wir schneller und flexibler bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse werden, das wurde bereits auch schon, ich glaube, sogar von allen Rednern und Rednerinnen gesagt, und das gilt sowohl für Lehrkräfte als auch für Erzieher:innen. Wenn beispielsweise ausländische Lehrkräfte nur mit einem Schulfach hier ankommen – und die Bildungssysteme sind nun einmal unterschiedlich –, dann kann der Einsatz in diesem Fach schnell erfolgen, ein zweites Fach kann auch später

nachstudiert werden. Wir verschenken hier Potenzial. Ich glaube, da können wir besser werden.

Ein zweites Kriterium, das wir auch schon diskutiert haben, ist die Anforderung des Sprachniveaus C2, Niedersachsen fordert C1. Ich glaube, auch C1 ist gut genug, um unterrichten zu können, um sich mit Schüler:innen adäquat austauschen zu können, und hier verschenken wir Potenzial. Da müssen wir besser werden, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Drittens müssen wir den Seiteneinstieg noch flexibler gestalten. Auch hier gilt, dass ein zweites Fach auch erst später berufsbegleitend nachstudiert werden könnte, ebenso wie bei den Anerkennungen. Hier sollte außerdem dringend überprüft werden, ob nicht mehr Fächer als Mangelfächer für den Seiteneinstieg eröffnet werden könnten. Aktuell können sich noch viel zu wenig Menschen mit ihren Qualifikationen bewerben, die erst später noch einen anderen Studienabschluss für sich entdecken, dass sie gern Lehrer:innen werden möchten, weil wir ihr studiertes Fach nicht als Mangelfach definiert haben. Auch hier könnte verschenktes Potenzial schlummern, und auch hier ist für uns deutlich: Die Nachqualifizierung muss dann aber eben auch folgen.

Ein vollwertiges Zweites Staatsexamen muss das Ziel sein und bleibt unser Ziel, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind jetzt nur ein paar kurzfristige Maßnahmen, die ich vorschlagen wollte. Langfristig müssen wir aber natürlich auch nachsteuern, um die Fachkräftekrise an den Schulen zu überwinden. Hier haben wir als Koalition, das wurde auch schon gesagt, ich glaube, von mehreren Redner:innen, bereits im Februar im Landtag einen Antrag beschlossen, mit dem wir den Senat aufgefordert haben, zeitnah eine mittelfristige Personalplanung für die Schulen vorzulegen – im Januar soll sie vorgelegt werden – und insbesondere zu beziffern, wie viel zusätzliches Personal über alle pädagogischen Professionen hinweg ausgebildet werden muss. Die Senatorin für Kinder und Bildung erarbeitet diese Personalprognose, die um die Jahreswende vorliegen soll.

Genaue Vorhaben werden sich natürlich dann erst planen lassen, wenn diese Prognose vorliegt, aber angesichts der aktuellen Lücken sind zwei Maßnahmen absehbar: Erstens werden wir die Ausbildungskapazität für das Lehramt an der Uni Bremen erhöhen müssen, klare Sache, das hat Frau Senato-

rin Aulepp aber ja auch schon bei „buten un binnen“ angekündigt. Aus der Personalprognose im Herbst erwarte ich konkrete Zahlen, in welchen Fächern und für welche Schulformen zusätzliche Studienplätze eingerichtet werden müssen. Ja, das wird Geld kosten,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist nicht das Problem!)

aber ohne Ausbildung weiterer Fachkräfte wird der von der CDU hier beschworene angebliche Zusammenbruch des Bildungssystems näher kommen, und das wollen wir ja alle miteinander abwenden. Daher erwarte ich auch, dass es dann schnell geht, wenn Prognosezahlen vorliegen. Wir können es uns nicht leisten, mehrere Jahre zu diskutieren, an welchen Stellen die Uni Bremen wohl ausgebaut werden muss.

Zweitens werden wir bei der Ausbildung von Erzieher:innen noch einmal Plätze zulegen müssen und die PIA-Ausbildung ausweiten müssen.

(Beifall DIE LINKE)

Erzieherinnen und Erzieher brauchen sowohl für den Ganztag an den Schulen als auch für die Doppelbesetzung im Unterricht – als auch in den Kitas und in weiteren Bereichen der Jugendhilfe – deutlich mehr als früher an den Schulen, und das ist auch richtig. Ich finde es auch richtig, dass nicht nur akademisch ausgebildete Personen an den Schulen tätig sind, sondern auch Erzieherinnen und Erzieher mit einer Berufsausbildung und der entsprechenden Praxis.

Gleichzeitig steigt ja auch der Bedarf in den Kitas, ich habe es schon gesagt, wir müssen es außerdem ermöglichen, dass an den Schulen nicht nur Erzieher:innen eingesetzt werden, sondern dort auch ausgebildet werden können. Dass das bisher nicht möglich ist, ist nicht mehr zeitgemäß. Auch hier gilt, dass dies ohne den Einsatz zusätzlicher Mittel nicht möglich sein wird.

Wie ich eingangs gesagt habe, sind wir gerade lokal mit den Auswirkungen eines bundesweiten Problems befasst, es wird uns nicht gelingen, dieses Problem nur lokal zu lösen. Wenn wir den Arbeitsmarkt für Lehrkräfte und Erzieher:innen weiterhin nur als einen Ort der Konkurrenz zwischen den Ländern oder Kommunen begreifen, dann ändert sich strukturell nichts. Maximal schaffen wir es dann, unsere Bremer Lücken auf dem Rücken von Kindern an anderen Orten zu schließen. Für uns ist

das keine politische und keine nachhaltige Lösung, und deswegen plädieren wir dafür, dass eine gemeinsame Personalplanung – auch das wurde bereits gesagt – über die Kultusminister:innenkonferenz stattfindet. Im Rahmen der KMK sind wir als Bremer Koalition bereit, in diese Zusammenarbeit einzusteigen, es ist nötig, und ich hoffe, dass wir da tatsächlich auch auf KMK-Ebene Partner:innen für eine gemeinsame Ausbildungs-offensive bundesweit finden. – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es wurde von der CDU und von der FDP von desolater Situation, Bildungskollaps und aktueller Katastrophe geredet. Es ist natürlich nicht nur Ihr Recht, sondern Ihre Pflicht, den Finger in die Wunde zu legen, das macht eine Opposition aus, aber eine gute Opposition macht auch aus, Ideen vorzubringen, wie man die Situation verbessern kann, und das vermisste ich bei beiden, bei der FDP und bei der CDU.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Zurufe – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Dann müssen Sie die Protokolle einmal lesen!)

Und einmal ganz, ganz ehrlich: Wir haben eine Bildungsministerin, Frau Stark-Watzinger, die unter anderem – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wer ist das? – Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Seit Jahrzehnten ist sie verantwortlich!)

Nein, sie ist nicht – –. Natürlich, sie ist für die Bundesrepublik verantwortlich!

(Zurufe CDU)

Ja, natürlich! Als Bildungsministerin ist sie für Bildung in der Bundesrepublik verantwortlich. Aber darum geht es doch gar nicht!

(Zurufe CDU)

Es geht darum, dass im Koalitionsvertrag steht, es sollte eine Fachkräfteoffensive bei Lehrerinnen und Lehrern geben,

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Ein Armutszeugnis!)

und seit eineinhalb Jahren passiert gar nichts. Dann stellen Sie sich aber hierhin und sagen, in Bremen fehlen uns Lehrer und Lehrerinnen.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Das gilt deutschlandweit! – Zurufe CDU)

Genau! Es geht darum, dass auch die CDU begreift, auch in den CDU-geführten Ländern haben wir genau das gleiche Problem, und noch in viel, viel schärferer Form.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die lösen es nur besser!)

Ich erwarte von einer guten Opposition Vorschläge, und die bleiben Sie mir anscheinend heute schuldig, weil Sie es nämlich auch nicht besser wissen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Setzen Sie doch einfach das um, was Frau Leonidakis gesagt hat! Setzen Sie das doch um!)

– Ich danke Ihnen!

(Beifall SPD, DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das war ja ein bildungspolitisches Highlight!)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

(Zuruf – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein! Das war das bildungspolitische Highlight heute!)

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Erstes einmal, liebe Lehrkräfte, Schulleiter, Menschen in den Schulgemeinschaften und der Behörde:

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Als Erstes einmal bei allen entschuldigen, nicht, Frau Bergmann?)

Ich weiß, dass es viele unter Ihnen gibt, die täglich alle ihnen zur Verfügung stehende Zeit und Kraft einsetzen, um die Stützbalken des wankenden Systems festzuhalten, weil Sie längst gespürt haben, dass das System löchrig ist. Sie stehen täglich Ihren

Mann oder Ihre Frau, weil es Ihnen um die Schüler geht, und Sie spüren, wie hart der Alltag geworden ist, kennen den Kampf gegen Windmühlen, den in diesem einsturzgefährdeten Gesamtsystem kaum jemand wahrnimmt oder würdigt. Wir Freien Demokraten sagen im Namen der Schüler und ihrer Familien in dieser Stadt: Danke!

(Beifall FDP)

Dann würde ich gern einmal die Frage anschneiden, die logischerweise auf die erste Frage folgen muss, nämlich: Das Bildungssystem bricht zusammen. – So, was jetzt? Es ist ja so, dass wir die Personalsituation voraussichtlich nicht schnell beheben werden, und deswegen müssen wir anfangen – und ich hoffe, das hört jetzt einmal jeder! –, einmal andersherum zu denken: weg von Gebäuden, weg von Klassenräumen, Stundenplantafel und 45-Minuten-Unterricht,

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Positiv denken?)

ausgehend von dem Gedanken, dass den vielen Kindern in unserem Land eine qualitativ gute Bildung zukommen soll mit einer begrenzten Ressource an Räumen und Fachlehrern. Ich frage: Haben Sie dazu ein Bild im Kopf? Wie könnte das aussehen? Kommen Ihnen da Ideen, Vorstellungen, Farben? Haben Sie Schulen vor Augen, wo diese Faktoren konzeptuell mit durchdacht worden sind und in denen die Ressourcenlage nicht als Mangel definiert bleiben wird? Ist die Vision scharf? Ist sie kommuniziert? Ist sie transparent und zum Leitbild der Schulbehörde geworden?

Ja, wir haben ein Bundesproblem, aber ich sage einmal das Stichwort Salutogenese. Die fragen so herum: Schau, wo es trotz allem funktioniert! Davon hält uns niemand ab. Schauen wir doch hin, wo es funktioniert! Es gibt super Beispiele. Ich persönlich bin zum Beispiel total beeindruckt von dem Konzept der Schule in Wutöschingen im Schwarzwald; vom völlig neuen Konzept, von der Umsetzung, von der Atmosphäre und den hervorragenden nicht nur Betreuungs-, sondern auch Bildungsergebnissen. Schauen Sie es sich an! Sie müssen noch nicht einmal dorthin reisen, Sie können das im Netz finden.

Oder schauen Sie von mir aus andere Modelle im In-/Ausland an! Nehmen Sie die wichtigsten Entscheidungsträger Ihrer Behörde mit, und inspirieren Sie die ganze Behörde samt GEW und dem Personalrat Schulen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das geht nicht!)

anstatt Flickschusterei zu betreiben, und lassen Sie wenigstens die durchstarten, und geben Sie denen Unterstützung, die es tun! Heben Sie den Blick, und entwickeln Sie eine Vision,

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach!)

eine Zielvorstellung, wie gerechte Bildung aussehen kann jenseits von Schulmauern und Stundenplänen, damit Sie endlich institutionell und strukturell so umsteuern können, dass die aktuellen Gegebenheiten zum Konzept gehören und wir nicht noch weitere zehn oder 15 Jahre Personalmangel debattieren müssen und der qualitative Aufwuchs desselben an nicht stattfindendem Unterricht scheitert!

(Beifall FDP)

Das ist nämlich die Alternative: Dann reden wir noch in zehn und in 15 Jahren darüber, dass wir einfach das Personal nicht haben.

Mit einem klaren inneren Zielbild lebt man anders. Ist ein Mensch oder auch eine Organisation oder eine Gruppe von einer Vision, von einem inneren, innerlich erfassten gemeinsamen Leitbild überzeugt, dann macht die Schule auch wieder Spaß. Entscheidungen sind leichter zu treffen, schneller zu treffen, der Fluss plätschert nicht mehr so breit und träge dahin. Das Flussbett wird schmaler und klarer. Sie lassen manches links liegen. Sie sagen zu manchen Sachen Nein, finden auch nicht alle Popelsteinchen am Rande gleich wichtig, aber so ein Fluss hat Kraft, wenn man so eine Vision hat. Er fließt mit hohem Tempo in Richtung Ziel und erreicht es dann auch.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Der Fluss?)

Sie brauchen bei dem Bremer Bildungssystem, glaube ich, wirklich dieses innere Bild, bei dem Personalplanung kein Mangel, sondern die vorhandene Ressource Bestandteil der Konzeption ist, wenn Sie das Ziel Bildung und Gerechtigkeit für Bremer Kinder verwirklichen wollen; und dann träumen Sie nicht nur von gerechter Bildung, sondern setzen sie um!

(Glocke)

Alles andere ist Diskutieren, zehn Jahre lang, dass wir Personalmangel haben, und das kann es nicht sein! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Wir diskutieren zum wiederholten Mal in einer Aktuellen Stunde in der Bremischen Bürgerschaft das Thema Bildungspolitik. Ja, es ist richtig, Bildung und Bildungspolitik sind aktuell. Richtig ist auch, wir haben derzeit Probleme an verschiedenen Stellen, und ich will auch gleich zu Beginn ganz deutlich sagen, diese Probleme werden wir angehen, nicht, weil es um die Anzahl von ausgefallenen Unterrichtsstunden geht, sondern weil es um die Kinder geht, weil es darum geht, dass Kinder darunter leiden, wenn Unterricht ausfällt. Für die Kinder ist das schlimm, wenn Unterricht ausfällt, wenn sie nicht zur Schule gehen zu können, und es geht auch um die Familien, und das ist der Antrieb, weswegen wir dieses Problem angehen werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aber in dieser Auseinandersetzung finde ich schon, dass sich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die ja die Aktuelle Stunde hier beantragt haben, auch wirklich fragen lassen müssen, ob die Drastik der Bilder, die sie hier zeichnen, die Schrilheit der Töne und ja fast auch schon ein bisschen verschwörungstheoretisch,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das haben wir alles bei Telegramm gelesen!)

was wir alles unter dem Deckel halten wollten, der Situation eigentlich wirklich gerecht werden. Wie wollen Sie denn das Bild eines Bildungsinfarkts noch steigern? Was soll als Nächstes kommen?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Herzstillstand!)

Ich glaube, es geht Ihnen gar nicht um die Situation an unseren Schulen, es geht nicht um das Aufzeigen von Wegen, wie wir mehr für unsere Kinder tun können,

(Abgeordnete Sigrd Grönert [CDU]: Das ist eine Unterstellung!)

sondern es geht hier und heute – das fängt offensichtlich an – um die schrillen Töne, und Frau Bergmann, auch Sie stoßen mit der transportierten Endzeitstimmung, mit der Ruinenrhetorik, die Sie hier ja auch gerade noch einmal wieder bedient haben, in dasselbe Horn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gute Oppositionspolitik ist notwendig, auch in der Auseinandersetzung mit der Regierung,

(Zurufe CDU, FDP)

das habe ich an dieser Stelle auch schon häufiger gesagt. Ich habe mich an dieser Stelle auch schon –. Ich kenne das glücklicherweise auch anders, vielleicht sind das dann andere Zeiten nach den Sommerferien 2022.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Dann können Sie das alles besser machen in der Opposition!)

Glücklicherweise kenne ich die Auseinandersetzung und Diskussion um die Frage, wie gehen wir in der Kita-Politik voran, auch anders und konstruktiv, die kenne ich auch insbesondere von der Kollegin aus der CDU-Fraktion anders. Ich würde mir wünschen, dass wir wieder zu einer Auseinandersetzung zurückkommen, die weniger polemisch geführt wird und weniger mit Unterstellungen arbeitet, sondern mehr an Sachlichkeit orientiert.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will doch gar nicht bestreiten – das habe ich auch im Übrigen nie –, dass wir derzeit massive Probleme haben, und ja, diese Probleme hängen mit dem Mangel an Fachkräften zusammen, das ist schon mehrfach gesagt worden. Das ist nicht zu bestreiten, das hat auch niemand verheimlicht oder so getan, als wäre es ein individuelles Problem. Ja, auch wenn wir wissen, dass bundesweit Zehntausende Lehrkräfte fehlen, hilft es überhaupt nichts, dass wir wissen, dass das derzeit in allen Bundesländern, in allen Städten und insbesondere in den Großstädten ein besonderes Problem ist. Dahinter können und dahinter werden wir uns in Bremen nicht verstecken, weil wir die Probleme hier anpacken müssen und die Probleme hier lösen müssen.

Unser System – das habe ich auch schon an anderen Stellen gesagt – ist auf Kante genäht, und wenn etwas auf Kante genäht ist, ist es natürlich auch besonders störanfällig. Wenn dann die Auswirkungen der Coronapandemie und die hohen Krankenstände dazukommen, wenn dann auch noch – auch

das ist hier schon gesagt worden – erheblich mehr Kinder in Bremen zur Schule gehen, als wir bei Planung des Schuljahres voraussehen konnten, dann kann das eben tatsächlich zu erheblichen Problemen führen.

Es ist hier auf Kante genäht, obwohl wir durchaus erfolgreich waren bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Noch nie haben wir so viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt wie gerade in diesem Jahr. Interessant finde ich, dass das von der CDU als konsequentes Nichtstun bezeichnet wird,

(Abgeordnete Yvonne Averwesser [CDU]: Das ist ja etwas anderes!)

wenn wir es schaffen, 244 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und weitere 30 an berufsbildenden Schulen einstellen zu können, und das ist auch im Vergleich zu anderen Großstädten und auch zu den Flächenländern beachtlich.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir haben insgesamt rund 5 700 Lehrkräfte in der Stadtgemeinde Bremen, die sich jeden Tag für das Wohl der Kinder engagieren und denen ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte und denen eine Endzeitstimmung auch nicht gerecht wird.

(Beifall SPD)

Natürlich ist es ein Erfolg, dass wir diese Einstellungen geschafft haben, natürlich auch, wenn wir uns anschauen, unter welchem Konkurrenzdruck wir da bundesweit stehen, aber es ist genauso natürlich, dass das nicht ausreicht, weil wir in unserem System eben immer noch Stellen unbesetzt haben, fast 100 Stellen. Wir wollen jede Stelle besetzen, jede einzelne, und auch, wenn es Städte und Länder gibt, die uns um diese Quote beneiden, sind wir damit nicht zufrieden. Wir wollen jede einzelne Stelle besetzen, auch die, die nicht besetzt sind, aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, wir sind da nicht total schlecht, und wir sind auch von einem Infarkt weit entfernt, aber natürlich müssen wir besser werden.

Wir haben viele zusätzliche Lehrkräfte einstellen können. Das ist gut, denn damit kommt auch die Verjüngung unseres Personalkörpers voran. Allerdings – auch das ist schon angeklungen –, dass wir uns im Bremer Schulsystem so erfolgreich verjüngen, ist auch wieder Teil unseres Problems. Ja, die Kolleginnen und Kollegenschaft wird weiblicher und jünger, das ist einerseits großartig, und ich

freue mich darüber, und auch Sie von der CDU wissen ja, dass es wichtig ist, sich auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen darum zu bemühen, jünger und weiblicher zu wirken. Wir wirken nicht nur so, sondern wir werden tatsächlich jünger und weiblicher im Bildungsbereich, aber damit hängt natürlich auch zusammen, dass noch nie so viele Kolleginnen schwanger gewesen sind wie zum jetzigen Zeitpunkt, und das vor dem Hintergrund der erheblichen gesundheitlichen Unwägbarkeiten, mit denen wir und auch die Kolleginnen derzeit konfrontiert sind. Das ist insofern ein Problem, wenn der Schutz des ungeborenen Lebens dazu führt, dass viele Kolleginnen nicht zur Arbeit gehen können.

Es ist auch schon gesagt worden, es fallen nach wie vor viele Kolleginnen und Kollegen krankheitsbedingt aus. Das liegt natürlich auch immer noch an Coronainfektionen, und auch, wenn die gesundheitlichen Auswirkungen glücklicherweise in aller Regel deutlich weniger gravierend sind als noch im letzten oder gar vorletzten Jahr, fallen diese Kolleginnen und Kollegen schon wegen der Isolationspflicht teilweise noch sehr lange aus. Dazu kommen die von den Medizinerinnen sogenannten nachgeholtten Infektionskrankheiten, also die Infektionswellen, die wir ansonsten im Herbst gehabt hätten – letztes Jahr auch im Frühjahr – und die jetzt eben noch dazukommen, und wenn solche Probleme, der Ausfall von mehreren Kolleginnen und Kollegen, sich an einer Schule bündeln, dann kann das auch ganz schnell zu sehr großen Problemen führen.

Ja, das ist unterschiedlich, je nachdem, wie die konkrete Situation an den Schulen ist, und das hat nichts mit Schönreden zu tun oder dass man ein Problem unzulässig individualisiert, sondern das hat etwas damit zu tun, dass eine konkrete Lösung auch zu einer konkreten Situation passen muss.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Wir haben an neun Grundschulen in der Stadtgemeinde Bremen den Ganztagsschulbetrieb gerade eingeschränkt, und es gibt an weiteren Schulen auch Problemlagen. Natürlich, das wissen wir, damit gehen wir auch offen um. Das wird natürlich kommuniziert, und das ist unbefriedigend. Das ist sowohl für die Kinder als auch für ihre Eltern eine Situation, die schwer auszuhalten ist und wo wir alles tun müssen, um wieder mehr Planungssicherheit, mehr ordentliche Beschulung, so, wie am An-

fang des Schuljahres angekündigt und versprochen worden ist, tatsächlich auch umzusetzen, und das Tag für Tag und Woche für Woche. Daran arbeiten wir.

Ich freue mich, dass hier im Hohen Haus alle einig sind, dass Ganztagsbeschulung wichtig und richtig ist, auch wenn bei manchen in den Diskussionen der vergangenen Wochen ja anklang, dass es besser wäre, den Ganztagsbetrieb lieber gleich ganz einzustellen, als zu versuchen, konkrete Lösungen zu finden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann aber doch nicht die Lösung sein! Das wird den Kindern und ihren Familien nicht gerecht, und das ist auch nicht das, was sich die Kolleginnen und Kollegen vor Ort an den Schulen wünschen.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die teilweise unter extrem schwierigen Bedingungen alles in ihrer Macht Stehende tun, um einen möglichst guten und ordentlichen Schulbetrieb im Interesse der Kinder und auch im Interesse der Eltern aufrechtzuerhalten, die sich weit über das zu erwartende Maß hinaus engagieren, nicht nur aufrichtig dankbar, ich habe auch sehr großen Respekt vor diesen Leistungen, und wenn hier Beispiele für gute und großartige Schulen aus anderen Bundesländern gebracht werden, habe ich mich gefragt: Was ist denn mit den tollen Beispielen aus Bremen und Bremerhaven,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

zum Beispiel zuletzt die großartige Paula aus Bremerhaven? Aber das hat heute vielleicht nicht so gut ins Bild gepasst.

Und ja, auch die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen können und müssen und dürfen erwarten, dass auch meine Behörde und dass auch ich alles tue, um für möglichst viel und möglichst schnelle Entlastung zu sorgen.

Ja, wir wollen die Zahl derjenigen, die den Lehrerberuf ergreifen, steigern. Ja, da müssen wir auch darüber reden, die Zahl der Studienplätze zu steigern, auch wenn natürlich eine Universitätsstadt wie Bremen Lehrerinnen und Lehrer ausbildet und im Rahmen der Kultusminister:innenkonferenz gesagt wird: Es ist ja schön, dass Bremen so viele ausbildet, dann können die ja dann demnächst alle in Niedersachsen oder in anderen Bundesländern arbeiten. Nein, wir wollen – und auch das werden wir! – dafür werben, hier bei uns in unserer schönen Hansestadt Bremen, in Bremen und Bremerhaven, als Lehrkraft zu arbeiten. Wir wollen die

Kolleginnen und Kollegen auch dafür begeistern, an unseren Grundschulen zu arbeiten, und ja, mit der Erhöhung des Einstiegsgehalts für alle Lehrkräfte auf A 13 haben wir damit auch schon einen großen Schritt gemacht.

Ich möchte an der Stelle auch noch einmal das erwähnen, was die Kolleginnen und Kollegen aus den Schulen immer wieder sagen, wie wichtig es ist – und das tun wir vom ersten Praktikum während des Studiums an, über die Beschäftigung als Vertretungskraft, über die Stadtteilschule und das Referendariat bis zur Einstellung –, Menschen schon früh an unsere Schulen zu binden, denn es zeigt sich, wer eine Schule kennengelernt hat, will in den allermeisten Fällen dort auch gern weiterarbeiten, auch und vielleicht sogar gerade in denen, in denen die Kinder vor größeren Herausforderungen stehen, und das, liebe Damen und Herren Abgeordnete, macht mir Mut.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Aber natürlich brauchen wir auch kurzfristige Maßnahmen, um jetzt die Situation zu stabilisieren und vernünftig über den Winter zu kommen, Maßnahmen, die schnell und unmittelbar wirken und dabei helfen, die Personalsituation in den Schulen zu stabilisieren. Ein paar Punkte möchte ich nennen, und ich freue mich, dass ich in diesen Punkten die Koalition an meiner Seite weiß

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und die GEW und den Personalrat!)

und offenbar auch die CDU und die FDP – jedenfalls auch, was die Zwischenrufe angeht – unsere Vorschläge gut finden!

Natürlich werden wir weiterhin – und das tun wir bereits – in enger Kommunikation mit den Schulen, mit den Kolleginnen und Kollegen konkrete Lösungen entwickeln. Dass hier von der CDU diskreditiert wird, dass wir mit den Schulen einzelne Lösungen finden, das ist für mich tatsächlich nicht nachvollziehbar,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das macht doch keiner!)

wenn von Individualisierung geredet wird und man versucht, da individuelle Lösungen zu finden. Ja, natürlich versuchen wir, individuelle Lösungen zu finden, um die Kolleginnen und Kollegen individuell an den Schulen zu entlasten und den Kindern

individuell für jedes Kind nämlich die beste Beschulung zu ermöglichen.

Ja, das kann auch Abordnungen und Versetzungen umfassen. Ich freue mich, dass es da eine große Bereitschaft bei den Kolleginnen und Kollegen gibt, zu helfen, und ich möchte an der Stelle noch einmal klarstellen: Das tun wir bereits, das findet bereits statt. Es lassen sich Kolleginnen und Kollegen versetzen und abordnen, und deswegen nützt es überhaupt nichts, da mit markigen Sprüchen voranzugehen, mit dem Hammer zu drohen, denn auf diese Weise schafft man keine Entlastung, sondern damit demotiviert man die Kolleginnen und Kollegen und gewinnt am Ende nichts.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben viele Kolleginnen und auch Kollegen, die in Teilzeit tätig sind und sagen, sie könnten sich unter bestimmten Voraussetzungen vorstellen, ihr Arbeitsvolumen aufzustocken. Diese Angebote müssen wir machen und wollen wir machen, da müssen wir natürlich auch in die Auseinandersetzung mit den Schulleitungen gehen und die Frage stellen, wie kann man das organisieren, aber da geht es darum, das schnell möglich zu machen, also nicht nur jeweils zum Schuljahres- oder Schulhalbjahresbeginn, sondern auch unterjährig.

Es wird auch darum gehen, den Kolleginnen und Kollegen, die sagen, ich kann mir gut vorstellen, mehr zu unterrichten, wenn das entsprechend bezahlt und vergütet wird, diese Möglichkeiten zu geben, und ich freue mich auch, dass unserer Bitte, aus dem wohlverdienten Ruhestand zurückzukehren, für eine gewisse Zeit und an unseren Schulen zu arbeiten, etliche Kolleginnen und Kollegen gern gefolgt sind.

Wir brauchen aber mehr Menschen in unseren Schulen, im System, und da wollen wir das bestehende System der Seiteneinstiege um einen Quereinstieg ergänzen, verbunden mit einer Einstiegsqualifizierung. Der schnelle Einsatz in unseren Schulen ist notwendig und dann natürlich auch die berufsbegleitende Weiterqualifikation, aber auch an der Stelle – und das habe ich auch schon häufiger gesagt – können wir von unserer Schwestergemeinde Bremerhaven lernen.

Ich habe vorhin schon über die Situation in der Familienplanung des jungen Kollegiums gesprochen, und mir ist ganz wichtig, an der Stelle zu betonen: Schwangerschaft ist keine Krankheit, und deswe-

gen werden wir auch die arbeitsmedizinischen Regelungen zum Einsatz von schwangeren Kolleginnen anpassen. Das, was der Abgeordnete Hupe gerade geschildert hat – dass es Frauen gibt, die sagen, ich sage nicht, dass ich schwanger bin, weil ich gern weiterarbeiten möchte –, kann am Ende nicht die Lösung sein, sondern wenn Kolleginnen sagen, ich bin nicht krank, sondern ich erwarte ein Kind, und deswegen kann ich auch weiterarbeiten, dann müssen wir das hinbekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, auch den Kolleginnen und Kollegen, die im Ausland eine Qualifikation erworben haben und die zum Teil ja auch schon in der Schule tätig waren, werden wir bessere und schnellere Möglichkeiten eröffnen, bereits jetzt in der Schule tätig zu werden. Ja, das bedeutet auch eine gewisse Auseinandersetzung. Die Frage, können die das eigentlich, was ist eigentlich bei denen im Herkunftsland so in der Schule los, ich finde das eine problematische Argumentation, weil das natürlich auch unterstellt, dass es in bestimmten Ländern und Kulturen nicht so zugeht, wie wir uns das wünschen. Deswegen geht es mir darum, deutlich zu machen, diese Kolleginnen und Kollegen sind bei uns an Schulen willkommen, und das muss an der Stelle eben auch deutlich schneller werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Auch beim nicht unterrichtenden pädagogischen Personal müssen wir den Personalbestand stabilisieren. Da müssen wir unsere eigenen Möglichkeiten mit denen der bewährten freien Träger bündeln, um auch da zu einer Stabilisierung und zu einer Ausweitung zu kommen, und ja, es geht nicht um Monate, sondern es geht darum, in wenigen Wochen schnell wirksam helfen zu können.

Liebe Damen und Herren Abgeordnete, lassen Sie mich zum Schluss noch ein Problem ansprechen, das auch gerade schon Thema geworden ist, was mir aber auch besonders am Herzen liegt: Viele Kinder haben einen gesetzlichen Anspruch darauf, eine persönliche Assistenz zu bekommen, die es ihnen ermöglicht, am Schulleben und am Schulalltag teilzunehmen, weil sie es ohne diese Assistenz nicht können. Von diesen Kindern gibt es immer noch viel zu viele, die eine solche persönliche Assistenz nicht bekommen. Es fehlen fast 300 Kolleginnen und Kollegen, die als Assistenzkräfte dringend benötigt werden, die aber die Träger nicht finden und deswegen auch nicht einstellen kön-

nen. Es ist unerträglich, dass einzelne Kinder aufgrund ihrer Beeinträchtigung/ihrer besonderen Förderbedarfs nicht annähernd im angemessenen Umfang am Unterricht und am Schulleben teilnehmen können. Das ist nicht hinzunehmen, und ich gestehe, das sind die Einzelschicksale, die mich besonders berühren.

Ich kann an dieser Stelle nicht sagen, das schaffen wir ganz schnell, dort Abhilfe zu schaffen, sondern auch da müssen wir schauen: Wie schaffen wir es, Menschen dafür zu gewinnen, als persönliche Assistenz tätig zu werden? Wie müssen wir uns das auch genau anschauen, wer ist dafür eigentlich geeignet? Hängt es tatsächlich an einer formalen Qualifikation, oder gibt es nicht Menschen, die das gut könnten, die das gern machen würden, die vor Ort in der Schule anerkannt und auch beliebt sind und die wir da einsetzen könnten? Ich kann Ihnen, ich kann den Kindern und den Eltern nur versprechen, dass wir mit aller Kraft sowohl daran arbeiten, dieses System insgesamt zu verbessern, als auch die Arbeit attraktiver zu machen für Menschen in diesem Arbeitsfeld und dass wir uns gleichzeitig um jeden Einzelfall kümmern.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ja, es ist viel zu tun, aber, meine Damen und Herren Abgeordnete, hier davon zu sprechen, der Zusammenbruch sei bereits erfolgt, es liege ein Infarkt vor, und das Nächste, was zu konstatieren wäre, wäre dann tatsächlich der Tod, oder was soll danach noch kommen: Wie gesagt, das wird den Schulen nicht gerecht, das wird den engagierten Kolleginnen und Kollegen nicht gerecht, das hilft den Familien und den Eltern nicht, und das hilft am allerwenigsten den Kindern. – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwenser.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Die CDU spricht jetzt immer nach dem Senat! – Zurufe)

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte erst einmal festhalten, ich bin dankbar, dass wir diese Aktuelle Stunde so gemacht haben, weil sie genau auf die Situation hinweist, die in den Schulen und in den Stadtteilen vorherrscht, die die Eltern erleben, und wir machen es hier endlich einmal öffentlich.

(Beifall CDU – Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Als wäre es geheim gewesen! – Zuruf Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU] – Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Es wird darüber nicht – -. Doch! Ich würde mir wünschen, dass das, was wir jetzt im Frühjahr 2022 hier in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen haben, nämlich quasi ja auch dieses neu aufgelegte Personalkonzept, das wir 2017 hier eigentlich schon beschlossen haben, dann auch endlich mit Leben gefüllt würde. Dann wären nämlich diese ganzen Maßnahmen und Überlegungen und grundlegenden Gespräche, die man eventuell schon mit der Kollegin in der Wissenschaft geführt haben könnte, schon erledigt.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Sie wären da schon ein ganzes Stück weiter, unabhängig davon, dass natürlich das System lebt, von Zugängen, von Abgängen, dass man aber weiß, auf welcher Basis man sich da bewegt, und das war das Wichtige. Das ist das, was wir im Jahr 2017 hier alle zusammen – nicht ich, aber Sie! – gemeinsam beschlossen haben und an dem diese Behörde konsequent nicht gearbeitet hat. Das meinte ich.

(Beifall CDU)

Es ist ja sogar so, dass noch nicht einmal gewollt ist, zu sehen, wie groß der Unterrichtsausfall in der Tat ist, das wird nirgendwo aufgezeigt.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Nein! Die Statistik ist, glaube ich, noch vom Juni 2022. Wir haben mehrfach angemahnt, dass an der Stelle doch noch einmal nachgetragen werden soll, wie hoch der Unterrichtsausfall nun tatsächlich an den Schulen in Bremen ist.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Das ist mir egal, wir haben es am nötigsten!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Es ist mir egal, was die CDU-geführten Bundesländer machen! Die machen nämlich – –!)

Die haben es nicht so nötig wie wir, Herr Güngör! Wir haben – –.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Nein, die Transparenz machen Sie nicht, und wir haben es so nötig wie kein anderes Bundesland, hier genau hinzuschauen!

(Beifall CDU – Zurufe SPD, CDU)

Aber es hilft nichts! Außer Transparenz gibt es keine Konsequenzen, aber trotzdem ist diese Transparenz gut, weil es kein Bundesland so nötig hat wie wir.

(Beifall CDU)

Es gab den Vorstoß, dass man eventuell dazu übergehen könnte, die Lehrerausbildung auf KMK-Ebene einmal zu organisieren, da bin ich ganz bei Ihnen, und der Kollege Frost hat es, glaube ich, auch schon angesprochen. Ich kann mich aber auch daran erinnern, dass Frau Bogedan genau das Gegenteil wollte. Sie war davon überzeugt, dass wir es nur hier auf Länderebene schaffen können, und auch da könnten wir schon ein ganzes Stück weiter sein,

(Beifall CDU)

denn da, glaube ich, sind tatsächlich die Kolleginnen und Kollegen aus den Bundesländern offen dafür, weil dieser Personalmangel in der Tat bundesweit herrscht.

Natürlich können wir nicht für Bremen allein unsere Bedarfe für sämtliche Fächer darstellen, das wäre ja –. Was wollen wir denn da schaffen? Das haben wir bisher auch nicht geschafft, ist auch nicht nötig. Wir müssen in enge Absprache mit dem Bund treten, und da bitte ich Sie, tatsächlich die Gespräche aufzunehmen und nicht nur zu sagen, wir müssten, wir könnten, wir sollten, sondern machen steht im Kochbuch, machen!

(Beifall CDU – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Was machen?)

Weil Sie es nicht tun! Sie reden nur darüber!

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Es passiert doch nichts! Es wird immer noch darüber diskutiert, wie man den Quer- und Seiteneinstieg optimieren könnte. Wir haben 2017 schon beschlossen, dass wir das eigentlich optimieren wollen. Es ging immer noch darum, natürlich haben Sie das Lehramtsstudium ausgebaut. Das ist auch gut so, aber es ist kein System, das wächst. Sie bleiben da stehen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Das ist ein Prozess, der immer weiterentwickelt wird!)

Sie stehen am Platz still, es passiert nichts!

(Beifall CDU – Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Ja, das ist Ihre Wahrnehmung anscheinend, aber das ist Ihre eigene Wahrnehmung! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Die Schülerzahlen nehmen ab, und wir schaffen deshalb – –!)

Die Schülerzahlen nehmen zu, und Sie sind gehalten, sich an dem lebenden System zu orientieren und Ihre Arbeit zu machen, um die optimale Ausstattung der Schülerinnen und Schüler und der Schulen zu ermöglichen.

(Beifall CDU)

Das Thema Abordnungen wurde angesprochen. Das hatten wir schon einmal, und es wurde wieder eingesammelt, weil der Personalrat dem Ganzen nicht so ganz offen gegenüberstand, wie man das hier jetzt so darstellt. Ich würde mir wünschen, wenn Sie die Kraft hätten –

(Zuruf)

so war es! –, das hier durchzusetzen, da bin ich ganz bei Ihnen, Frau Leonidakis, und ich weiß nicht, ich glaube, ich habe jeden gesehen, der hier geklopft hat, auch die Kollegen der SPD. Ich erwarte, dass an dieser Stelle tatsächlich an den Schulen hingeschaut wird, die besondere Bedarfe haben. Dazu gehört es, dass man sich wirklich insgesamt die Situation anschaut und nicht individuell,

(Beifall CDU, FDP)

um zu sehen: Wo sieht es gut aus, wo sieht es schlecht aus? Wer hat mehr, wer hat weniger, wo kann man es verantwortungsvoll einmal etwas herunterfahren, und wo muss man etwas nachsteuern? Dazu gehört nicht zu individualisieren, sondern strukturelles Hinsehen.

(Beifall CDU, FDP)

Ansonsten habe ich das Gefühl, dass wir von schnellen Lösungen insgesamt weit entfernt sind. Ich würde mich freuen, wenn wir in wenigen Wochen, wie Sie angekündigt haben, eine Verbesserung zumindest an den Schulen haben, die wir jetzt einmal offengelegt haben. Der eine oder andere hat vielleicht noch eine im Sinn, wo er weiß, dass

dort auch noch etwas im Argen liegt. Da können wir aber bilateral sicherlich ins Gespräch kommen, denn niemand hat hier das Bedürfnis und auch irgendwie die Absicht, irgendeine Schule zu stigmatisieren, aber genau das ist es: Es ist nicht immer stigmatisieren, es ist nicht immer das Schlechte. Es ist einfach das genaue Hinsehen, wo man hinsehen muss, und man muss nicht so tun, als wäre es gleich etwas Schlechtes, man etwas aufruft.

An dieser Stelle bedanke ich mich für die Debatte, ich bin gespannt, was in wenigen Wochen passiert. Ich bin gespannt, ob wir es hinbekommen mit den Abordnungen.

(Zuruf)

Bestimmt! Ich bin sehr gespannt, wie schnell wir jetzt dazu kommen und ob eben tatsächlich Anfang Januar dieses Konzept vorliegt, das ja eigentlich schon im Herbst 2017 hätte vorliegen können, aber, wie gesagt, warten wir es einmal ab, wie lange es dauert! In der Zeit wären übrigens auch schon Lehrerinnen und Lehrer neu ausgebildet worden, das muss man an der Stelle auch sagen.

(Abgeordnete Gönül Bredehorst [SPD]: Und welche Ideen hat die CDU noch? – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ach, hören Sie auf, Frau Bredehorst! – Zurufe Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP])

Ich glaube – -. Wir haben unsere Ideen doch dargelegt!

Ich bedanke mich für die Debatte. Ich freue mich, dass die Schulleitungen und die Schüler und die Eltern alle diese Aufmerksamkeit heute bekommen haben. Ich kann die Eltern nur auffordern: Werden Sie laut! Machen Sie es öffentlich, dann nehmen wir das Ganze auch auf, und Sie sehen, insgesamt kommt es in Schwung. Wir haben alle das gleiche Ziel, nur unterschiedliche Geschwindigkeiten übrigens. Ehrlich gesagt, ich würde mir mehr Geschwindigkeit wünschen. Wir werden den Druck weiter aufrechterhalten – Ich danke Ihnen!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Überwachung des ruhenden Verkehrs: Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert?

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 16. September 2021

(Drucksache [20/503 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2022

(Drucksache [20/726 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Ulrich Mäurer.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Philipp Bruck.

Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen, liebe Gäste! Liebe Mitglieder des Senats, zunächst einmal vielen Dank für die Antworten, vollumfänglich glücklich bin ich mit ihnen allerdings nicht. Meine Großmutter ist vor ungefähr 100 Jahren hier in Bremen aufgewachsen und hat immer erzählt, wie sie mit den Nachbarskindern auf den Straßen Schlagball und andere Spiele gespielt hat. Das Einzige, was man heute in diesen Straßen spielen könnte, ist Verstecken – hinter den riesigen Autos, die auf beiden Seiten auf den Gehwegen parken, obwohl sie da gar nicht stehen dürften.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da hatten wir gerade eine Hypervision!)

Wer kürzlich das Video in den sozialen Medien „Die bremischen Straßen aus der Perspektive eines Dreijährigen“ gesehen hat, dem kann es eigentlich nur gruseln. Diese Dreijährigen verschwinden hinter dem Auto, sie können gar nicht über die Autos hinwegsehen. Das ist kein glücklicher Zustand.

Die Probleme, die wir heute haben, sind aber noch weit grundlegender: Es geht um Sicherheit, darum, ob die Feuerwehr überhaupt noch in die Straße hineinfahren kann, ob sie an die Gashydranten kommt, um das Gas abzustellen. Es geht um Barrierefreiheit, darum, ob es möglich ist, sich mit einem

Rollator, einem Rollstuhl, mit einem Kinderwagen überhaupt noch in der Straße zu bewegen. Dieser Zustand, liebe Kolleg:innen, ist nicht länger haltbar.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Zustand widerspricht der Straßenverkehrsordnung, und das nicht erst seit gestern, er widerspricht der UN-Behindertenrechtskonvention, das hat der Landesbehindertenbeauftragte Arne Frankenstein kürzlich noch einmal deutlich gemacht. Weil trotzdem jahrelang nichts passiert ist, haben wir in unseren Koalitionsvertrag im Sommer 2019 geschrieben, wir werden Falschparken konsequent verhindern.

Ein Jahr später haben wir hier im Parlament den Bürgerantrag der Initiative „Platz da!“ behandelt, haben mit ihnen einen Kompromiss gemacht. Der erste Punkt lautet: „Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, geltende Parkverbote durchzusetzen“, und zwar durch stadtweite Kontrollen, konsequentes Abschleppen bis zum Ende dieses Jahres. Das haben wir auch in breiter Mehrheit beschlossen, auch mit den Stimmen der CDU und der Koalition.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, das ist ja auch korrekt!)

Ein Jahr später haben wir den Bericht der Enquete-Kommission verfasst, haben darin kurzfristig eine effektive Abschleppregelung gefordert, um sicherzustellen, dass nur legal geparkt wird. In einigen Bremer Straßen erstatten außerdem Anwohner:innen immer wieder Anzeigen, teils Hunderte Anzeigen in einer einzigen Straße. Am Ende haben in drei Straßen die Bewohner:innen auch geklagt, sind vor das Verwaltungsgericht gezogen, und haben da Recht bekommen: Es gibt kein Gewohnheitsrecht auf illegales Parken, und der Senat ist aufgefordert, dagegen vorzugehen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Die Frage ist: Was ist seit alldem und trotz alldem passiert? In den meisten Straßen gar nichts! Liebe Kolleg:innen, es ist Aufgabe des Senats, geltendes Recht umzusetzen, es ist Aufgabe des Senats, Beschlüsse dieses Hauses umzusetzen. Das Problem des aufgesetzten Parkens anzugehen ist Aufgabe der Verkehrsüberwachung des Innenressorts, und mit dem, was bisher passiert ist, können wir nicht zufrieden sein und sind wir auch nicht zufrieden.

Immer wieder antwortet der Senat mit dem Konzept „Parken in Quartieren“. Das ist im Grunde ein gutes Konzept, aber es ist eben keine Antwort auf die gestellten Fragen, weil der Zeithorizont viel zu lang ist, weil wir jetzt eine Antwort auf diese Probleme brauchen. Wenn die Innenbehörde dann schreibt, erst nach Umsetzung aller baulichen Maßnahmen in den Quartieren soll eine flächendeckende Kontrolle gewährleistet werden – das steht am Anfang der Antwort auf Frage 12 –, dann wird das der Problemlage eben nicht gerecht.

Die akuten Maßnahmen des Senats enden außerdem bei 1,10 Meter Restgehwegbreite. Wenn ich also in einer Straße wohne, die 1,20 Meter breit ist, wovon nach Verkehrsrecht erst einmal nur 50 Zentimeter als nutzbar gelten, dann muss ich damit rechnen, dass ich womöglich erst in zehn Jahren von diesem Konzept „Parken in Quartieren“ profitiere. Das kann nicht die Lösung sein!

Ich werde immer wieder gefragt, wie es eigentlich sein kann, dass dieser Umstand nicht behoben wird, obwohl es ja geltendes Recht ist und obwohl wir das hier im Parlament schon so oft beschlossen haben, und ehrlich gesagt, ich habe darauf keine Antwort. Ist wirklich die einzige Hoffnung auf freie Fußwege das Oberverwaltungsgericht, das in der nächsten Instanz über diese Klagen entscheiden wird? Für mich ist es ein bitteres Gefühl, auf ein Gericht hoffen zu müssen, damit das, was sinnvoll ist, das, was geltendes Recht ist, das, was das Parlament mehrfach beschlossen hat, endlich umgesetzt wird. Aber das ist jetzt die Aufgabe, und wenn die endlich gelöst ist, dann können wir auch wieder davon träumen, dass auf bremsischen Straßen Kinder spielen können. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In der Großen Anfrage geht es um die Überwachung des ruhenden Verkehrs. Wie werden Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bremen gesichert? Im Einleitungstext heißt es: „In vielen Bremer Quartieren ist der Straßenraum durch illegale auf Fußwegen und in Kreuzungsbereichen abgestellte Fahrzeuge geprägt. Dies schränkt die Bewegungsfreiheit von Menschen mit Rollstuhl, Rollator oder Kinderwagen ein und gefährdet die Verkehrssicherheit von Fußgängern und Radfah-

rem. Das illegale Parken steht damit auch den Zielen der klimafreundlichen Verkehrsentwicklung entgegen.“ Das hat auch mein Kollege Herr Bruck eben richtigerweise erwähnt, und das sehen wir als CDU-Fraktion genauso.

Aber so schlimm scheint der Senat das ja nicht zu finden. Wenn er sich fast ein Jahr Zeit für die Beantwortung der Fragen lässt – laut Geschäftsordnung sind es übrigens fünf Wochen –, dann ist scheinbar hier das Problem nicht so richtig angekommen.

(Beifall CDU – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder es wird besonders gründlich gearbeitet! – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Sonst nicht?)

Herr Fecker hat auf jeden Fall das Problem erkannt, stellen wir fest. Der Straßenraum ist endlich und sollte allen gleichermaßen zur Verfügung stehen, darüber brauchen wir nicht zu streiten. Wir müssen den oftmals knappen vorhandenen Raum so gerecht wie möglich aufteilen, damit möglichst viele Menschen gleichermaßen von ihm profitieren können.

Im November 2020 hat die Stadtbürgerschaft dem Bürgerantrag zur Einführung weiterer Bewohnerparkgebiete in den innenstadtnahen Stadtteilen Mitte, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Findorff, Walle und Neustadt zugestimmt. Zudem gibt es bereits in Bremen und Bremerhaven bewirtschaftetes Bewohnerparken. Passiert ist bisher leider gar nichts. Es scheint so, als wäre Bürgerengagement nur willkommen, wenn es der Koalition passt, das muss man an der Stelle hier ausdrücklich bemängeln. Aber ich könnte mir vorstellen – Herr Saxe, Sie schauen so angestrengt nach vorn! –, Sie werden uns allen natürlich wie so oft gleich erklären, was Sie alles Tolles planen und vorhaben.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich werde Ihnen gleich noch antworten, keine Sorge!)

Gut! Wenn man sich die Beschlusspunkte des Bürgerantrags anschaut, haben Sie nichts umgesetzt, das ist unser konkreter Vorwurf. Mehr als über Vorhaben zu sprechen, bekommen Sie als Senat und Fraktion nicht hin.

(Beifall CDU)

Als CDU-Fraktion wollen wir, dass die bereits längst beschlossenen und bewirtschafteten Parkraumgebiete schnellstmöglich mit den Menschen vor Ort diskutiert und umgesetzt werden. Wir von der CDU-Fraktion sagen schon lange, dass eine Einführung von Bewohnerparkgebieten vor allem den Parkdruck durch Fremdarker senkt. Außerdem werden Bewohnerinnen und Bewohner motiviert, vorhandene private Stellplätze zu nutzen. Die Parksuchverkehre durch externe Parker werden reduziert, und für Fahrräder und vor allem auch für Carsharing und E-Scooter entstehen neue Abstellflächen. Vor allem für die Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge – das ist mir an der Stelle noch einmal sehr wichtig – können dadurch zusätzliche Flächen entstehen. Diese Annahme wird nun durch die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zu diesem Thema bestätigt.

Ob die Statistiken über verbotswidriges Parken oder die erteilten Bußgelder zur Bestätigung für hergeleitete Muster zur Parkraumüberwachung dienen können, hinterfragen wir genauso kritisch wie der Senat, denn durch die lange Zeit der Coronapandemie ergeben sich sehr abweichende und zum Teil rückläufige Tabellenwerte. Außerdem liegen dem Senat keine umfassenden Informationen für das gesamte Stadtgebiet bezüglich der Frage vor, in wie vielen Straßen des bremischen Stadtgebietes die Nahmobilität und insbesondere die Barrierefreiheit durch nicht regelkonformes Parken eingeschränkt wird.

Bewohnerparkgebiete in den innenstadtnahen Stadtteilen einzurichten und durch Bewohnerparkgebühren zu steuern, ist auch nach Ansicht des Senats das zielführende Mittel für eine effiziente Parkraumbewirtschaftung, so geht es zumindest aus der Antwort zu dieser Großen Anfrage hervor. Um die Akzeptanz zu erhöhen, würden wir von der CDU-Fraktion die Gebühr auf zunächst 100 Euro begrenzen. Eine Anpassung der Gebühr sollte mit dem Umsetzungsgrad des VEP steigen. Je größer das alternative Mobilitätsangebot im Quartier ist, umso eher werden höhere Gebühren zur Bewirtschaftung des öffentlichen Parkraums vor Ort auch akzeptiert. Außerdem müssen kleinteilige zusätzliche Parkmöglichkeiten, zum Beispiel in Form von Quartiersgaragen, ermöglicht werden.

Das Bewohnerparken muss zukünftig durch stärkere Kontrollen begleitet werden.

(Glocke)

Wenn wir die Antworten des Senats – ich mache den Absatz eben zu Ende, und dann komme ich noch einmal! – auf die Große Anfrage richtig verstehen, besteht in dieser Frage ein breiter Konsens der demokratischen Parteien in diesem Parlament. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen! Wenn man sich das Zahlenwerk ansieht, dann fällt einem auf, dass die Zahlen ja, was die Jahre 2020, teilweise 2021 angeht, eher rückläufig sind, wenn man aber genauer liest, bekommt man dafür auch eine Erklärung: Das lag daran, dass durch die Coronapandemie viel Personal abgezogen worden ist und in der Kontrolle und Überwachung der Vorschriften der Pandemie ist. Das ist natürlich sehr ärgerlich einerseits, andererseits hoffe ich jetzt auch, dass zukünftig eben auch das nötige Personal eingesetzt wird, um die Kontrollen vernünftig durchzuführen.

Im Kern geht es ja darum, dass man einen Kampf um Fläche hat, um Raum in einer Stadt, die eigentlich den Menschen gehört – allen Menschen gehört – und wir eben feststellen, dass dieser Raum in der Verteilung mehr bei den Autos liegt als bei den Fußgängern und Radfahrern, und es geht jetzt darum, da den Autos etwas wegzunehmen zugunsten der Fußgänger und der Radfahrer. Insofern wundert es dann auch nicht, dass jede Menge Straßen so zugeparkt sind, dass sie kaum noch nutzbar sind. Darüber hinaus muss man auch gar nicht groß reden, denn das ist, glaube ich, in diesem Parlament Konsens.

In vielen Straßen, wo auf beiden Seiten aufgesetzt geparkt wird, kommt man nicht nur mit dem Fahrrad, dem Kinderwagen oder dem Rollstuhl beziehungsweise dem Rollator auf dem Bürgersteig nicht mehr durch, man kommt teilweise auch kaum noch mit dem Auto durch, weil die Fahrbahn viel zu schmal ist. Die Stadt kann einfach nicht so viele stehende Autos fassen, wie zurzeit unterwegs sind, auch das ist klar. Klar ist aber auch, diese Autos gibt es aktuell, und es sind merkwürdigerweise oft dieselben Leute, die unter den zu engen Gehwegen leiden, die aber gleichzeitig auf ein Auto angewiesen sind: die Familien mit Kinderwagen zum Beispiel, die Rollstuhlfahrerinnen und -fahrer, die

Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuß sind. Das wird irgendwann einmal anders sein, wenn der ÖPNV optimal ausgebaut ist und wenn es billige E-Räder für alle gibt, aber heute ist das eben nicht so. Damit muss man umgehen.

Wenn man den Parkraum in den Quartieren reduziert – und das muss man –, dann ist daher eine logische Konsequenz das Bewohnerinnenparken. Wenn der Parkraum knapper wird, müssen die Anwohnerinnen und Anwohner zuerst bedient werden. Wie man aber eher in einem Nebensatz aus der Antwort des Senats erfährt, ist die Einführung des Bewohnerinnenparkens gar nicht so einfach. Das hat mich stutzig gemacht, und ich habe geschaut: Warum ist das denn nicht so einfach? Dann stößt man darauf, dass eigentlich die Regelungen, die Verwaltungsvorschriften der Straßenverkehrsordnung eben auch nicht so einfach in der Umsetzung sind.

Da gibt es den § 45 StVO, in den man einmal hineinsehen kann, und das habe ich auch getan und mir dann einige Sachen notiert. Es geht eben nur mit Bewohner:innenparken, wenn es einen Mangel an privaten Stellflächen gibt, ein erheblicher allgemeiner Parkdruck da ist. Bewohnerinnen und Bewohner finden regelmäßig keine ausreichende Möglichkeit, in ortsüblich fußläufig zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung einen Stellplatz für ihr Kraftfahrzeug zu finden. Der Bereich, der von Bewohnern zum Parken aufgesucht wird, ist nicht größer als 1 000 Meter Nahbereich; werktags von 9:00 bis 18:00 Uhr nicht mehr als 50 Prozent reservierte Parkflächen für Bewohnerinnen und Bewohner, in der übrigen Zeit nicht mehr als 75 Prozent reservierte Parkflächen für Bewohner. Sollen in kleinen Wohngebieten Bewohnerparkvorrechte eingeräumt werden, so dürfen die oben genannten Prozentangaben, wie viele Parkflächen für Bewohnerinnen und Bewohner reserviert werden dürfen, aber auch überschritten werden. Nichtsdestotrotz, Bewohnerparkvorrechte dürfen nicht leichtfertig vergeben werden. Da sehen wir ja schon an dieser Verwaltungsvorschrift – und das wurde ja hier auch schon einmal gesagt –, dass es also erstens nicht so einfach ist, das einzuführen, und es zweitens sicherlich sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, bis das dann umgenutzt wird.

Ich mache jetzt noch einmal eine Pause, damit Sie sich von diesem ganzen Verwaltungskram erholen können, und ich werde dann in meinen zweiten fünf Minuten noch einmal inhaltlich etwas dazu sagen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich sehr, hier heute zu unserer Großen Anfrage „Überwachung des ruhenden Verkehrs“ sprechen zu können. Zuerst wie immer an dieser Stelle ein Dank an den Senat für die umfangreichen Antworten, auch wenn diese Antworten – lassen Sie es mich diplomatisch, aber deutlich sagen! – an der einen oder anderen Stelle Luft nach oben gelassen haben!

In meinem ersten Redebeitrag möchte ich die derzeitige Situation mit den Erkenntnissen aus den Antworten der Großen Anfrage darstellen. Auf eine Wiedergabe der Antworten und Zahlen verzichte ich aber, Sie alle haben es ja gelesen. Im zweiten Teil möchte ich Ihnen gern drei Überschriften darstellen, welche für die SPD-Fraktion Leitfragen der zukünftigen Entwicklung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in unseren Quartieren sein sollen.

Erste Erkenntnis der Antworten durch den Senat: Bremen ist eine Autostadt. Wer vor dem Hintergrund von 300 000 gemeldeten Pkws in unserer Stadt etwas anderes behauptet, der leidet unter Realitätsverlust. Sie alle wissen um das Sondervotum der SPD zum Abschlussbericht der Enquetekommission, Bremen wird eine Autostadt bleiben. Das stellt uns einerseits vor Probleme, denn die Autos müssen ja irgendwo parken, und andererseits bringt es uns ja auch Vorteile. Als Standort einer kleinen Automanufaktur, welche für gut 20 000 Arbeitsplätze verantwortlich zeichnet, leben wir ja auch ganz gut davon, die Welt mit Pkws zu versorgen.

Ich persönlich weiß nicht, wofür die Menschen in unserer Stadt ihre Autos nutzen. Manche bringen ihre Kinder damit zum Kindergarten, manche erledigen mit dem Auto den Einkauf, andere nutzen ihr Auto eventuell nur am Wochenende, um Freunde oder Familie zu besuchen, und wiederum andere nutzen ihr Auto – wir alle kennen das – täglich auf dem Weg zur Arbeit und auf dem Weg zurück. Was wir aber wissen, ist, Bremen wächst – und damit auch die Anzahl der Autos – um mehr als ein Prozent pro Jahr in der vergangenen Dekade. Eine Tendenzumkehr ist leider nicht absehbar.

Ja, ein Auto, egal, wie es genutzt wird, steht den überwiegenden Teil des Tages herum. Carsharing mag hier für einige Nutzungsbereiche eine flexible Abhilfe schaffen, aber man muss die Lebensrealität von Menschen auch akzeptieren: Das eigene Auto gehört für viele Menschen dazu, und das akzeptieren wir, ohne nicht auch an Alternativen zu arbeiten.

Zweite Erkenntnis: Wer sich in unserer Stadt bewegt, insbesondere in den Wohngebieten im Bremer Westen, aber auch in Nord oder Ost, der stellt fest, dass die angedachte Restgehwegbreite von 1,50 Metern oder 1,80 Metern schöne Theorie, aber keine Praxis ist. Fußgänger stehen hier beidseitig unter Druck: einerseits durch die aufgesetzt parkenden Pkws, aber auch durch angeschlossene Fahrräder und nicht geschnittene Hecken und Büsche, die auf den Gehweg ragen und zum stetigen Ausweichen nötigen. Abschlepperlass hin oder her: Würden Fußgänger die Straßen so missbrauchen, wie Autofahrer die Gehwege in unserer Stadt missbrauchen, dann würde sich niemand mehr über einige Spinner aufregen, die sich auf Straßen festkleben, Kolleginnen und Kollegen.

Dritte Erkenntnis: Für eine flächendeckende Verkehrsüberwachung des ruhenden Verkehrs brauchen wir mehr Personal, viel mehr Personal, und das reicht der beschriebene sukzessive Aufwuchs beim Personal nicht aus. Der beschlossene Aufwuchs auf zukünftig 55 Stellen ist zwar de facto eine Verdoppelung zum heutigen Status, aber wir sind immer noch weit entfernt von den gewünschten mindestens 100 Verkehrsüberwacherinnen für unsere Stadt. Kolleginnen und Kollegen, ich schütte jetzt einmal Wasser in den Wein: Auch mit 100 Verkehrsüberwacherinnen wird es bei punktuellen Kontrollen bleiben und keine flächendeckenden Kontrollen geben können. Da müssen wir auch mit baulichen Maßnahmen gegensteuern, um beispielsweise Rettungswege in Kreuzungsbereichen frei und befahrbar zu halten.

Vierte und letzte Erkenntnis: Die Einschränkung anderer Verkehrsteilnehmer durch den Parkdruck ist ein stadtweites Problem mit Schwerpunkten in einigen innenstadtnahen Quartieren. Leidtragende sind insbesondere Fußgänger mit Rollatoren oder sonstigen Gehhilfen, mit Kinderwagen, aber – und auch das wurde hier schon angesprochen – vor allem Kinder, die vielerorts zwischen vielen hohen Autos und Hecken geradezu tunnelartig ihre Wege durch unsere Stadt bestreiten müssen.

Kolleginnen und Kollegen, die Uhr zeigt schon rot an, und der Präsident hat die Glocke schon in der Hand. Ich komme gleich noch einmal wieder. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren die Antworten auf die Große Anfrage an den Senat zu der Frage, wie Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit in Bezug auf den ruhenden Verkehr auch in Zukunft sichergestellt werden können und wie sie derzeit sichergestellt werden. Das klingt kompliziert, aber am Ende geht es um das Thema aufgesetztes Parken in den Quartieren. Darüber haben wir hier an dieser Stelle auch schon zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Debatten miteinander gestritten. Das Thema betrifft nicht alle Stadtteile in Bremen gleichermaßen, aber insbesondere innenstadtnahe Stadtteile, beispielsweise das Viertel, die Neustadt, Schwachhausen/Teile von Schwachhausen betrifft es enorm. Wer dort selbst einmal gewohnt hat, weiß, wie groß das Problem in diesen Stadtteilen ist.

Das Problem mit dem aufgesetzten Parken ist ja einerseits, dass es zu Behinderungen anderer Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen führt, beispielsweise Fahrradfahrern und Fußgängern, aber insbesondere natürlich auch von Menschen, die auf Hilfsmittel angewiesen sind oder mit dem Kinderwagen unterwegs sind, mit dem Rollator, mit dem Rollstuhl. Aber es geht manchmal eben auch um Leben und Tod. Bei einem Feuerwehrgewagen oder einem Krankenwagen, der nicht mehr durch Straßen hindurchkommt, der teilweise wieder zurückfahren muss, einen Umweg fahren muss und deshalb vielleicht fünf oder zehn Minuten später am Einsatzort ankommt, können das im Zweifelsfall die fünf oder zehn Minuten sein, die über Leben oder Tod entscheiden. In vielen Stadtteilen in Bremen ist die Situation tatsächlich so, dass dort Feuerwehrfahrzeuge im Zweifelsfall nicht mehr durch die Straße durchkommen würden, und das ist natürlich eine unhaltbare Situation.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir entnehmen den Antworten, dass die Anzahl der Fälle, in denen durch aufgesetztes Parken Rettungskräfte behindert wurden, im Jahr 2016 noch überschaubar war. Sie stieg dann bis 2019 an und

ging in den letzten ein, zwei Jahren wieder etwas zurück. Es macht natürlich einen Unterschied, ob wir über 16 Fälle im Jahr 2016 sprechen oder über 62 Fälle im Jahr 2019, aber egal, ob wir über 16 oder über 62 oder 300 oder 3 000 Fälle sprechen: Jeder einzelne Fall, in dem ein Krankenwagen oder ein Feuerwehrauto nicht mehr durchkommt, ist ein Fall zu viel, und wir sollten alles daransetzen, das in Zukunft zu verhindern.

Das Problem ist aber – und das haben Vorredner eben schon gesagt –, dass wir allein in Bremen 300 000 Autos haben, und entgegen mancher Annahme, die wir hier auch im Parlament in vergangenen Debatten gehört haben, sinkt die Anzahl der Autos in Bremen nicht, sondern sie steigt, und zwar jedes Jahr. Das ist ein Problem, weil dadurch natürlich auch der Parkdruck in den Quartieren steigt, und die Situation in den Quartieren wird natürlich immer dadurch schwieriger, und wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir sie lösen.

Bei der Problembeschreibung sind wir definitiv bei Ihnen. Wo wir nicht bei Ihnen sind, ist bei der Frage, welchen Weg der Lösung wir gehen. Sie versuchen mit Sanktionen und im Zweifelsfall dem Abschleppen und dem Verteilen von Tickets noch nicht einmal, das Problem irgendwie zu verbieten, sondern an den Symptomen herumzudoktern. Das ist ja das Problem an der ganzen Sache. Das Problem ist, wenn Sie das tun, dann haben wir immer noch 300 000 Autos in Bremen, und die Menschen wissen nicht, wohin damit. Wir erleben das auch in anderen Städten. Ich habe mich zwei Jahre viel in Hamburg aufgehalten, wo Menschen regelmäßig abends eineinhalb Stunden im Kreis fahren und darauf hoffen, dass irgendwo ein Parkplatz frei wird. Das ist ja nicht das Ziel, das wir gemeinsam haben, sondern wir wollen die Autos von den Straßen so weit wie möglich herunterbekommen.

Das heißt, unser Auftrag ist eigentlich zu überlegen: Was ist die Ursache des Problems, und warum machen Menschen das? Warum stellen Menschen ihre Autos teilweise legal – das dürfen wir nicht vergessen, nicht alles aufgesetzte Parken ist illegal –, teilweise semilegal und ganz häufig auch illegal auf den Straßen ab? Die Antwort ist: weil es keine anderen Alternativen gibt! Die Menschen wollen ihr Auto, oder sie brauchen ihr Auto, und sie brauchen dafür Abstellplätze, und wenn sie keine vernünftigen legalen Möglichkeiten finden, dann suchen sie sich eine Möglichkeit und stellen das Auto abends in der Hoffnung ab, dass es dann am nächsten Morgen immer noch dort steht und man wegfahren kann und nichts passiert ist.

Das Problem ist, dass wir in Bremen keine vernünftigen attraktiven Alternativen dazu haben. Wir haben als FDP-Fraktion in der Vergangenheit immer wieder Vorschläge gemacht, teilweise im Rahmen von Anfragen, im Rahmen von Anträgen, in den Debatten, die wir hier geführt haben. Wir haben vorgeschlagen, mehr offizielle Parkflächen auszuweisen, wir haben darauf hingewiesen, dass wir mehr Quartiersgaragen brauchen, wir haben immer wieder dafür argumentiert, dass der ÖPNV attraktiver werden muss – nicht billiger, sondern im Zweifelsfall attraktiver –, damit auch mehr Menschen bereit sind, auf den ÖPNV umzusteigen. All diese Vorschläge wurden abgelehnt, und all diese Vorschläge wären geeignet gewesen, das Problem an der Wurzel zu packen.

Wir können in die Sanktionierung einsteigen, wir werden damit aber das Problem nicht lösen. Es funktioniert nicht, dass wir nur das aufgesetzte Parken verbieten, konsequent abschleppen und Tickets verteilen, wenn wir keine Alternativen schaffen, wo diese 300 000 Autos hinsollen. Dazu habe ich heute nichts gehört, und das fehlt mir in dieser Debatte. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, wir sind bei dem Thema nicht so weit auseinander. Allerdings möchte ich das Thema jetzt nicht nur auf das aufgesetzte Parken reduzieren, sondern es geht mir schon um eine effektive Parkraumbewirtschaftung, so, wie wir das auch in der Deputation schon einmal ausgeführt hatten, und dafür ist es dringend geboten, dass sich die Ressorts Inneres und Mobilität, Bau und Stadtentwicklung über geeignete Maßnahmen für eine entsprechende Parkraumüberwachung in den Wohnvierteln des Innenstadtbereichs einigen. An der Stelle haben wir in Bremen schon viel zu viel Zeit verloren.

Meine Damen und Herren, die zukünftige Ausrichtung der Bremer Innenstadt darf nicht über ideologisch besetzte Begriffe definiert werden. Eine welt-offene Stadt sollte keinen Slogan verwenden, der suggeriert, dass bestimmte Verkehrsteilnehmer keinen Platz in der Innenstadt hätten. Wir als CDU-Fraktion wollen den breiten Konsens positiver besetzen und Bremen als Flanierstadt bewerben, denn es besteht Einigkeit in der Stadtgesellschaft

darüber, dass die Innenstadt den Autoverkehr reduzieren muss, um attraktiver zu werden. Das gilt vor allem für den Kern im Innenstadtbereich, der sich in unserer Definition zwischen der Weser und dem Wallring befindet.

Auch den Hinweis auf dringend zu errichtende neue Quartiersgaragen möchte ich hier noch einmal ausdrücklich erwähnen. Mein Vorredner Thore Schäck hat das hier eben auch richtigerweise gesagt: In dem Bereich ist hier nichts passiert, und da müssten natürlich mehr Angebote geschaffen werden, um den Parkdruck auch zu nehmen, denn der Parkdruck im öffentlichen Raum ist insbesondere dort besonders groß, wo die Gebiete durch eine geringe Anzahl privater Stellplätze und eine gleichzeitig hohen Stellplatznachfrage gekennzeichnet sind. Zum Thema Quartiersgaragen hat sich in den letzten Jahren wenig bis nichts entwickelt. Da muss man ganz klar sagen, da ist, wie es hier ja auch mein Vorredner Herr Lenkeit richtigerweise sagte, noch eine ganze Menge Luft nach oben, und da kann ich nur sagen, das muss besser werden. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast jeder fünfte innerörtliche Fußgänger- und Radfahrerunfall, und zwar mit Personenschaden, hängt mit Parken zusammen, das ist eine gewaltige Zahl, die einem wirklich Sorgen machen muss. Das heißt, wir reden hier nicht über eine Bagatelle, das man sagen kann, na gut, der parkt ein bisschen zu weit auf dem Gehweg. Ich glaube, da müssen wir uns einig sein, dass das keine Bagatelle ist, sondern dringend etwas, was man lösen kann. Jetzt kann man nicht sagen, dass nichts passiert wäre. SUNRISE ist ja sehr umstritten gewesen, hat aber, glaube ich, ein gutes Modell geschaffen, wie wir Bewohnerinnenparken organisieren können.

Was ich für einen Fehler halte, auch senatsseitig, ist diese Kopplung zwischen Bewohnerinnenparken und Ordnen. Das, glaube ich, müssen wir vergessen, das können wir so nicht mehr weiter koppeln. Diese Ordnung muss sein. Ob ein Beirat dann noch Bewohnerinnenparken haben will, das kann er dann selbst entscheiden, aber diese Ordnung muss der Reihe nach kommen. Da hat der Senat ja vier Stufen vorgeschlagen, dazu werde ich mich gleich noch äußern.

Ich finde es erst einmal vollkommen normal – sonst wären wir alle in der Koalition in der gleichen Partei –, dass wir bei bestimmten Themen andere Meinungen oder zumindest andere Facetten haben. Dafür habe ich ehrlich gesagt sportlich Verständnis, weil wir auch für unterschiedliche Leute stehen. Die einen stehen mehr für die 300 000, die mit dem Auto unterwegs sind, und die anderen eben für die 300 000, die mit dem Fahrrad unterwegs sind. Daran ist nichts Schlimmes, dass man quasi diese Perspektive so hat.

Wir haben gemeinsam diesen Kompromiss Verkehrsentwicklungsplan gemacht, und ich finde, wir haben uns koalitionsseitig über sehr viele Sachen geeinigt, und wir haben uns über ein paar Sachen eben auch nicht geeinigt. Dazu zählt Parken in Quartieren, und das ist auch ein Grund, warum wir länger gebraucht haben; natürlich, weil wir sehr sorgfältig arbeiten, aber auch, weil wir da bestimmte Parameter auch tatsächlich erst einmal miteinander ausmenden mussten. Das finde ich auch vollkommen normal.

Ich finde erst einmal, dass das Fortschritte gemacht hat. Ich finde es wohltuend, dass die beiden Senatoren – das merkt man ja auch hier in so einer Debatte – miteinander im Gespräch sind.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Vertrauensvoll!)

Das ist genau das, was man von einer Koalition erwarten kann, dass die beiden aus ihren unterschiedlichen Sichten versuchen, eine Lösung hinzubekommen, und das finde ich erst einmal wohlwollend.

Wir haben bestimmte Sachen, um die hart gerungen wurde. Die haben wir jetzt erst einmal geklärt. Die 1,80 Meter stehen da jetzt so drin – da wird dann zwar noch gesagt, in Ausnahmefällen können es auch 1,50 Meter sein –, das ist ein Fortschritt. Jetzt frage ich mich zwar, warum wir uns auf etwas einigen mussten, was eindeutig geklärt war, aber immerhin, wir haben uns auch im Vollzug darauf geeinigt, dass die 1,80 Meter erst einmal tatsächlich gelten.

Wir haben dann, denke ich, auch miteinander sehr viel geredet, und dann kam eben dieser Vier-Punkte-Plan. Er geht los mit Öffentlichkeitsarbeit – das ist immer gut, darüber aufzuklären, was wir alles machen müssen –, dann kurzfristig Durchsetzung des regelkonformen Parkens in einzelnen Straßen. Das ist in Ordnung. Man kann erst einmal

dort anfangen, wo das Problem am schlimmsten ist, problematisch wird es da, wo man sagt, wir machen das erst bis 90 Zentimeter und dann bis 1,10 Meter. Dann frage ich mich: Was ist danach?

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, würden Sie bitte Ihren Sprechzettel vom Mikrofon nehmen? Dann versteht man Sie draußen viel besser.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Gut! Den Vorschlag nehme ich gern an. Es stellt sich die Frage: Wie geht es denn dann weiter? In Bezug auf das Gerichtsurteil wird der Senat diese Frage beantworten müssen, weil es da eines Gesamtkonzepts bedarf, und das Gericht hat in der ersten Instanz deutlich gesagt: Ja, ihr habt ein Ermessen, nämlich über die Methoden, über die Instrumente, die ihr anwendet, ihr habt kein Ermessen dabei, dass ihr gegen aufgesetztes Parken einschreiten müsst.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dann finde ich das quartiersbezogene Vorgehen gegen Gehwegparker auch richtig, dass man das so priorisiert.

Wo ich mich ein bisschen gewundert habe, ist diese Frage mit dem Verkehrszeichen 315. Das ist ein Schild, worauf dann steht, dass man dort aufgesetzt parken kann. Ich sage, ein Großteil dieser Schilder mit dem Zeichen 315 ist nicht konform mit dem, was in den Richtlinien steht, und aus dem Grunde suggeriert man dort, dass etwas erlaubt ist, was eigentlich nicht erlaubt ist; also man erlaubt etwas, was eigentlich nicht sein darf. Da würde ich deutlich sagen, dass man überlegen muss, wie man weiter damit umgehen kann.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Bitte?

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Ein Bürger, der da parkt, wird sich aber im Recht wähen!)

Er wird auch keinen Bon bekommen, das ist ja auch vollkommen klar, Herr Dr. Buhlert, das sehe ich ganz genauso!

Ich wollte noch auf das eingehen, was Herr Lenkeit gesagt hat dazu, es würde jetzt jedes Jahr immer ein Prozent mehr Autos geben. Das war eigentlich nicht das, was in der Klimaenquete gesagt worden ist. Selbst die SPD hat es da nicht vertreten.

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Habe ich auch nicht gesagt!)

Sie haben schon gesagt, es wird eben immer mehr, und dann machen wir es mit Quartiersgaragen. Das heißt, wir packen das Zuviel an Autos irgendwie von der einen Stelle zur anderen Stelle. Das kann man alles tun. Es ist nur keine Verkehrswende, wenn man das so macht, und aus dem Grunde gehört zu diesem Paradigmenwechsel, den wir brauchen, ganz eindeutig dazu, dass wir weniger Fahrzeuge brauchen. Es kann so sein, wie die SPD sagt, dass man das eine Drittel, das im Bericht der Klimanquete steht, bis 2030 nicht schaffen wird, aber wir brauchen weniger Fahrzeuge, sonst haben wir in diesem Bereich klimatechnisch versagt. Das wäre wirklich ein Versagen dieses ganzen Bundeslandes, wenn wir das so machen würden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Letzte Bemerkung noch zu dem Personal! Ich bin, das muss ich wirklich sagen, bitter enttäuscht darüber, dass das, was wir miteinander vereinbart haben, nämlich diese 100 Vollzeitäquivalente, nicht ansatzweise erfüllt worden ist. Darin steht, ja gut, die refinanzieren sich nicht. Das glaube ich auch nicht ganz. Wir haben eine Veränderung in der Straßenverkehrsordnung mit dem Bußgeldkatalog,

(Glocke)

und aus dem Grunde glaube ich, dass man das noch einmal bedenken muss; und selbst, wenn nicht, wenn wir erklären, wir wollen 100 Vollzeitäquivalente haben, glaube ich, müssen wir dem näher kommen als mit 30 Leuten, sonst kommen wir bei dem Thema nicht weiter. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe ja vorhin noch einmal in die Tiefen der Verwaltungsvorschrift der Straßenverkehrsordnung eingeführt, und der Kollege Saxe hat die Beschilderung aufgerufen. Wenn ich Ihnen das jetzt auch noch vortrage, brauchen wir 15 Minuten, und ich sage einmal, Sie werden mich irgendwann hier hinausjagen, denn das ist noch einmal eine Geschichte für sich. Wenn Sie aber viel Spaß haben und zu Hause nichts zu tun haben, rufen Sie es sich einmal auf, und lesen

Sie einmal, was sie über die Beschilderung geschrieben haben! Das ist sehr interessant.

(Vizepräsidenten Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Wie gesagt, die Straßenverkehrsordnung und die Verwaltungsvorschriften machen das eben auch sehr schwierig. Die Rechtsgrundlagen und die Gerichte leben teilweise noch tief in der Ära der autogerechten Stadt. Da gilt Bewohnerinnenparken erst einmal als eine Einschränkung des Gemeingebrauchs, zur freien Fahrt für freie Bürger gehört in dieser Denke auch das freie Parken. Trotzdem, da müssen wir durch. Ohne Bewohnerinnenparken kann man dem Parkraum in den Quartieren nicht verknappten, das bekommt man auch bei den Beiräten vor Ort nicht durch. Am Ende ist es dann beim Parkraum wie mit anderen knappen Gütern – das lernen wir hier auch im Moment gerade –: Sie haben einen Preis, je knapper, desto höher.

Es gibt Möglichkeiten, Herr Kollege Schäck, den ruhenden Verkehr besser abzustellen, als schräg auf Gehwegen zu parken. Eine Möglichkeit sind die großen Parkflächen vor Supermärkten, die abends bis morgens leer stehen. Quartiersgaragen wird man dagegen nicht im großen Umfang einsetzen können. Sie sind teuer. Die Herstellungskosten liegen pro Platz etwa zwischen 25 000 und 50 000 Euro, und wenn man die dann in die Vermietung hineingerechnet, wird man sicherlich mit Mietgebühren von 100 bis 150 Euro pro Stellplatz rechnen müssen.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch mehr, sagt die BREPARK!)

Man wird nicht rechtfertigen können, dass die knappen Mittel für die Verkehrswende ausgerechnet dafür ausgegeben werden, privates Parken in Garagen zu subventionieren, damit es eben nicht 150 Euro kostet, sondern vielleicht 75 Euro.

Ich kann Ihnen auch aus meiner Erfahrung aus der Überseestadt sagen, da gibt es viele Garagen, und die Unternehmen, die Wohnungsunternehmen haben Tiefgaragen für ihre Wohnungen, die oftmals auch nicht genutzt werden, weil die Autofahrer versuchen, jede Möglichkeit zu nutzen, kostenlos auf der Straße zu parken.

Aus all dem folgt, wie es in der Antwort auf die Große Anfrage ganz richtig heißt, man muss stufenweise vorgehen, und man muss mit Augenmaß vorgehen. Das ist ja auch gut so. Vor allem aber muss

man die Mittel bereitstellen, um die Parkraumuntersuchung zu bezahlen und das Bewohnerinnen-parken voranzutreiben. Die Verknappung von Parkraum tut weh. Sie ist unvermeidlich, aber natürlich ist sie etwas, was man denen zumutet, die ein Auto haben.

Dass man die Verkehrswende allein darüber vorantreiben kann, dass man den Parkraum sperrt, halte ich für eine Illusion. Mobilität mit einem privaten Pkw darf nicht zu bequem sein, aber das Entscheidende ist die Stärkung der Alternativen, vor allem des ÖPNV. Auch das ist mir noch einmal wichtig zu betonen: Wer sein Auto aufgibt, muss trotzdem in Sachen Mobilität gut klarkommen, alles andere kann nicht funktionieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nach einer sehr pragmatischen Draufsicht auf die derzeitige Situation möchte ich Ihnen nun aufzeigen, welche Leitfäden für die zukünftige Entwicklung der Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit für uns maßgeblich sein werden!

Erstens: Wir wollen Mobilitätsfrieden. Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich immer als Autofahrer und Fußgänger bezeichnet und in der Vergangenheit mehrfach spöttisch vorhergesagt, dass ich in Bremen eher von einem Fahrrad als von einem Auto umgefahren werde. Deswegen habe ich mir jetzt nach vielen Jahren wieder ein Fahrrad zugelegt. Das war auch schnell wieder weg, aber dank der Polizei Bremen ist es wieder da. Danke noch einmal dafür!

Als Vater ärgere ich mich regelmäßig darüber, wenn Pkws aufgesetzt auf den Gehwegen parken und es nicht mehr möglich ist, mit dem Kinderwagen eben jenen zu benutzen. Ich habe es eben gesagt, Bremen ist eine Autostadt, und das ist auch gar nicht schlimm, denn Bremen ist auch eine Fahrradstadt, und Bremen ist auch eine Fußgängerstadt, und je nachdem, wo man wohnt beziehungsweise wohin man möchte, ist Bremen auch eine ÖPNV-Stadt. Ich glaube, wir als SPD-Fraktion glauben, dass das kein Widerspruch ist, im Gegenteil! Ebenso vielfältig wie unsere Stadtgemeinschaft ist, ist auch unsere Mobilität, und das wird sie auch bleiben.

(Beifall SPD)

Wir wollen und werden unterschiedliche Interessen ausgleichen und keine Dogmen schaffen, dafür werden wir dominierenden Verkehrsbereichen Kapazitäten abnehmen und anderen zuschlagen müssen.

Zweiter Punkt: kein Top-down! Die Entscheidung, wie und wo man parken darf, muss – und das wurde hier auch schon angesprochen – in engster Zusammenarbeit mit den Beiräten erfolgen. Vielerorts fragen sich Beiratspolitiker:innen ja durchaus kritisch, worüber sie überhaupt noch entscheiden dürfen, und für uns ist klar: Beim Thema Anwohnerparken müssen wir auf die Stimmen vor Ort hören, denn jede Straße ist anders, und ich formuliere den leisen Zweifel, dass die Vielfalt in den Büros der Behörden entsprechend abgebildet werden könnte. Das ist auch kein Vorwurf, sondern eine Feststellung. Bottom-up lautet also die Devise, dafür werden wir uns als SPD einsetzen. Ohne einen kooperativen Ansatz mit den Beiräten, den Ortsämtern und natürlich den Anwohnerinnen und Anwohnern vor Ort wird es nicht gehen.

(Beifall SPD)

Drittens: Der Senat ist insgesamt gefordert, ein konstruktives Zusammenspiel aller beteiligten Senatsbehörden zu ermöglichen. Es bedarf dieses Zusammenspiels aller Akteure, und unter einer konstruktiven Zusammenarbeit verstehen wir beispielsweise, dass ein Bezahlverfahren für Bußgeldverstöße implementiert wird und nicht über Jahre mit dem Verweis auf die bremische Haushaltstechnik erklärt wird, dass es nicht geht. Was in Bremerhaven seit Jahren funktioniert, was in Niedersachsen seit Jahren funktioniert, das muss auch in Bremen funktionieren, das muss unser Anspruch sein, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Wir fordern daher ein lösungsorientiertes Denken und kein problemorientiertes Handeln, und – ich habe es eben schon angesprochen – wenn man einen ganzen Straßenzug de facto über Nacht abpollern kann, dann erwarten wir zum Beispiel bei dem Thema Quartiersgaragen auch mehr als Lippenbekenntnisse und würden uns freuen, wenn hierzu endlich etwas Belastbares vorgelegt werden würde. Wir brauchen und wollen keinen ideologischen Feldzug gegen das Auto, und vielleicht, ganz vielleicht, werden wir nach der nächsten Regie-

rungsbildung einmal schauen müssen, ob man gewisse Strukturen verändert, um Lösungen mehr aus einer Hand zu bekommen, Stichwort Verkehrsplanung und Verkehrsüberwachung.

Zusammenfassend: Wir wollen die Lage für alle Verkehrsteilnehmerinnen in unserer Stadt verbessern.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wird in der Großen Koalition bestimmt klappen!)

Regeln gelten für alle und müssen überprüft und Verstöße sanktioniert werden. Dies gilt für Autofahrer, für Fahrradfahrer und für Fußgänger, wir machen da keine Ausnahme. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Lenkeit hat recht, Regeln gelten für alle und müssen auch eingehalten werden. Wenn wir aber eine Situation haben, wo sich unter Umständen mehr als 100 000 Menschen in Bremen über Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte an etwas gewöhnt haben, was auch nie sanktioniert worden ist, dann ist es genauso nicht in Ordnung, von heute auf morgen Hals über Kopf die Regeln umzusetzen und für die Einhaltung der Regeln zu sorgen, wenn das diese Menschen vor ganz, ganz große Herausforderungen stellt. Auch das gehört zur Lebensrealität dazu, der man sich stellen muss, wo man Lösungen finden muss.

(Beifall FDP)

Sie sprechen immer regelmäßig davon – und da erinnere mich an einige Reden von Ihnen, Herr Saxe –, dass es Push und Pull braucht.

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich gar nicht gesagt!)

Nicht in der jetzigen Rede, aber in vorherigen Reden! Dass Sie es bei diesem Thema nicht angesprochen haben, ist natürlich entlarvend, weil Sie hier sehr stark auf das Thema Push setzen und wir zu dem Thema Pull, also der Frage, was gibt es an Alternativen, was bieten wir den Leuten an, in Ihren Reden überhaupt nichts gehört haben. Wo sind

denn die Quartiersgaragen? Wo ist denn der attraktive ÖPNV? Das sind doch die Themen, wo wir heranzoomen, um am Ende dafür zu sorgen, dass die Anzahl der Autos in Bremen nicht weiter steigt.

Es ist so, dass im Moment von Jahr zu Jahr die Anzahl der Autos immer weiter steigt, und wir müssen natürlich dafür sorgen, dass die Menschen, und es werden nicht alle sein, aber dass ein Teil der Menschen irgendwann sagt, ich brauche kein eigenes Auto mehr. Völlig in Ordnung! Aber das geht nur mit attraktiven Alternativen, und der ÖPNV in dieser Stadt ist es nicht, und daran hat sich in den letzten 15 Jahren auch nichts geändert.

(Beifall FDP)

Wenn man mit Bürgern spricht, Herr Kollege Bruck, dann hört man natürlich teilweise Beschwerden darüber, wie es denn sein kann, dass diese Situation mit den zugeparkten Straßen nicht angegangen wird. Das höre ich auch. Es gibt aber auch eine zweite Wahrheit, wenn man mit Menschen spricht, dass nämlich auch ganz, ganz viele Menschen sagen, ich habe jahrelang mein Auto hier abgestellt, es ist nichts passiert, es war offensichtlich okay, und jetzt wird das auf einmal über Nacht verboten, und ich weiß nicht mehr, wohin mit meinem Auto. Das ist auch eine Lebensrealität, die ich in Ihrer Rede eben nicht gehört habe.

Gerade weil wir diese Situation in den Quartieren haben –. Diejenigen, die abends ihr Auto dort abstellen, sind in nicht seltenen Fällen dieselben, die sich auch darüber beschweren und sagen, natürlich ist das keine wünschenswerte Situation, aber wir wissen nicht, wohin damit. Denen muss man doch Alternativen bieten, und das tun Sie nicht. Sie gehen nur auf das Thema Push, Sie versuchen, das zu sanktionieren, abzuschleppen und den Menschen das Thema in irgendeiner Art und Weise leidig zu machen, ohne Alternativen anzubieten, damit die Menschen wissen, wohin mit ihrem Auto. So kann man mit den Lebensrealitäten der Bremerinnen und Bremer in dieser Stadt nicht umgehen!

(Abgeordneter Ralph Saxe [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn mit den Lebensrealitäten der Fußgängerinnen? Davon reden Sie nicht!)

Wir haben das dritte Thema, und zwar die Frage nach Quartiersgaragen. Dazu hat der Kollege Schumann eben etwas gesagt. Natürlich kosten Quartiersgaragen Geld. Wenn wir aber bereit sind, für Anwohnerparken Geld zu verlangen und ja offensichtlich davon ausgehen, dass Menschen auch

bereit sind, dafür Geld zu zahlen, dann sind sie ja vielleicht auch bereit, Geld für einen dauerhaften Parkplatz in einer Quartiersgarage zu zahlen, wenn dieser Parkplatz vielleicht sicher ist, wenn er überwacht ist, wenn er trocken ist, wenn man morgens sein Auto nicht freikratzen muss. Dann sind Menschen vielleicht auch bereit, ein paar Euro mehr im Monat dafür zu bezahlen.

Was wir auf jeden Fall vermeiden müssen, ist – und das ist nämlich die Situation, die in dieser Stadt jetzt erzeugt wird –: In dem Moment, wo immer mehr Parkplätze oder als Parkplätze genutzte Stellflächen wegfallen, sorgen wir natürlich für eine Situation, dass das Angebot immer weiter sinkt, die Nachfrage bleibt aber gleich oder steigt sogar; wir haben eben gehört, ein Prozent jedes Jahr mehr Autos in dieser Stadt. Das führt natürlich dazu, dass die Preise steigen.

Ich hatte vorhin das Beispiel Hamburg angeführt. Wenn Sie da einmal durch Winterhude laufen, gibt es da Aushänge: „Ich zahle im Monat 400 Euro für einen Parkplatz.“ So verzweifelt sind die Menschen! Dann wird das Ganze auch zu einer sozialen Frage. Ich möchte nicht in eine Situation kommen, dass wir irgendwann in der Situation sind, dass sich nur noch Menschen ein Auto leisten können, die 400 Euro im Monat für einen Parkplatz netto zahlen können und sagen, mir ist es egal, ich bin bereit, das zu zahlen, und derjenige, der es sich nicht leisten kann, am Ende nicht mehr in der Lage ist, sein Auto abzustellen. Das kann nicht das Ziel Ihrer Regierungsarbeit sein, und deswegen geht es nicht, dass wir bei diesem Thema immer nur Push machen, sondern wir brauchen auch Pull, wir brauchen attraktive Alternativen, wir brauchen einen guten ÖPNV, und bei diesem Thema sind Sie bis heute komplett blank. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Ulrich Mäurer.

Senator Ulrich Mäurer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben es vielleicht mitbekommen, wir werden beide zu diesem Thema etwas sagen, denn einfach die breite Denke rechtfertigt dieses Vorgehen. Ich habe mir überlegt: Was kann ich sagen? Wir haben erfreulicherweise eine weitestgehende Übereinstimmung in der Beschreibung des Problems gefunden, deswegen muss ich das nicht an dieser Stelle wiederholen. Es ist offensichtlich, wir haben hier ein Problem. Die Fahrzeuge – die Anzahl, ihre

Länge, ihre Breite – haben sich in den letzten Jahren alle sehr verändert. Die Probleme haben stetig zugenommen, und dies hat zu sehr unerfreulichen Entwicklungen in unseren Wohngebieten geführt, Sie haben das ja alle angesprochen.

Es ist ja nicht nur ein Problem der Autos, teilweise auch ein Problem des Verhaltens der Autofahrer, die ihre Pkws ohne Rücksicht auf Verluste positionieren. In der Folge haben Behinderte Probleme, durchzukommen, Rollstuhlfahrer, Frauen mit Kinderwagen, aber auch Männer natürlich – alles Dinge, die Sie schon erwähnt haben –, Probleme haben wir auch mit der Durchfahrt für die Feuerwehr, Rettungswagen und so weiter. Die Liste der offensichtlichen Unzulänglichkeiten ließe sich noch beliebig verlängern. Alle bemühen sich darum, in dieser Situation eine Lösung zu finden, und wir sehen, dass es gar nicht so einfach ist. Es gibt ja Projekte, darauf wird meine Kollegin gleich eingehen, das SUNRISE-Quartier ist ja so ein Thema gewesen. Dazu gehört natürlich auch einfach die Erkenntnis, dass Anwohnerparken vielleicht eine Möglichkeit darstellt, um die Situation für alle Beteiligten zu verbessern. Das Problem ist nur, wir haben offensichtlich, was Anwohnerparken angeht, völlig unterschiedliche Vorstellungen.

Wenn man sich einmal die historische Entwicklung anschaut: Anwohnerparken ist ja eine Sache, die in der Straßenverkehrsordnung seit den Achtzigerjahren geregelt wurde. Sinn dieser Regelung ist es, Anwohner zu privilegieren, das heißt, Anwohnern in den Städten/in den Wohnquartieren die Möglichkeit zu geben, dass sie eigentlich ihre Autos hausnah parken können, wenn sie abends nach Hause kommen. Das ist Sinn dieser Regelung, und sie wird natürlich dann mit weiteren Maßnahmen begleitet, die dazu beitragen sollen, dass man diejenigen, die hier kein Zuhause haben, aus diesen Straßen fernhält.

Diese Idee fasziniert alle Findorffer natürlich jetzt zu Beginn des Freimarktes wieder. Es gibt fantastisch viele Parkflächen hier in dieser Stadt, wir haben neue Parkhäuser, die sind meistens abends leer, und stattdessen haben wir ein Problem, dass viele Besucher aus dem niedersächsischen Umland dann in Findorff herumfahren und versuchen, in den Wohnstraßen ihre Autos abzustellen, teilweise auch im Bürgerpark im Tiergehege.

(Heiterkeit SPD)

Also, alles ist möglich, und deswegen haben wir auch diese Bäume dahingelegt, damit man da nicht

durchkommt. Aus Sicht eines Findorffer Bürgers würde ich ja sagen, toll, das ist doch ein Selbstläufer. Aber die Realität sieht ganz anders aus: Wir haben, ich glaube, 2019 anlässlich eines Freimarktes gesagt, das müssen wir machen, und jetzt haben wir erlebt, dass wir Probleme mit den Anwohnern haben, und wir haben Probleme mit den Beiräten.

Da fragt man sich natürlich, woran liegt es möglicherweise, dass man ein Projekt, bei dem viele Gründe dafür sprechen, so nicht umsetzen kann? Das hängt damit zusammen, dass Anwohnerparken in der Konzeption, wie sie gegenwärtig in Bremen diskutiert wird, immer indiziert, dass damit sehr viele Parkplätze verloren gehen.

Der erste Schritt, bevor in Bremen eine Neugestaltung des Anwohnerparkens eingeführt wird, ist, dass man so etwas wie eine Bereinigung der Flächen vornimmt, und in diesem Punkt liegen wir in der Tat auseinander, weil die Auffassung der Verkehrsabteilung ist, dass man sämtliche Fahrzeuge in den Wohnstraßen nicht mehr auf dem Fußweg belassen darf. Das heißt also, wenn Sie sich das in Findorff anschauen –. Ich spreche nur über die Straßen, die problematisch sind, wir haben ja auch viele Straßen, da ist da kein Thema, da wird ordentlich rechts an der Bordsteinkante geparkt. Die stehen gar nicht im Fokus unserer Betrachtung, sondern die Problemzonen beginnen da, wo auf beiden Seiten, links wie rechts, aufgesetzt geparkt wird.

Die Konzeption der Verkehrsabteilung besagt, wir nehmen alle Fahrzeuge vom Fußweg herunter und parken dann rechts an der Bordsteinkante. Das kann jeder nachvollziehen. Das bedeutet zunächst einmal, wenn da vorher 100 Fahrzeuge gestanden haben – 50 links, 50 rechts –, dass von diesen 100 Fahrzeugen nur noch 50 übrig bleiben, und wenn man das dann noch verbindet mit dem Konzept des Anwohnerparkens, muss man auch noch zusätzliche Plätze schaffen für diejenigen, die dann aus Delmenhorst oder von wo auch immer dahin fahren wollen. Das heißt, wir stellen da ja Parkuhren auf, und wer da als Externer parken will, für den muss man auch dafür sorgen, dass da mindestens einige Parkflächen zur Verfügung stehen. Das heißt, von unseren ursprünglich 100 Parkplätzen bleiben im Zweifel nur noch 40 übrig, und wenn man dann noch mehr macht, also etwas, was durchaus sinnvoll ist, für Fahrräder Bügel aufgestellt werden – das braucht man jetzt gerade auch bei den großen Lastenfahrrädern schon – und vieles andere mehr, heißt das, dass die Zahl der vorhandenen Parkplätze immer geringer wird.

Dann haben wir das Problem, dass Alternativen so nicht einfach vor Ort vorhanden sind, sondern man sagt, ihr müsst dann schon ein bisschen weiter gehen, und das ist auch nicht einfach einmal so gesagt, weil das bedeutet, dass viele Frauen, die nachts von der Spätschicht kommen oder zur Spätschicht im Krankenhaus gehen, dann weite Wege durch Findorff laufen. Ich sage einmal, in der äußersten Zone sind das fast 1 000 Meter, und es gibt ältere Menschen, die sind darauf angewiesen, dass sie praktisch in der Nähe ihrer Wohnung parken können. Das ist, glaube ich, mit der entscheidende Grund, warum dieses System Anwohnerparken in dieser Form nicht der Selbstläufer ist, warum nicht die Beiräte sagen, hurra, warum kommt ihr damit nicht rüber, sondern es ist einfach völlig klar, dass bei diesem System Widerstand entsteht.

Wenn natürlich noch über Kosten diskutiert wird, die so in der Größenordnung von 365 Euro pro Tag liegen, der Senat hat dazu noch nichts beschlossen –.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Pro Tag nicht!)

Nein, pro Tag nicht, aber dann für das Jahr, und dann umgerechnet, also für 365 Tage! Das heißt, wir haben eine Situation, wo viele befürchten, dass sie einerseits dafür zahlen müssen und andererseits dennoch keinen privilegierten Parkplatz haben, wie das eigentlich für das Anwohnerparken ursprünglich einmal vorgesehen ist. Stattdessen haben sie womöglich weite Wege zu ihrem Auto. Das erklärt auch die Problematik mit unseren Beiräten. Die Rechtslage ist eindeutig, denn nach der Straßenverkehrsordnung müssen die Beiräte ihr Einvernehmen erteilen, sonst läuft das nicht.

Deswegen habe ich die Vorstellung, dass wir vielleicht in dieser Frage nicht ganz so grundlegend und streng vorgehen. Eine Fußwegbreite 1,80 Metern ist ein Richtwert für den Neubau von Straßen.

Damit habe ich auch überhaupt kein Problem: Wenn ich eine neue Straße baue, sind 1,80 Meter auch noch diskussionsfähig. Es können auch zwei Meter sein, aber ich sage einmal, in unseren engen Wohnstraßen, die wir nicht verändern können, muss man darüber hinweggehen – das geht auch rechtlich –, und meine Bitte wäre einfach, dass wir diesen Prozess vorantreiben und herausfinden: Was ist machbar im Einvernehmen mit den Beiräten?

Es ist auch in meiner Konzeption, „Parkfrieden“ genannt, völlig klar, dass Parkflächen wegfallen werden. Anders geht das nicht, und das ist auch notwendig und richtig, aber ich sage einmal, da, wo man aufgesetzt parken kann, ohne dass man Dritte behindert, ohne dass man damit einem Rollstuhlfahrer den Weg versperrt, das wäre der erste Schritt. Wir müssen das aber natürlich auch verbinden, indem wir schauen, was ist mit den ganzen Müllcontainern, die da immer wahllos auf dem Fußgängerweg stehen. Wir haben auch andere Beeinträchtigungen, zum Beispiel Fahrräder, die alle so am Gitter außen im Vorgarten angeschlossen werden und halb im Fußweg stehen.

Also, es gibt einen umfassenden Ansatz, wir müssen diesen mit den Beiräten diskutieren, und ich glaube, für so eine Konzeption können wir auch eine Mehrheit in der Bevölkerung gewinnen. Ich glaube, nur in diesem Kompromiss haben wir auch eine Chance, diese Projekte zeitig voranzubringen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Parken in Quartieren ist in der Tat kein leichtes Thema, und vor allem im Bestand haben wir ein Problem. Wir müssen einmal konstatieren, wir haben eine Zunahme an Autos in den letzten Jahren deutschlandweit, aber auch in Bremen. Autos stehen über 90 Prozent des Tages. Sie bewegen sich gar nicht die ganze Zeit fort, nehmen da dann aber Platz ein, und die Autos sind in den letzten Jahren einfach größer und breiter geworden. Für mich ist das eine Frage der Gerechtigkeit, wem gehört der Platz, das ist ganz klar.

Wir stellen aber vor allen Dingen auch fest, und gerade auch in dicht besiedelten Gebieten, dass viele Haushalte nicht nur einen Pkw haben, sondern zwei, und zunehmend – und durch die Coronapandemie auch noch einmal verstärkt – auch Wohnmobile. Diese Wohnmobile, das kann man sich gut vorstellen, in den Wohnstraßen nehmen zunehmend auch Platz weg, und deutlich mehr Platz, als die Pkws. Das ist ein Thema, das man wirklich noch einmal intensiver beackern muss, weil das bisher so in der Straßenverkehrsordnung noch gar nicht adressiert wurde, und das ist auch ein eher neues Problem.

Der Grund, warum Menschen für die Wohnmobile auch keine Wohnmobilstellplätze in Anspruch nehmen, ist eben, dass diese Geld kosten. Da muss man eine Miete zahlen, und viele Menschen wollen dann eben doch umsonst parken; nicht nur mit dem Wohnmobil, sondern auch mit ihrem eigenen Auto, und das hat sich über die Jahre so etabliert, und man hat sich daran gewöhnt, und der Anspruch ist, am besten – so hat es Herr Senator Mäurer auch gerade gesagt – auch noch in der eigenen Straße, wo man nicht so weit laufen muss und für wenig Geld oder umsonst parken kann. Das bedeutet aber, dass dieser Platz dann eben verloren geht, und gerade auch noch, wenn aufgesetzt geparkt wird.

Der Platz wird zukünftig im Übrigen auch noch für neue Nutzungen benötigt werden. Wir diskutieren ja hier oft, dass wir auch die Elektromobile – Pkws und Ladesäulen-Infrastruktur – ausbauen müssen, und deswegen brauchen wir auch dort Platz, wo jetzt Autos parken. Das heißt, bei der Problembeschreibung liegen wir, glaube ich, hier gar nicht so weit auseinander, aber die Lösungen sind nicht einfach.

Die StVO ist ziemlich klar. Danach geht das aufgesetzte Parken nicht, und wenn man die StVO konsequent umsetzen würde oder das ahnden würde, dann würde das nämlich genau bedeuten, dass man in den engen Straßen nur rechts auf der Straße parken darf, aber nicht mehr links. Das wäre die konsequente Umsetzung der Straßenverkehrsordnung, aber da kann man sich vorstellen, dass das nicht überall auf Akzeptanz stoßen wird.

Ich habe vorhin gesagt, Parken im Quartier ist vor allen Dingen ein Problem im Bestand, und deswegen will ich auch einmal sagen, Herr Schäck, weil Sie sagen, Quartiersgaragen hätten wir überhaupt nicht berücksichtigt: Das stimmt so nicht. Bei jedem Neubauvorhaben, in jedem neuen Quartier wird kein B-Plan, und in dieser Legislaturperiode können wir gern recherchieren –. Ich bin sicher, dass es bei 100 Prozent der Bauvorhaben so ist: Kein Quartier, kein Neubauvorhaben passiert die Deputation, ohne dass dort eine Quartiersgarage oder ein Mobilitätskonzept mitbeschlossen worden ist. Also in den neuen Quartieren haben wir dieses Problem nicht, aber wir haben das Problem im Bestand.

Herr Lenkeit und Herr Schäck, weil Sie hier von Lippenbekenntnissen gesprochen haben: Dann nennen Sie doch im Bestand ganz konkret Flächen,

wo wir Quartiersgaragen nachträglich bauen können! Die sind eben nicht am Ende jeder Straße und auch nicht in jedem Stadtviertel zu finden,

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Die sollen Sie suchen! Das ist der Auftrag!)

und das ist das Problem, meine Damen und Herren.

Jetzt komme ich zum Thema Anwohnerparken! Herr Schäck, da haben Sie gesagt, wir hätten nichts gemacht. Das SUNRISE-Quartier ist ja jetzt heute schon mehrmals erwähnt worden. Dort haben wir Anwohnerparken umgesetzt. Wir haben im Übrigen auch neue Parkflächen geschaffen, und das mit einem großen Beteiligungsprozess, der sehr vorbildlich gelaufen ist, und deswegen hat der Beirat am Ende auch gesagt, wir wollen das SUNRISE-Quartier, und wir wollen dort Anwohnerparken etablieren. Das zeigt, dass wir in der Tat auch die Akzeptanz der Beiräte brauchen.

Wir haben woanders auch gute Erfahrungen mit dem Anwohnerparken gemacht, beispielsweise in Vegesack, und da sieht man auch, dass es oftmals nicht nur Anwohner sind, die in diesen Straßen parken, sondern oftmals auch Auswärtige. Insofern finde ich es gut, wenn wir an dem Thema Anwohnerparken dranbleiben. Hamburg macht das ja sehr intensiv, sie weiten dort in der Fläche das Anwohnerparken aus, und ich finde, daran könnten wir uns ein Beispiel nehmen. Im VEP haben wir dazu ja Beschlüsse gefasst, und der VEP, darüber bin ich auch sehr froh, ist ja ein breit getragener Beschluss.

Wir haben ein Urteil vom Gericht bekommen, haben Widerspruch eingelegt, und am 13. Dezember wird die mündliche Verhandlung sein. Dieses Urteil hat deswegen auch deutschlandweit Interesse hervorgerufen. Alle schauen darauf, weil dieses Urteil dann nicht nur für Bremen Gültigkeit hat, sondern dann sicherlich für alle Großstädte von ähnlichem Interesse ist. Da geht es um das aufgesetzte Parken, und natürlich ist es so, dass wir diese Schilder mit dem Zeichen 315 einfach abmontieren können, also das aufgesetzte Parken beziehungsweise das aufgesetzte Halten links dann üblicherweise nicht mehr erlauben.

Neu ist auch – eigentlich nicht neu in der StVO, aber jetzt auch noch einmal bei diesen Gerichtsverhandlungen –, dass ganz klar in der StVO gesagt wird, dass man eben nicht auf Gaszuleitungen oder Hydranten parken darf. Wenn Sie sich aber einmal die Straßen ansehen, wo aufgesetzt geparkt wird –

und ich habe dann auch gelernt, dass diese Zuleitungen üblicherweise immer auf einer Straßenseite sind und dann auch für die Häuser auf der gegenüberliegenden Seite liegen –, dann ist es eigentlich nach der StVO überhaupt nicht mehr zulässig, auf diesen Bürgersteigen zu parken, wo diese Hydranten und Gaszuleitungen liegen. Insofern ist das auch ein Thema, mit dem wir uns im Rahmen dieses Urteils noch beschäftigen werden.

Ich möchte einmal sagen, warum es so wichtig ist, das wurde aber auch schon erwähnt: Es geht einmal um die Sicherheit, nämlich dass Rettungsfahrzeuge durch die Straßen fahren können, Krankenwagen, aber auch die Feuerwehr, und die Feuerwehr braucht eben auch den Zugang zu diesen Hydranten, die im Boden liegen. Es geht um das Thema Barrierefreiheit, Menschen in Rollstühlen, mit Rollatoren, mit Kinderwagen müssen auch den Bürgersteig benutzen können; wenn Mülltonnen dort stehen, haben wir noch einmal ein verschärftes Problem.

Es geht aber auch um das Thema Verkehrssicherheit, und gerade von Kindern. Weil das hier vorhin so ein bisschen belächelt worden ist: Von Kidical Mass – europaweit eine Aktion, wo es darum geht, Verkehrssicherheit gerade auch für die Kinder zu schaffen und für das Thema zu sensibilisieren – ist ein Kind mit einer Kamera auf dem Fahrradhelm durch die parkenden Autos gefahren, und man sieht, dass die Kinder eigentlich gar nichts sehen und sich überhaupt nicht verkehrssicher bewegen können, weil die Sicht, das Sichtfeld durch die parkenden Autos für Kinder komplett versperrt ist.

Was müssen wir machen? Wir sind ja vom Gericht aufgefordert, ein Gesamtkonzept zu erstellen. Natürlich können wir abpollern, natürlich können wir die Schilder abbauen, aber wir wollen Carsharing ausbauen, wir wollen, Herr Schäck, auch den ÖPNV stärken. Wir haben ja die Linien 1 und 8 im Bau, die Querspange Ost, die Uni mit der Haltestelle Achterstraße, wir planen die Straßenbahn in der Überseestadt,

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und die in Osterholz!)

aber ganz ehrlich, ich würde mich freuen, wenn Sie sich bei Ihrem FDP-Bundesverkehrsminister einsetzen oder bei Ihrem Bundesfinanzminister,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Genau! Ja, ehrlich!)

dass er die Regionalisierungsmittel auch endlich freigibt, denn die brauchen wir, wenn wir den ÖPNV stärken wollen, und das ist bisher schwierig in dieser Legislaturperiode, meine Damen und Herren.

Das Letzte, was ich noch ansprechen möchte, ist das Personal. Ja, es soll ausgebaut werden, und die Refinanzierung soll über die Parkraumbewirtschaftung finanziert werden. Das heißt im Umkehrschluss, dass die Parkgebühren entsprechend angehoben werden müssen und das Anwohnerparken dann auch in der Fläche ausgeweitet werden muss, damit über diese Gelder zusätzliche Ordnungskräfte finanziert werden können.

Ich möchte einmal betonen – deswegen haben der Innensenator und ich uns die Rede jetzt auch heute aufgeteilt –, dass wir zusammen an einem Gesamtkonzept arbeiten. In der letzten Woche waren wir zusammen in Findorff, haben uns vor Ort problematische Straßen angesehen – es gibt ja auch welche, da ist es gut geregelt –, um gemeinsam zu schauen, welche Möglichkeiten wir außerhalb der Straßenverkehrsordnung sehen, dass wir in solchen dicht besiedelten Quartieren, und zwar für alle Anwohner, für die mit Auto, aber auch für die ohne Auto, am Ende eine Verkehrsplanung hinbekommen, die einfach für mehr Gerechtigkeit und mehr Sicherheit sorgt. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/726 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE Kenntnis.

Verfahrensstand des Projekts „Campus Nord“ auf dem ehemaligen BWK-Gelände
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 21. Dezember 2021
(Drucksache [20/645 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 1. Februar 2022
(Drucksache [20/658 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bettina Hornhues.

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir hier heute – zwar zu später Stunde, doch nicht weniger wichtig – den Bremer Norden wieder einmal in den Fokus der Stadtbürgerschaft führen. Das Vorhaben, auf dem ehemaligen Gelände der Bremer Wollkämmerei in Blumenthal einen Berufsschulcampus zu errichten, beschäftigt die Senatsressorts und natürlich auch die Kommunalpolitiker vor Ort bereits seit einigen Jahren. Außer Frage steht, ich glaube, auch dies ist einvernehmlich, dass es grundsätzlich notwendig und begrüßenswert ist, an diesem besonderen Standort einen großen Berufsschulcampus zu entwickeln.

In den ersten Ideen schon im Frühjahr 2018 und den wahlwirksamen vollmundigen Ankündigungen mit anschließenden schönen Präsentationen im Jahr 2019 wurde der Umzug der ersten Berufsschule zum Schuljahr 2022/2023 angekündigt. Heute, Ende 2022, ist für die Schüler und Lehrer noch nichts Sichtbares umgesetzt worden. Dies haben wir als CDU-Fraktion zum Anlass für die Große Anfrage genommen. – Danke für die Antworten!

Was ist aber nun in der Antwort des Senats enthalten? Nun wurde dann endlich im April 2021 die EW-Bau bereits von den Architekten vorgelegt. Weitere acht Monate später wurde der Bauantrag dann einen Tag vor Weihnachten im Jahr 2021, verbunden mit einem Antrag auf Teilbaugenehmigung, eingereicht. Weshalb dauert diese Planung noch länger, als der uns sonst bekannte und sehr große Zeitrahmen für öffentliche Bauten? Nicht nur für einen privaten Bauherrn ist dies nicht mehr nachvollziehbar.

Wir sind schon jetzt zwei Jahre hinter den ersten Planungen hinterher. Aus dem Umzug der ersten Schule in 2022/2023 wurde erst 2023/2024 und jetzt 2024/2025. Ach ja, gestern sprach ich mit dem Ortsamtsleiter Fröhlich aus Blumenthal, der mir immerhin berichten konnte, dass die ersten Schadstoffsanierungen in den Gebäuden 43 und 44 begonnen hätten. Leider sind diese aber umfangreicher, als

vorher geplant. In zwei Wochen sollen Abrissarbeiten beginnen, und man hofft, die Dächer vor dem Winter wieder geschlossen zu bekommen. Wann haben Sie denn nun vor, uns über die nächsten Verschiebungen, und mit welcher Begründung, zu berichten? Da bleiben ganz viele Fragen offen, ob und inwieweit dem Senat denn überhaupt an einer zügigen, weil ja infrastrukturell notwendigen Umsetzung gelegen ist.

Nach aktuellen Planungen sollen das Schulzentrum Blumenthal, das Schulzentrum an der Alwin-Lonke-Straße, das Schulzentrum Vegesack und die Berufsbildende Schule für Metalltechnik dort angesiedelt werden. Die von der Senatorin noch 2019 verkündete Einbindung des Schulzentrums Bördestraße ist vom Tisch. Der Berufsschulzweig soll jetzt wieder – für alle vor Ort überraschend! – auf den Campus West zu den kaufmännischen Berufen verlagert werden. Also wieder ein Punkt zum Umpflanzen, da nun anschließend wiederum langjährige Planungen für andere Schulstandorte der allgemeinbildenden Schulen infrage gestellt werden!

Das Ergebnis ist das gleiche: Es dauert wieder länger, bevor etwas umgesetzt wird. So werden auch die weiteren Schulumzüge erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich werden. Eine verhängnisvolle Kettenreaktion! Der Senat antwortet nur lapidar, dass so lange die alten Standorte weiter genutzt werden, ja, müssen, obwohl dringender inhaltlicher und infrastruktureller Handlungsbedarf doch selbst erkannt wurde. Hier bleiben immer noch so viele Fragen offen, die uns und die Betroffenen vor Ort noch lange beschäftigen werden. Die alten Standorte platzen doch schon jetzt aus allen Nähten. Ich komme gleich zu meinem zweiten Teil wieder. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für Blumenthal ist die Entwicklung des Areals der ehemaligen Bremer Wollkämmerei ein wichtiges Projekt. Nicht nur für Blumenthal insgesamt ist die Ansiedlung des Campus Nord ein wichtiges Projekt, sondern auch für die Weiterentwicklung der Berufsschullandschaft in Bremen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Gedanke eines Berufsschulcampus, eine Zentrierung von Wissen, sie gleicht dem Gedanken einer Universität, in dem viele Professionalitäten räumlich auf einem Campus zusammengetragen werden, die Synergieeffekte liegen auf der Hand.

Aus der Antwort auf die Große Anfrage der CDU geht hervor, dass der Umzug des Schulzentrums Blumenthal aus den Räumlichkeiten an der Eggestedter Straße zum Ausbildungsjahr 2024/2025 stattfinden soll. Dann soll nämlich das Sortiergebäude für einen Schulbetrieb umgebaut sein. Zum Schuljahr 2026/2027 soll dann der geplante Anbau fertig werden, damit auch das Schulzentrum Blumenthal an der Lüder-Clüver-Straße zu dem Schuljahr umziehen kann. Die weiteren Berufsschulen, die am Campus angesiedelt werden sollen, werden dann sukzessive umziehen.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass jeweils die Gebäude und die Räumlichkeiten an der Eggestedter Straße, an der Lüder-Clüver-Straße und an der Alwin-Lonke-Straße für die allgemeinbildenden Schulen nachgenutzt werden sollen. Dies erleichtert massiv den weiteren nötigen Ausbau im Bereich der allgemeinbildenden Schulen. Gewachsene Arbeit und Kooperationen zwischen den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sollen bestehen bleiben oder umgebaut werden.

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

Das ist uns als SPD sehr wichtig, denn die Theorie allein bleibt dann auch nur Theorie, wenn der praktische, anfassbare Teil zu kurz kommt. Berufsorientierende, berufsvorbereitende, berufsqualifizierende und studienqualifizierende Angebote durch die einzelnen Berufsschulen müssen in der Art bleiben.

Auch durch die geplante Ansiedlung von kleinteiligen Gewerbeunternehmen und Handwerkerbetrieben ist die Verzahnung von Theorie und Praxis möglich und gewünscht. Hierzu bedarf es einer Machbarkeitsstudie, die die WFB im Auftrag der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa durchführen soll. Hier würden wir uns als SPD einen realistischen Zeitplan wünschen, den die WFB auch kommuniziert.

Die Verkehrsinfrastruktur ist auch ein wichtiger Faktor. Es gibt derzeit Planungsmittel für die weitere Rahmenplanung des Berufsschulcampus in Höhe von 192 000 Euro. Für die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts sind 47 500 Euro vorgesehen.

Im Zuge der Bauleitplanung wird das Mobilitätskonzept bewertet, und es werden Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur erarbeitet. Die ÖPNV-Anbindung ist durch die Regio-S-Bahn und diverse Buslinien relativ gut. Genauso verspricht die Erreichbarkeit mit dem Fahrrad durch den Ausbau der Fahrradpremiumroute D.15 gut zu werden.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Ja! Wann denn?)

Genau! Das ist die Frage! Die SPD kann sich aber auch durchgehende Schnelltransferbusse zu den Stoßzeiten von einem zentralen Umsteigeort wie dem Hauptbahnhof vorstellen. Für die Schülerinnen und Schüler aus dem niedersächsischen Umland wird es wahrscheinlich attraktiver sein, mit dem eigenen Auto zu kommen. Daher ist hier mit dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen zu prüfen, inwieweit es hier Verbesserungen in den Verbindungen aus dem Umland nach Bremen-Nord geben kann.

Insgesamt sehen wir die Bearbeitung des Berufsschulcampus Nord auf einem sehr guten Weg, und das Projekt nimmt Tempo auf. Da haben Sie jetzt gerade eben gesagt, da passiert schon etwas.

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Langsam!)

Zuletzt hat dies auch der Beirat Blumenthal in seiner Februar-Sitzung bestätigt. Wir hoffen, dass der derzeitige angesetzte Zeitplan so eingehalten werden kann. Jeder, der einmal saniert oder renoviert hat, weiß, es können immer wieder unangenehme Überraschungen zutage kommen, mit denen man nicht gerechnet hat, aber ich wünsche bei dem weiteren Verlauf des Baus viel Erfolg und wenige Überraschungen. – Glückauf!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen und Gäste! Die Wiederbelebung des Geländes an der ehemaligen Baumwollkämmerei ist eines der wichtigsten Entwicklungsprojekte in Bremen-Nord. Zum einen wird durch das neue Campusmodell hier beispielhaft die berufliche Bildung in der Stadt Bremen vorangetrieben. Kleinere Berufsschulstandorte sollen zu einem großen Verbund zusammengeführt werden. Die räumliche Nähe schafft

Synergieeffekte, moderne Gebäude werden ein Lernen auf der Höhe der Zeit ermöglichen. Vor allem aber hat der Campus auch eine wesentliche Bedeutung für die Stadtentwicklung in Blumenthal. Die Ansiedlung von Bildungsinstitutionen ist eine gute Möglichkeit, die die Stadt hat, um junge Menschen und Arbeitsplätze in den Stadtteil zu bringen.

(Abgeordneter Elombo Bolayela [SPD]: Richtig!)

Da ich also weiß, wie wichtig dieses Projekt ist, lese ich die Antwort des Senats auch mit gemischten Gefühlen. Die gute Nachricht ist die, dass es vorangeht. Der erste Umzug eines Berufsschulstandorts ist beschlossene Sache. Im Frühjahr hat die Deputation für Kinder und Bildung auch der Baumaßnahme zugestimmt. Der Teilumzug des Schulzentrums Blumenthal in die ehemalige Sortierhalle ist also auf dem Weg: Zum Ausbildungsjahr 2024/2025 werden die ersten jungen Erwachsenen ihre Ausbildung an dem Standort starten. Damit wird die Eröffnung des Standortes am Kämmerei-quartier ein Jahr später als ursprünglich geplant erfolgen. Dies stellt die Oberschule an der Egge zu-gegeben vor deutliche Herausforderungen, da sie mit der Nachnutzung des Gebäudes ebenfalls warten muss. Eine weitere Verzögerung darf es deswegen nicht geben.

Ebenfalls auf dem Weg ist das Bewegungs- und Gesundheitszentrum des Vereins für Turn und Tanz Farge-Rekum, das parallel zum Schulstandort in der Sortierhalle fertiggestellt werden muss, damit der Sportunterricht für das Schulzentrum gesichert ist. Auch hier sind nun reibungslose Abläufe im weiteren Verfahren unabdingbar.

Für alle anderen Schulen liegt nun die Standortplanung für die beruflichen Schulen vor. Im Sommer wurde diese von der Bildungsdeputation beschlossen. Damit ist nun eine klare Perspektive für alle Schulen gegeben, auch wenn diese teilweise sehr langfristig ist, denn uns allen ist dabei klar, dass die Verlagerung der Schulen nur sukzessive erfolgen kann und sich dieser Prozess wohl in den kommenden zehn Jahren verlagern wird, da alles andere den Finanzrahmen der Stadt sprengen würde. Wichtig ist aber, dass sich die Schulen und die Stadtteile dann darauf einstellen können, wann und wo es für sie zu Veränderungen kommt. Der Ortsteil Grambke beispielsweise braucht dringend Klarheit, wann die Berufsschule aus dem Standort an der Alwin-Lonke-Straße ausziehen kann, damit dort eine Oberschule den Betrieb aufnehmen wird.

Insgesamt, und das muss ich hier deutlich sagen, wünsche ich mir also auch ein höheres Tempo und mehr Verbindlichkeit bei den Planungen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dies gilt nicht nur für die schulischen Aspekte, denn neben Schule und Sport soll ja auch Handwerk einer der künftigen Schwerpunkte auf dem Gelände sein. Wir erwarten, dass die Etablierung des Gewerbehofs oder Handwerkerhofs ernsthaft in Betracht gezogen wird, und wir sehen den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie dazu gespannt entgegen.

Auch das Mobilitätskonzept zur Erschließung des Geländes liegt noch nicht vollständig vor. Ich habe die Erwartung an den Senat, dass er zumindest die planerischen Vorarbeiten zeitnah vorantreibt. Damit wären die Grundlagen gelegt, um dann jeweils zügig den Umzug einer weiteren Schule anzugehen, sobald die Finanzmittel bereitgestellt werden.

Etwas verwundert, sehr geehrte Kolleginnen, bin ich, dass die Antwort des Senats ein Wohnheim für Auszubildende ausschließt. Hier würden mich dann doch die Hintergründe interessieren, warum das nicht für nötig oder sinnvoll erachtet wird, und ich wäre dafür offen, diese Idee für den Standort noch einmal zu diskutieren.

Nun sollte man sich das BWK-Gelände aber nicht nur aus bildungs- und wirtschaftspolitischer Perspektive anschauen. Neben Bildung, Sport und Arbeit halten wir auch eine Berücksichtigung kultureller Angebote für unabdingbar in der Entwicklung neuer Stadtgebiete.

(Beifall DIE LINKE)

In den vergangenen Jahren gab es auf dem Gelände spannende Kulturangebote wie zum Beispiel das 13° Festival oder ein Zusatzangebot von La Strada. Diese Veranstaltungen waren erfolgreich, Kulturarbeit im Kämmereiquartier muss verstetigt werden. Dies wäre nicht nur für die Stärkung Blumenthals wichtig, es würde auch neue Möglichkeiten eröffnen.

Wir könnten die Rolle von kultureller Bildung für Menschen in der Ausbildung neu diskutieren. Auch denken wir zu oft bei Subkultur oder junger Kunstszene nur an Studierende und nicht an Auszubildende. Der Campus würde die Möglichkeit bieten, genau dies zu ändern. Dieser Aspekt sollte dringend berücksichtigt werden. Kultur muss fest

im Quartier eingeplant und bei der Flächenvergabe berücksichtigt werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Anfrage, über die wir sprechen, ist schon etwas älter, auch die Antworten darauf sind bereits einige Monate alt, und ich würde ganz gern zuerst einmal etwas zu den Wermutstropfen sagen, die sich auch aus dieser Antwort entnehmen lassen. Zuerst einmal, dass die Aufnahme des Schulbetriebs bis zum Ausbildungsjahr 2023/2024 nicht möglich ist, das ist schade, wir hätten uns auch gewünscht, dass noch andere Ausbildungsgänge dort entsprechend berücksichtigt werden. Das ist nicht passiert.

Der zweite Punkt bezieht sich auch auf die Verlängerung der gesamten Projektphase. Wir sind in einer Situation, dass die Baupreise bei allen Projekten – und das betrifft ja nicht nur öffentliche Bauträger, sondern auch private Bauträger – leider stetig steigen. Das hat insbesondere damit zu tun, dass die Rohstoffe teurer geworden sind, das hat damit zu tun, dass wir einen Fachkräftemangel haben, wir befinden uns jetzt mitten in einer Energiekrise, die viel Geld kostet und sicherlich viele Kalkulationen in vielen Projekten auf den Kopf stellen wird. All diese Entwicklungen werden auch dieses Projekt wahrscheinlich noch einmal ein Stück weit teurer machen, und wir müssen uns davor hüten, dass wir in eine Situation geraten, dass Projekte teurer werden und wir uns davon überraschen lassen. Wir müssen schauen, dass wir die Planungen so anpassen, auch laufend so anpassen, dass wir jederzeit wissen, worauf steuern wir zu, und wie teuer werden Projekte.

(Beifall FDP)

Es wäre unredlich, Sie dafür zu kritisieren. Das sind externe Entwicklungen, für die Sie nichts können, aber wir erwarten eine Strategie, dass wir nicht erneut – und das haben wir einfach zu oft erlebt – von Preissteigerungen überrascht werden.

Wir haben ein zweites Thema, das uns sehr am Herzen liegt, und zwar ist das die Frage, welche Themen noch mitgedacht werden müssen. Wir sind in einer Situation, dass dort etwas Neues entsteht. Es ist geplant, dass sich da in Zukunft viele junge

Menschen aufhalten. Das ist gut, das begrüßen wir, das ist auch eine tolle Belegung des gesamten Quartiers und insbesondere Blumenthals. Wir haben ja gerade vor kurzer Zeit gemeinsam beschlossen, für Blumenthal auch mehr zu tun und dort mehr zu investieren, und da ist dies hier sicherlich ein ganz, ganz wichtiger Baustein.

Wenn wir aber davon ausgehen, dass sich dort in Zukunft mehr Menschen aufhalten, sich junge Menschen aufhalten, dort lernen, dort arbeiten, dann bedeutet das natürlich auch, dass diese jungen Menschen da irgendwie hinkommen müssen und dass sie auch wieder wegkommen müssen, und das bedeutet auch, dass diese jungen Menschen dort im Zweifelsfall irgendwo wohnen müssen. Das heißt, wir müssen das Thema Verkehr mitdenken. Wir müssen eine Situation vermeiden, dass zu viele junge Menschen in Zukunft durch halb Bremen oder sogar aus Niedersachsen dort hinfahren müssen. Die brauchen nämlich dann entsprechend Parkplätze, und das kostet natürlich am Ende auch Lebenszeit. Das heißt, wir müssen einmal darüber sprechen, was ist eigentlich mit Azubi-Wohnheimen, was ist mit Wohnen dort vor Ort, damit die Anfahrtswege möglichst kurz sind.

Wir müssen natürlich das Thema Mobilität mitdenken. Es ist sicherlich für die Lebenszeit, für die Lernzeit der jungen Menschen nicht zielführend, jeden Morgen 30, 40, 50 Minuten zu diesem Campus hinzufahren und abends wieder zurück, es ist aber genauso wenig zuträglich für die Verkehrssituation, dass wir auf so eine Situation zusteuern. Das heißt, wir brauchen einmal das Thema Wohnen, das mitgedacht werden muss, und wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie können wir es schaffen, dass junge Menschen in Zukunft auch noch an diesem Campus Wohnraum finden, und das Zweite ist die Frage nach der Mobilität. Das wird sicherlich nicht für alle gelingen, das heißt, wir brauchen auch eine gute ÖPNV-Anbindung. Wir brauchen dringend eine 15-Minuten-Taktung, die die SPD versprochen hat –

(Zuruf)

oder zehn Minuten, das wird ja immer besser! –, also das Thema ÖPNV-Anbindung ist ein großes Thema.

Zusammengefasst: Auch wenn uns nicht alle Ergebnisse und Antworten aus diesem Bericht vollumfänglich zufriedenstellen, freuen wir uns sehr über dieses Projekt. Wir sind sehr davon überzeugt,

dass dieses Projekt eine Wiederbelebung Blumenthals mit sich bringt, dass es ein ganz, ganz zentraler Baustein dafür ist, dass wir dort Leben ansiedeln, weil natürlich mit jungen Menschen, die dort lernen, auch immer ein bisschen Leben darum herum entsteht. Das ist ein sehr, sehr gutes Projekt, und wir begrüßen sehr, dass dort etwas passiert. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen! Ich kann mich da meinem Vorredner direkt anschließen: Auch wir freuen uns über dieses wichtige Projekt für den Bremer Norden. Der Campus Nord auf dem Gelände des Kämmerquartiers ist, das haben alle Vorrednerinnen und Vorredner auch schon gesagt, eine große Chance sowohl für die Stärkung und zukunftsfeste Aufstellung der beruflichen Bildung mit einer engen Verzahnung des Handwerks als auch – und auch das haben alle betont – als Impulsgeber für die Wiederbelebung des Blumenthaler Stadtteilzentrums.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Bevor ich darauf gleich auch noch einmal eingehe, werde ich jetzt noch einmal ein bisschen mehr auf den Bildungsaspekt eingehen, zumindest ein bisschen mehr als mein Vorredner jetzt, in den anderen Reden wurde das ja auch schon mehr angesprochen. Wir haben ja jetzt die Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen vorliegen, die haben wir in der Deputation beschlossen, und sie ist wirklich ein großer Wurf für die berufsbildenden Schulen, auch ein riesengroßes Vorhaben. Da steckt ganz viel Geld dahinter, das investiert werden muss, und es ist ein Riesenaufwand, das zu planen, die Schulen zusammen an die Standorte zu bringen, sowohl von der Bauplanung her als auch von der pädagogischen Planung, aber es bietet eine riesengroße Chance dafür, die duale Ausbildung zukunftsfest aufzustellen, zu modernisieren, indem Synergien geschaffen werden, indem Räume zusammen genutzt werden, indem auch Personal zusammen genutzt werden kann und so Angebote gemacht werden und an den verschiedenen Campus eine moderne duale berufliche Bildung angeboten wird.

Ich glaube, wir brauchen auch unbedingt eine Attraktivierung der beruflichen Ausbildung. Wir haben Fachkräftemangel. Vorhin haben wir bei den Lehrkräften darüber gesprochen, aber den gibt es natürlich auch insbesondere im Handwerk, aber auch bei den Erzieherinnen, und wir wollen ja – darüber sprechen wir auch regelmäßig in Bildungsdebatten – gerade auch Abiturientinnen dafür gewinnen, und ich glaube, da ist es ganz wichtig, dass wir nicht nur moderne Gebäude in einem ansprechenden Campus haben, sondern darum herum da dann auch Bildung machen, die einfach ein modernes Lernumfeld bietet, eine zeitgemäße Ausstattung. Das lernfeldorientierte Lernen, das wir in den berufsbildenden Schulen schon haben, das die Selbstverantwortung der Schülerinnen stärkt, was auch ein ganz wichtiger Aspekt ist, kann dort besonders gut umgesetzt werden.

Was ganz wichtig ist: Wenn wir jetzt die berufsbildenden Schulen neu aufstellen, zum Campus zusammenfassen, dann müssen wir unbedingt von Anfang an die Inklusion und die Durchlässigkeit mitdenken, weil es ja jetzt noch häufig so ist, dass die Inklusion bis zur zehnten Klasse ganz gut funktioniert, dann aber in der dualen Ausbildung, im ersten Arbeitsmarkt nicht mehr. Da starten wir jetzt mit dem Campus Nord.

Wir haben jetzt schon viel über die Verzögerungen gehört, und ich bin auch froh, dass es jetzt losgeht mit der Schadstoffsanierung.

(Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich kann mir ja Sachen immer schneller wünschen, als es geht!)

Genau! Man kann sich immer alles schneller wünschen! Jetzt steht das Datum Ende 2024 mit dem Umzug. Ich befürchte fast, das wird wahrscheinlich auch nicht klappen, weil man ja, wenn man im Bestand saniert, dann immer noch unvorhergesehene Sachen entdecken wird, wie auch jetzt bei der Planung schon beschrieben, und das wird dann vielleicht noch einmal zu Verzögerungen führen. Trotzdem ist es absolut klasse, dass es losgeht, und ich hoffe, dass diese Verzögerungen dann nicht eintreten und es dann auch mit dem zweiten Teil, wo ja auch die Planung gestartet ist, bald zur Umsetzung kommt.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der Campus für den Stadtteil bietet eine große Chance. Das haben auch alle erwähnt, ich möchte

es auch einfach noch einmal betonen. Diese Industriebranche stand ja einmal für etwas, für eine Wirtschaftskraft in diesem Stadtteil, und indem dieses Gelände jetzt belebt wird, bietet es einen Impuls, der das Blumenthaler Zentrum noch einmal neu beleben kann und sich dann insgesamt auf den Stadtteil und den Bremer Norden auswirken kann.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ich finde es auch richtig gut, dass Blumenthal hier dann eine ganz, ganz wichtige Bildungsaufgabe für die ganze Stadt übernehmen wird. Ich werde jetzt nicht zu viel über Verkehrskonzepte reden, die brauchen wir natürlich – ÖPNV –, aber es ist natürlich auch so, dass Nordbremer jetzt schon zu Berufsschulen zum Beispiel im Osten fahren. Also das ist möglich,

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Der Weg ist ja auch kürzer!)

das ist in beide Richtungen möglich,

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Da gibt es auch keine Zugbrücke!)

und man kann auch aus der Stadt zum Berufsschulcampus in Bremen-Nord fahren.

Wenn sich dann zeigt, dass ein Azubi-Wohnheim Sinn macht, das muss man immer schauen bei Azubis – die sind ja meistens vom Schulzentrum Blumenthal, das sind natürlich Erzieherinnen, die sind hauptsächlich da an der Schule, aber die aus dem Handwerk sind dann mehr in den Betrieben –, dann muss man einmal sehen, wo sie dann wirklich wohnen. Wichtig ist, dass das Verkehrskonzept stimmt, und dann funktioniert das.

(Glocke)

Ich komme nicht noch ein zweites Mal. Ich komme auch zum Schluss! Wichtig ist, dass wir jetzt –. Das habe ich alles schon gesagt, das lasse ich jetzt! Wir Grüne werden uns weiterhin zusammen mit der Koalition mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Berufsschulcampus auf dem Gelände des Kämmerquartiers so bald wie möglich Realität wird, und ich freue mich auf das, was dort entstehen wird. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bettina Hornhues.

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine vorherigen Ausführungen möchte ich gern noch um einige Details ergänzen! Fange ich in Blumenthal an, wundere ich mich über die Aussage zum Standort Lüder-Clüver-Straße. Sie sprechen in Ihrer Antwort noch von einer Nachnutzungsmöglichkeit für Schulen. Als Teil des Sanierungsgebiets wird aber zurzeit über viele andere Optionen nachgedacht, nur nicht über schulische Nachnutzung. Hier fehlt es dem Senat wohl noch an interner Abstimmung.

Sehen wir uns dann auch einmal als Beispiel den Burglesumer Standort der Alwin-Lonke-Straße an! Hier sollte ja schon ab dem Schuljahr 2022/2023 eine neue Oberschule gegründet werden. Die Verzögerung hat hier gravierende Konsequenzen, auch finanzieller Art, da teure Container in der Nutzung verlängert werden müssen und dann die Zeit wieder nicht ausreicht oder die schon übervolle Oberschule an der Helsinkistraße oder die Oberschule Lesum, die ja parallel auch umgebaut beziehungsweise neu gebaut werden soll oder, wie aktuell abgewogen wird, an das Schulzentrum Bördestraße umziehen soll, und so weiter. Dies ist aber für diese beiden Schulen eine regelrechte Kraftanstrengung, vor allem, wenn immer noch nicht klar ist, wie lange die Notlösungen nötig sein werden. Hier wird eine Kettenreaktion ausgelöst, die im ganzen Bremer Norden Auswirkungen haben wird; leider nur in einem erschreckenden Zeitlupentempo.

Verwundert hat mich dann auch die Antwort zu dem geplanten Handwerkerpark. Seit Jahren ist dieses Projekt, welches ich gut finde und wir daher gerade an dieser Stelle auch begrüßen, im Gespräch. Hier ist aber nicht einmal eine Machbarkeitsstudie – das nächste Unwort neben „Planung“, in welcher Form auch immer! – in Auftrag gegeben worden. Wo sind denn hier die Umsetzungen aus den vollmundigen Ankündigungen aus dem ISEK, dem Integrierten Struktur- und Entwicklungskonzept für den Bremer Norden, welches mittlerweile auch schon vor drei Jahren durch den Senat beschlossen wurde?

(Beifall CDU – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Maja Tegeler zulassen?

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Im Moment nicht, ich möchte gern weiterreden!

(Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE]: Das merke ich mir!)

Das in der Antwort erwähnte Strategiepapier zur Stärkung des Handwerks „Roter Teppich für den goldenen Boden“ ist sogar aus dem Jahr 2018, aber wie gesagt, es gibt nach all den Jahren nicht einmal eine Machbarkeitsstudie. Aber jetzt muss erst einmal dringend etwas zur Sicherung des Gebäudebestands getan werden, um die Planungen nicht noch einmal überarbeiten zu müssen.

Schade finde ich auch, dass nicht über ein Auszubildendenwohnheim nachgedacht wird. Frau Tegeler sprach es auch eben an, und Herr Schäck und Herr Hupe auch. Dies hat die Senatorin im Januar 2019 noch als einen weiteren möglichen Baustein selbst erwähnt. Dabei hatten wir gerade erst im vergangenen Jahr hier im Parlament die Diskussion, dass vor allem für Auszubildende mehr Wohnraum geschaffen werden muss. Am Ellener Hof wird nun eins gebaut, aber das ist sage und schreibe 75 Minuten mit dem ÖPNV entfernt. Der nächste Vorschlag, das ehemalige Übergangswohnheim in Burglesum dafür zu nutzen, wurde auch abgelehnt. Jetzt diese nächste Streichnummer! Klammheimlich wird die Idee in den Papierkorb geschoben, dieses Mal nicht einmal mehr geplant. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bilden hier Erzieher aus, und auch die anderen Azubis werden zum Teil ihre Ausbildungsstätten auch im Bremer Norden haben. Wäre es nicht eine überlegenswerte Idee, hier an dieser Stelle ein Azubi-Wohnheim zu errichten?

(Beifall CDU)

Man möchte und muss vor allem das Zentrum von Blumenthal beleben. Der Strukturwandel ist hier mit am deutlichsten sichtbar: Leerstände, unattraktive Platzsituation, fehlende Aufenthaltsqualität, kein Publikumsverkehr! Azubi-Wohnheime haben doch die gleiche Strahlkraft in die Bezirke wie Studentenwohnheime. Ich finde, man sollte diesen Vorschlag für Blumenthal einmal ernsthaft in Erwägung ziehen

(Beifall CDU)

und schauen, ob auf dem BWK-Gelände oder im fußläufigen Blumenthaler Zentrum nicht ein Wohnraum entstehen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist grundsätzlich zu begrüßen, die berufsschulische Ausbildung

in einem neuen Campus in Blumenthal zu konzentrieren, nur fordern wir den Senat eindringlich auf, diese ja von allen Beteiligten anerkannte Notwendigkeit nicht weiter zurückzuhalten und langsam anzugehen. Frau Senatorin, kümmern Sie sich, helfen Sie den Berufsschulen, und vermeiden Sie so weitere hohe Folgekosten! Lassen Sie Ihre Mitarbeiter nicht nur planen und Studien in Auftrag geben, entscheiden Sie, setzen Sie um! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wenn ich nicht fragen durfte, dann muss ich das jetzt eben so machen! Damit das hier nicht so im Raum stehen bleibt: Ob man das nun Machbarkeitsstudie hinsichtlich des Handwerkerhofs nennt oder auch Prüfung, aber nach Aussage des Wirtschaftsressorts ist das sehr wohl gerade im Gange und wird zeitnah vorgelegt werden. Konkrete Umsetzungsschritte stehen da noch nicht bevor, aber die Prüfung findet statt.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmänn [CDU]: Super! – Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Super, dann warten wir auf das Ergebnis!)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Noch jährt sich die Große Anfrage der CDU-Fraktion nicht, aber die Antworten des Senats stehen ja nun schon seit einigen Monaten auf der Tagesordnung dieses Hohen Hauses. Nach wie vor ist richtig, was ich mir für den Beginn meiner Rede vorgenommen hatte zu sagen: dass sich viel im Bremer Norden tut, und zwar im nördlichsten Stadtteil des Bremer Nordens, und dass es vielen und auch mir nicht schnell genug geht mit dem, was sich da tut.

Das riesige Stadtteilentwicklungsprojekt, der Umbau der Perle der Industriekultur ist hier ja jetzt in der Debatte auch schon an vielen Stellen gelobt worden, und natürlich verstehe und teile ich auch die Ungeduld vor Ort, vor allem darüber, dass sich Zeitpläne immer verlängern, weil das ehemalige Gelände der Bremer Wollkämmerei eben eine

große Bedeutung für den Stadtteil/für den gesamten Bremer Norden hat und dass sich das entsprechend weiterentwickelt.

Ich finde es gut, dass sich da ein Bildungscampus entwickelt, und ja, das Ziel ist, dass das in unmittelbarer direkter Nachbarschaft mit handwerklichen Betrieben passiert, damit die dort beschäftigten Menschen – also Schüler:innen, Azubis, aber eben auch diejenigen, die da arbeiten – den Campus und vor allem aber auch das Blumenthaler Zentrum beleben.

Ich finde es gut, dass bei diesem Projekt die berufsbildenden Schulen eine große Rolle spielen und dass wir mit dem Schulzentrum Blumenthal damit anfangen, auch wenn wir ja hier gerade auch schon gehört haben, dass es sich leider eben doch länger hinzieht als ursprünglich gedacht und auch länger hinzieht, als bei der Beantwortung der Großen Anfrage gedacht, und wenn wir das noch gemeinsam in der jeweiligen Verantwortung erleben, dann hoffe ich sehr, dass wir im Jahr 2024 da gemeinsam eine Einweihung feiern können: die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft, gesundheits-, sozialpädagogische Berufe, insbesondere der letztere Bereich, der mir natürlich besonders am Herzen liegt, weil ich mir wünsche, dass da viele sozialpädagogische Assistent:innen, viele Erzieher:innen ausgebildet werden, die dann gern auch den Bremer Norden so kennen- und lieben lernen, dass sie da in unseren Einrichtungen arbeiten.

(Beifall CDU)

Weitere berufsbildende Schulen sollen folgen. Im Juni ist die Schulstandortplanung für die berufsbildenden Schulen von der Deputation für Kinder und Bildung beschlossen worden und daran anknüpfend auch die Schulstandortplanung für die allgemeinbildenden Schulen. Gerade ist von Kettenreaktionen geredet worden, und ich würde mir sehr wünschen, dass es eine positive ist, und auch das ist ein weiterer Grund für den Wunsch, dass es schnell mit der Umgestaltung im Hinblick auf den Berufsbildungscampus vorangeht.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich an der Stelle, dass die Handwerkskammer den Wunsch hat, die handwerklichen Bildungsgänge näher an die ÜLU-Stätten, also die überbetrieblichen Lehrlingsunterweisungsstätten, heranzubringen. Ich würde mir wünschen und habe dafür geworben und werde auch weiterhin dafür werben, dass die Chance für den Bremer Norden nicht nur eine Chance für den Bremer Norden im Campus Nord ist, sondern eben

gerade auch für die sehr flächenintensiven Baubetriebe, dass wir da zukunftsfeste berufliche Bildung machen und die Handwerkskammer einladen, sich da gemeinsam auf dem Campus Nord einzubringen und da dann auch die Handwerksbetriebe zu realisieren,

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

denn – das wissen vor allem die Abgeordneten aus dem Bremer Norden und wie ich gerade gehört habe, zumindest auch der Abgeordnete Hupe, wahrscheinlich alle anderen auch – es ist nämlich gar nicht so weit von der Innenstadt aus nach Blumenthal. Das ist nämlich genauso weit wie von Blumenthal in die Innenstadt, und es ist auch ganz schön, wenn zur Abwechslung einmal an die Wegezeiten für die Menschen gedacht wird, die im Bremer Norden und ja auch im Bremer Westen wohnen, und nicht umgekehrt.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Beifall von der Bürgermeisterin!)

Bei diesem Stadtentwicklungsprojekt arbeiten die Senatsressorts für Kinder und Bildung, für Wirtschaft, für Arbeit, für Stadtentwicklung und natürlich auch für Finanzen gemeinsam, um den Berufsschulcampus und die Anbindung an die neu entstehende Nachbarschaft voranzutreiben. Ja, es gibt nach wie vor viele Tücken, die im Detail stecken – und auch das ist ja aus der Beantwortung der Großen Anfrage und damit auch aus der Großen Anfrage deutlich geworden –, und natürlich müssen wir sicherstellen, dass nicht nur geplant wird, sondern dass auch zügig gebaut und weitergebaut wird und dass wir da eben auch die Umsetzung weiterer Berufsschulstandorte in den Blick nehmen.

Ich kann zum Schluss der Debatte nur sagen, der Campus Nord, die Entwicklung des Kämmerei-Quartiers ist für Blumenthal wichtig, ist für den Bremer Norden wichtig, ist deswegen mir und auch dem gesamten Senat wichtig, und da verspüren Sie weder bei mir noch bei meinen Senatskollegen Zurückhaltung. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [20/658 S](#), auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion Kenntnis.

Drittes Ortsgesetz zur Änderung der Sondernutzungs-kostenordnung

Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 2022 (Drucksache [20/771 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Werkstatt Bremen der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 2022 (Drucksache [20/772 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen L.F.M.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Abend und freue mich, Sie morgen alle wiederzusehen. – Danke schön!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18:35 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 11. Oktober 2022

Anfrage 8: Wie geht es mit der Straßenbahnlinie 5 weiter?

Anfrage der Abgeordneten Hartmut Bodeit, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 8. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wann hat der Senat gemäß Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 6. Juli 2021, Drucksache [20/465_S](#), ebendiese über die betrieblichen Randbedingungen sowie Kosten für die Straßenbahnverlängerung der Linie 5 informiert?

2. Welche Aussagen kann der Senat zu einer möglichen Verlängerung der Linie 5 in Richtung Universität hinsichtlich der Fuhrparkkapazitäten der BSAG und der Streckenauslastung sowie Finanzierung treffen?

3. Welchen Zeitplan legt der Senat für die Planung und Umsetzung der Verlängerung der Linie 5 in Richtung Universität derzeit zugrunde?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Die Stadtbürgerschaft wird mit der heutigen Sitzung, 11. Oktober 2022, dazu informiert. Zeitnah legt die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau der Fachdeputation darüber hinaus einen Bericht der Verwaltung vor.

Zu Frage 2: Die Verlängerung wird nur im Gesamtzusammenhang mit einer vollständigen Einführung der Stufe 2 der Angebotsoffensive als sinnvoll erachtet, denn eine spürbare Verbesserung des ÖPNV-Angebots in Bremen findet dann statt, wenn nicht nur einzelne Linien im Angebot punktuell verbessert werden, sondern das gesamte Netz optimiert wird.

Für eine mögliche Verlängerung der Linie 5 in Richtung Universität sind zusätzliche Fahrzeuge erforderlich. Diese sind bereits über den Bremen-Fonds finanziert. Eine Finanzierungsvorlage für die Betriebskosten der Angebotsstufe 2 befindet sich zurzeit in Vorbereitung und wird noch in diesem Jahr den Gremien vorgelegt.

Zu Frage 3: Im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans wurde eine sogenannte Angebotsoffensive der BSAG in elf Stufen entwickelt. Stufe eins, ein Angebotsausbau in der Nebenverkehrszeit und am Sonntag, wurde bereits am 14. Dezember 2021 im Senat beschlossen, konnte jedoch aufgrund von Personalproblemen bei der BSAG noch nicht umgesetzt werden. In Stufe zwei, ein Prioritätsnetz mit Metrobuslinien, ist für die Straßenbahn auch die hier in Rede stehende Verlängerung der Linie 5 zur Universität mit einer Taktverdichtung auf 15 Minuten vorgesehen. Ein Finanzierungsbeschluss zur Umsetzung der Stufe zwei ist noch nicht erfolgt. Danach wären vor dem Start noch etwa zwei Jahre Vorlaufzeit zu einem Fahrplanwechsel bei der BSAG erforderlich.

Anfrage 9: Kündigungswelle bei den Bremer Bädern?

Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 12. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Beschäftigte der Bremer Bäder haben in diesem Jahr ihrerseits ihre Arbeitsverträge gekündigt?

2. Wie bewertet der Senat die im Artikel des „Weser-Kurier“ vom 10. September 2022 formulierte Kritik an der Geschäftsführung der Bremer Bäder?

3. Mit welchen Maßnahmen will der Senat der durch die Kündigungen entstandenen Personalknappheit bei den Bremer Bädern begegnen?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Nach Auskunft der Bremer Bäder GmbH haben im Jahr 2022 24 Beschäftigte das Unternehmen auf eigenen Wunsch per Kündigung oder per Auflösungsvertrag verlassen. Darüber hinaus sind etliche befristete Arbeitsverhältnisse ausgelaufen, Beschäftigte sind in den Ruhestand getreten, weitere wegen schwerer Krankheit oder wegen externer beruflicher Weiterqualifizierung aus dem Dienst ausgeschieden. Bis zum 31. August sind nach Auskunft der Bremer Bäder GmbH insgesamt 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Dienst ausgeschieden.

Zu Frage 2 und 3: Wie in vielen anderen Bereichen gibt es derzeit aufgrund des Fachkräftemangels einen arbeitnehmerorientierten Arbeitsmarkt. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind die Bremer Bäder gegenüber anderen Unternehmen zum Beispiel hinsichtlich Entlohnung und Arbeitszeiten nicht immer konkurrenzfähig. Die momentane Fluktuation sieht die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport kritisch.

Um valide Erkenntnisse über die Zufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Beteiligungsgesellschaft zu erlangen, soll eine unabhängige Erhebung beauftragt werden. Deren Ergebnisse können die Grundlage für mögliche Veränderungen in der Organisationsstruktur und -kultur sein. Für die Vakanzen laufen derzeit Besetzungsverfahren.

Anfrage 10: Finanzierung der Kosten für die Sperrung am Sielwall
Anfrage des Abgeordneten Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 13. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Welche Kosten sollen welche Senatsressorts in Bremen anteilig für die Finanzierung der von der Mobilitätssenatorin angekündigten Verlängerung der Sperrung am Sielwall gegen Autoposer übernehmen?
2. Über welche Kostenstellen im Haushalt soll die Verlängerung der Sielwallsperrung dabei finanziert werden?
3. Inwiefern ist es zutreffend, dass der Senat die Sielwallsperrung aus den geplanten Mitteln für die Straßenerhaltung im Haushalt 2022/2023 finanzieren will?

Antwort des Senats

Zu den Fragen 1 bis 3: Das Durchfahrverbot der Sielwallkreuzung soll auch zukünftig bestehen bleiben. Allerdings wird eine zusätzliche mobile technische Sperrung mit Kontrollpersonal einer Sicherheitsfirma zukünftig entfallen. Verstöße gegen das Verkehrszeichen 260, Einfahrverbot für Kraftfahrzeuge, sollen im Rahmen der regulären Streifenförmigkeit analog zu anderen Verkehrsordnungswidrigkeiten verfolgt werden.

Anfrage 11: Gasgrundversorgung für private Haushalte

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 13. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele der gasbeziehenden privaten Haushalte in Bremen (ersatzweise: bei der swb in Bremen) haben Gaslieferungsverträge innerhalb der Grundversorgung, wie viele außerhalb der Grundversorgung?
2. Unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen können private Haushalte in die Gasgrundversorgung zurückkehren, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen haben sie diese Möglichkeit nicht?
3. Bei wie vielen gasbeziehenden Haushalten in Bremen besteht die Situation oder die Gefahr, dass sie von der Grundversorgung ausgeschlossen bleiben und stark erhöhte Gaspreise bezahlen müssen, weil nicht sie selbst, sondern ihre Vermieter:innen Vertragspartner:innen bei der Gasversorgung sind und diese nicht als „Haushalte“ im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes gelten?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Im Land Bremen ist die swb der Gasgrundversorger. Nach Auskunft der swb liegen bei dieser etwa 38 000 Verträge in der Grundversorgung vor. Hinzu kommen etwa 65 000 Verträge mit Sondervertragskunden außerhalb der Grundversorgung. Von Letzteren sind knapp 500 in der Ersatzversorgung. Die Zahl der von anderen Anbietern geschlossenen Gaslieferverträge ist nicht bekannt.

Zu Frage 2: Jeder Haushalt hat grundsätzlich die Möglichkeit, zu einem Grundversorgungsvertrag zu wechseln. In einigen Fällen greift der Anspruch auf Grundversorgung nicht unmittelbar. Scheitert oder verzögert sich ein Anbieterwechsel oder meldet der bisherige Gasanbieter Insolvenz an, fällt der Haushalt zunächst für drei Monate in die Ersatzversorgung und erst dann in die Grundversorgung. Ein Vertrag mit dem Grund- oder Ersatzversorger kommt dabei durch Entnahme von Gas automatisch zustande, sodass die Gasversorgung ohne Unterbrechung sichergestellt ist. Der Grundversorger kann die Gasbelieferung eines Haushaltes nur dann ablehnen,

wenn diese für das Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen nicht zumutbar ist.

Zu Frage 3: Weder dem Senat noch dem Grundversorger swb liegen Angaben vor zur Anzahl der gasbeziehenden Haushalte in Bremen, bei denen nicht sie selbst, sondern ihre Vermieter:innen Vertragspartner:innen bei der Gasversorgung sind.

Die Fragesteller weisen zutreffend darauf hin, dass Vermieter:innen grundsätzlich nicht als Haushaltskunden im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes gelten. Ein rechtlicher Anspruch auf die Belieferung zu Grundversorgungsbedingungen besteht damit nicht.

Die Gaspreise im Bereich der Sonderverträge und damit für diese Haushalte waren vor dem Krieg in der Ukraine aufgrund des Wettbewerbs der Anbieter um diese Kunden in der Regel geringer als in der Grundversorgung. Es ist außerdem davon auszugehen, dass sich mit einer Stabilisierung der Gasversorgungslage die aktuell teils erheblichen Preisunterschiede für Kunden wieder angleichen werden. Eine systematische Benachteiligung solcher Haushalte bei den Gaspreisen ist deshalb nicht erkennbar.

**Anfrage 12: Ersthelferalarmierung per App
Anfrage der Abgeordneten Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. September 2022**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Erfahrungen von Städten wie Delmenhorst und Oldenburg mit den dort verwendeten Apps, über welche Rettungsleitstellen ehrenamtliche Ersthelfer:innen über Smartphone in der unmittelbaren Nähe eines Notfalls orten und alarmieren können, damit diese noch vor Eintreffen von Rettungswagen und Notarzt mit lebensrettenden Maßnahmen beginnen können?

2. Plant der Senat, ein derartiges Ersthelferalarmierungssystem auch in Bremen einzuführen?

3. Welcher Aufwand und welche Kosten wären mit der Einführung eines appbasierten Ersthelferalarmierungssystems verbunden?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Aus medizinischer Sicht sind die lebensrettenden und gesundheitserhaltenden Sofortmaßnahmen bei kritischen medizinischen Notfällen, wie etwa bei Atem- oder Kreislaufstillstand oder bei lebensbedrohlichen Blutungen, zeitkritisch. Die Schnelligkeit der Bereitstellung der Ersten Hilfe kann schwere gesundheitliche Schäden oder sogar letale Folgen verhindern. Die Nutzung von Apps, anhand derer lebensrettende Maßnahmen durch sich in der Nähe befindlichen Ersthelferinnen und Ersthelfer erfolgen können, wird aus fachlicher Sicht begrüßt. Sie kann zu einem lebensrettenden Zeitvorteil führen und den folgenden Einsatz der Rettungskette optimieren.

Zu Frage 2: Der Senator für Inneres ist im Austausch mit verschiedenen Rettungsdienstträgern, welche entsprechende Systeme bereits eingeführt haben. Aufgrund dieser Erfahrungen wird der Senator für Inneres dann die Einführung einer solchen App konzipieren.

Zu Frage 3: Die Kosten sind abhängig vom gewählten System. Diese divergieren zum Teil erheblich. Beispielsweise sei hier auf ein großes Projekt von mehreren niedersächsischen Umlandlandkreisen, Hilfsorganisationen, Krankenkassen und dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung verwiesen, in dem ein Gesamtprojekt mit einem Kostenvolumen von 150 000 Euro aufgelegt worden ist.

Neben dem finanziellen Aufwand sind eine Registrierung der ehrenamtlichen Ersthelfer:innen, kontinuierliche Erste-Hilfe-Schulungen und gegebenenfalls Einsatznachbereitungen im Rahmen der Fürsorge nach belastenden Ereignissen erforderlich.

**Anfrage 13: Bremer Behörden-Telefonverzeichnis
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 23. September 2022**

Ich frage den Senat:

1. Ist dem Bremer Senat bekannt, dass viele Bremer Gewerbetreibende und Dienstleister aufgrund eines nicht mehr vorhandenen gedruckten Bremer Behörden-Telefonverzeichnisses Schwierigkeiten haben, die für sie zuständigen behördlichen Sachbearbeiter kontaktieren zu können?

2. Ist es dem Senat möglich, ein aktuelles Telefonverzeichnis zumindest digital auf einem Internetportal einer internen Behördenseite auch für die Bremer Bevölkerung freizuschalten, und wenn nicht, weshalb nicht?

3. Hätte der Senat die Möglichkeit, ein aktuelles Behördentelefonbuch (Rotes Telefonbuch) aktualisiert neu aufzulegen, und falls nicht, weshalb wird dieses nicht mehr erstellt?

Antwort des Senats

Die Fragen 1 und 2 werden zusammen beantwortet.

Dem Senat ist kein Fall bekannt, in dem Bremer Gewerbetreibende und Dienstleister Schwierigkeiten haben, die zuständigen Behörden zu erreichen. Die Strategie der bremischen Verwaltung ist es, verwaltungsexterne Anrufe über das Bürgertelefon Bremen, kurz BTB, und die Behördennummer 115 zu bündeln. Sofern erforderlich, werden die Anrufenden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Ergänzend stellt die bremische Verwaltung im bremischen Serviceportal, zu erreichen über www.service.bremen.de, alle Verwaltungsdienstleistungen und notwendigen Informationen für Kontakte in die Verwaltung bereit. Die Kommunikation mit den Bürger:innen und auch Unternehmen wird so über einheitliche Kanäle gesteuert und entlastet damit auch die Sachbearbeitung in den einzelnen Dienststellen.

Zudem hat das BTB seit 2018 insgesamt nur sieben verwaltungsexterne Anfragen erhalten mit dem Wunsch nach einer Neuauflage des Organisations- und Fernmeldeverzeichnisses, kurz OFV. Ein zusätzliches digitales Telefonbuch ist aus Sicht des Senats durch das Informationsangebot des BTB beziehungsweise der 115 sowie des Serviceportals nicht nötig und würde nur zusätzlichen Kosten und Pflegeaufwand erzeugen.

Zu Frage 3: Das OFV wurde aus den genannten strategischen sowie wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Neben dem personellen Aufwand zur Erstellung des OFV hat der Verlag für eine Fortführung der Geschäftsbeziehung eine jährliche Bezuschussung in Höhe von knapp 10 000 Euro gefordert. Die Einnahmen aus dem Anzeigenverkauf waren in den Jahren zuvor, auch aufgrund einer immer geringeren Nachfrage, stark zurückgegangen. Dem vergleichsweise ho-

hen Aufwand stand ein Produkt gegenüber, welches bereits zum Zeitpunkt der Veröffentlichung veraltete Zuständigkeiten abbildete.

Anfrage 14: Offene Grundstücksfragen beim Hulsbergviertel endlich geklärt? Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 27. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern konnte der von Frau Staatsrätin Nießen in der Fragestunde vom 5. Juli 2022 avisierte Zeitplan zur Klärung der Vergabe eines Grundstücks in Erbpacht an die Stadtteilgenossenschaft Hulsberg eingehalten werden?

2. Inwiefern wird/wurde geprüft, ob auch die BREBAU Grundstücke der Grundstücksentwicklung Klinikum Bremen-Mitte GmbH & Co. KG abkaufen kann, um sie anschließend unter anderem an die Stadtteilgenossenschaft zu verpachten?

3. Welche weiteren Flächen sollen noch in diesem Jahr an Investoren in Erbpacht vergeben werden?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: GEG und SKUMS streben eine grundsätzliche Einigung mit einer potenziellen Grundstückskäuferin bis zum Ende dieses Jahres an. Dies würde dann die erforderliche Planungssicherheit für die SGH herbeiführen.

Zu Frage 2: Die GEG sucht mit verschiedenen (städtischen) Gesellschaften das Gespräch über Erwerbsmöglichkeiten. Abschließende Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Zu Frage 3: Eine Vergabe von Erbbaurechten an rein wirtschaftlich handelnde Investoren durch die GEG ist nicht vorgesehen.

Anfrage 15: Aktuelle Lage der Tagespflegeeinrichtungen in Bremen Anfrage der Abgeordneten Birgitt Pfeiffer, Ute Reimers-Bruns, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 29. September 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Tagespflegeeinrichtungen und -plätze gibt es in der Stadtgemeinde Bremen, und wie viele davon sind solitäre Einrichtungen und Plätze?

2. Wie hat sich die Auslastung seit dem Ende der pandemischen Lage in den Tagespflegeeinrichtungen insgesamt und speziell in den solitären Einrichtungen entwickelt?

3. Wie wirken sich die gegenwärtigen Preissteigerungen, besonders im Bereich Energie, auf die Tagespflegeeinrichtungen aus, und muss befürchtet werden, dass Unterauslastungen bei gleichzeitigen Preissteigerungen die Existenz mancher Tagespflegeeinrichtungen gefährden?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Mit Stand 5. Oktober 2022 gibt es in der Stadtgemeinde Bremen 44 Tagespflegeeinrichtungen mit insgesamt 726 Plätzen. „Solitäre Tagespflegeeinrichtung“ ist als Begrifflichkeit nicht normiert. Es gibt jedoch keine eingestreuerten Tagespflegeplätze innerhalb einer Pflegeeinrichtung, wie dies bei Kurzzeitpflegeplätzen üblich ist. Tagespflegen sind immer eigenständige Leistungsangebote, wenngleich sie teilweise baulich und auch organisatorisch an Pflegeeinrichtungen angebunden sind. Ausgehend von einem Adressenabgleich ist das bei 23 Tagespflegeeinrichtungen der Fall.

Die Wohn- und Betreuungsaufsicht kann keine Angaben machen, wie viele Tagespflegeeinrichtungen darüber hinaus an Pflegewohngemeinschaften und/oder Angebote des Servicewohnens angebunden sind.

Zu Frage 2: Hierzu kann in der Kürze der Bearbeitungszeit keine auf Daten basierende Aussage getroffen werden. Eine unterjährige Auswertung müsste aufwendig erarbeitet werden. Die Daten werden einmal jährlich von den Trägern im Rahmen der Investitionskostenverhandlungen vorgelegt und können auf dieser Basis auch mit den Vorjahren verglichen werden. Anhand erster Unterlagen für das Jahr 2022 ist eine Tendenz erkennbar, dass die Auslastung leicht ansteigend ist.

Zu Frage 3: Personalkosten machen bei Tagespflegeeinrichtungen zwischen 75 Prozent und 80 Prozent der Gesamtkosten aus. Die im Fokus dieser Frage stehenden Sachaufwendungen betragen folglich 20 bis 25 Prozent. Der Anteil der

in den Sachaufwendungen enthaltenen Energiekosten beläuft sich gegenwärtig auf etwa zwei bis drei Prozent der Gesamtkosten. Die derzeit zu beobachtenden Kostensteigerungen im Bereich der Tagespflegeeinrichtungen sind somit hauptsächlich auf Steigerungen der Personalkosten infolge der Tarifpflicht zurückzuführen.

Eine Abschätzung des Anteils der Pflegebedürftigen in Tagespflegeeinrichtungen, die preissensibel auf die Inanspruchnahme des Angebots reagieren, kann nicht getroffen werden. Die vorliegenden Informationen lassen jedoch vermuten, dass Preissteigerungen bei Tagespflegeeinrichtungen kurzfristig eher geringe Effekte auf die Inanspruchnahme haben werden. Die Leistungsbeträge für teilstationäre Pflege nach § 41 SGB XI sind so ausgestaltet, dass insbesondere Pflegebedürftige der Pflegegrade drei bis fünf unter den derzeit in Bremen gültigen durchschnittlichen Preisen rechnerisch jeden Werktag eine Tagespflege besuchen können, ohne Zuzahlungen zum Pflegesatz und den Fahrtkosten zu leisten.

In der Praxis werden die meisten Pflegebedürftigen nicht jeden Werktag die Tagespflegeeinrichtung besuchen. Theoretisch besteht also aufseiten vieler Pflegebedürftiger noch Spielraum, um steigende Preise für Pflegesätze und Fahrtkosten aufzufangen, ohne die Anzahl der Besuchstage zu reduzieren. Es müssen jedoch höhere Zuzahlungen für Unterkunft und Verpflegung geleistet werden. Der durchschnittliche Satz für Unterkunft und Verpflegung beträgt pro Besuchstag circa 14,50 Euro, sodass auch hohe prozentuale Steigerungen zu eher geringen absoluten Steigerungen führen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass es in Einzelfällen zu Härten kommen kann.

Anfrage 16: Suizide in Bremen in den Jahren 2020 und 2021

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW) vom 4. Oktober 2022

Ich frage den Senat:

1. Wie viele Suizide gab es in Bremen in den Jahren 2020 und 2021 in Bremen, und wie viele davon wurden durch Frauen und Männer verübt?

2. Wie viele der Suizidenten waren a) im Alter bis sechs Jahre, b) im Alter von sieben bis 18 Jahren, c) im Alter von 19 Jahren bis 60 Jahren, d) im Alter von 61 Jahren bis 70 Jahren und e)

älter als 70 Jahre (bitte getrennt nach den Jahren 2020 und 2021 ausweisen)?

3. In welchen fünf Bremer Stadtteilen ist die Zahl der Suizide gemessen an der Einwohnerzahl prozentual am höchsten, und was sind nach Kenntnis des Senats die Ursachen für diese traurigen Spitzenplätze?

Antwort des Senats

Zu Frage 1: Im Jahr 2020 haben sich in der Stadtgemeinde Bremen nach Kenntnis des Senats 88 Personen das Leben genommen, davon 58 Männer und 30 Frauen. Im Jahr 2021 waren 83 Suizide zu verzeichnen, davon 64 Männer und 19 Frauen.

Zu Frage 2: In den Jahren 2020 und 2021 war kein Suizident beziehungsweise keine Suizidentin unter sechs Jahre alt. Im Alter von sieben bis einschließlich 18 Jahren nahmen sich je eine Person in den Jahren 2020 und 2021 das Leben. Im Alter zwischen 19 und 60 Jahren begangen im Jahr 2020 46 und im Jahr 2021 36 Personen Selbstmord. Im Alter zwischen 61 und 70 Jahren nahmen sich im Jahr 2020 21 und im Jahr 2021 18 Personen das Leben. Im Alter von 70 Jahren

und älter begingen im Jahr 2020 20 Personen und im Jahr 2021 26 Personen Selbstmord. Im Jahr 2021 konnte das Alter von zwei Suizident:innen nicht sicher bestimmt werden.

Zu Frage 3: Die fünf Bremer Gebiete mit den meisten Suiziden in den Jahren 2020 sowie 2021 bezogen auf die Bevölkerungszahl sind in der Häufigkeit abnehmend die Stadtteile Häfen, die Östliche Vorstadt, Osterholz, Oberneuland und Mitte, wobei zu berücksichtigen ist, dass als Datengrundlage der erfolgten Auswertung des Senats hierzu der jeweilige Leichenfundort herangezogen wurde. Bei der Interpretation der Daten in Bezug auf die am stärksten betroffenen Stadtteile kann es zu Verzerrungen kommen, wenn der Suizid nicht in der eigenen Wohnung stattgefunden hat, sondern an häufig aufgesuchten Orten zur Begehung von Suiziden, wie beispielsweise Gleisanlagen, Hochhäusern und Brücken.

Die Ursache für die hohen prozentualen Werte gerade im Stadtteil Häfen ist in eben jener Örtlichkeit in Kombination mit der geringen Bevölkerungszahl des Stadtteils zu sehen. Hierdurch spiegeln sich bereits wenige Suizide als hoher prozentualer Wert wider.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 41. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
14	<p>Flächennutzungsplan Bremen 10. Änderung – Bremen-Hemelingen – (Gewerbepark Hansalinie, 3. BA) (Bearbeitungsstand: 19.07.2021) Mitteilung des Senats vom 4. Oktober 2022 (Drucksache 20/773 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die 10. Änderung des Flächennutzungsplans Bremen.</p>
15.	<p>Bebauungsplan 2516 (Hansalinie) für zwei Teilflächen in Bremen-Hemelingen (Blatt A und Blatt B) zwischen Eisenbahnstrecke Kirchweyhe – Sa- gehorn, Autobahn A 1, Kluvenhagener Straße (Verlängerung), Dahlwasdeich und Olbers- straße (Verlängerung) [Blatt A] sowie zwischen Dahlwasdeich und Weser [Blatt B] (Bearbeitungsstand: 27.04.2022) Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2022 (Drucksache 20/736 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2516.</p>
24.	<p>Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ju- gendhilfeausschusses</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft wählt den Abgeordneten Michael Keller anstelle von Frau Telly van der Smissen zum Mitglied des städtischen Jugendhilfeausschusses.</p>
25.	<p>Wahl eines Mitglieds und zweier stellvertre- tender Mitglieder des Betriebsausschusses Stadtbibliothek Bremen/Bremer Volkshoch- schule</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete Anja Schiemann anstelle der Abgeordneten Jasmina Heritani zum Mitglied und den Abgeordneten Dr. Carsten Sieling anstelle der Abgeordneten Anja Schiemann zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses.</p> <p>Die Stadtbürgerschaft wählt die Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses.</p>

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft